Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: halbjährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne je Zeile oder deren Raum 20 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 30. Juli 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Getreidespekulation und Getreidezoll.

Die „Deutsche Agrar-Korrespondenz“, die es als ihre Spezialaufgabe betrachtet, nachzuweisen, daß die Zoll-erhöhungen des neuen Zolltarifs die Getreidepreise weit weniger steigern als der verhaßte Terminhandel, hat einen neuen Beweis für ihre Behauptung gefunden. Die übertriebenen Befürchtungen, daß die mitteleuropäische Getreide-ernte in diesem Jahre nur einen verhältnismäßig geringen Ertrag liefern werde, vor allem aber die Annahme, daß sich die Einbringung der deutschen Getreideernte infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse wesentlich verzögern werde, hat seit Monaten ein lebhaftes Gaussestreben in Getreide an der Berliner Produktenbörse entfesselt, gegenüber dem, wie gewöhnlich, alsbald eine ziemlich umfangreiche Baissespekulation einsetzte, die speziell in Roggen ausgedehnte Planöverkäufe per Mai und Zulitermin vornahm, das heißt, die Baissespekulanten verkauften Roggen auf Lieferung zum Mai und Juli, ohne Roggen zu besitzen oder auf Lieferung angekauft zu haben. Da sich im Mai ihre Rechnung, daß Roggen zu billigeren Preisen zu haben sein werde, nicht erfüllte, wurden sie schon zum Maitermin mit ihren Verkäufen „eingeklemmt“ und sahen sich gezwungen, ihre Engagements mit nicht unbeträchtlichen Geldopfern auf den Juli zu prolongieren — in der Hoffnung, daß dann auf dem Berliner Markt genügend Roggen zur Verfügung stehen werde. Tatsächlich schien diese Kalkulation auch in gewissem Maße zuzutreffen, denn die hohen Roggenpreise regten nicht nur die Zufuhr aus der Provinz an, sondern veranlaßten auch die Großimporteure zur Einfuhr von österreichisch-ungarischen und russischen Roggen. Auf die schönen Blütenträume ist nun ploötzlich, wie die „Agrar-Korrespondenz“ berichtet, ein böser Reif gefallen: der Hauptimporteur hat sich mit dem Haupt-Gaussepekulanten geeinigt; er hält die zur Ablieferung bestimmten großen schwimmenden Mengen von Donau- und russischem Roggen zurück, und da die sonstige Zufuhr nicht genügt, vermögen diese der kleineren Spekulanten und sogenannten „Mitläufer“ ihre Lieferungsverpflichtungen nicht zu erfüllen, das heißt, sie vermögen den Weizen nicht zu liefern, den sie vor Monaten zum Zulitermin verkauft haben und müssen deshalb sich von den Gaussepekulanten loskaufen, indem sie diesen die Differenz zwischen dem Preise, zu welchem sie den Roggen verkauft haben, und dem jetzigen Preisstand bezahlen. Die Folge ist, daß der Roggenpreis an der Berliner Produktenbörse auf ungefähr 210 M. pro Tonne gestiegen ist, und zwar höher als Weizen, der gewöhnlich beträchtlich höher im Preise steht. So notierte z. B. letzten Mittwoch an der Mittagsbörse Roggen pro Juli 210—209,25 M.; Weizen hingegen nur 209,50—209,25 M. Noch Ende Juni, also vor vier Wochen, notierte Roggen pro Juli 201—202 M., Weizen 206—208 M.

Ob diese Darstellung der „Agrar-Korrespondenz“ in allen Teilen genau ist, entzieht sich, da wir Beziehungen zur Produktenbörse nicht unterhalten und über die Schiebungen hinter den Kulissen nicht informiert sind, unserer Kenntnis; daß jedoch tatsächlich diese oder ähnliche Machenschaften vorgekommen sind, ergibt sich aus den Börsenberichten einiger Handelsblätter und der eigenartigen Preisbewegung.

Auf Grund dieses Vorfalles richtet die „Agrar-Korrespondenz“ nun an die liberale und sozialdemokratische „Konsumentenpresse“ folgende Fragen:

„Ueber die Zollerhöhung von 20 M. für die Tonne Roggen tobte jahrelang ein Kampf, der die politischen Leidenschaften des ganzen Volkes bis in die Tiefen aufwühlte. Und die hieran sich knüpfende Agitation ist noch nicht zu Ende, obwohl vor Jahresfrist schon praktisch bewiesen war, daß diese Zollerhöhung den Preis des Roggen nicht unter allen Umständen wirklich steigert, ja nicht einmal eine Preissteigerung verhindern kann, wenn die sonstigen Faktoren ihre günstig sind: denn Roggen war nach Eintritt des neuen Zolles viele Monate lang in Deutschland erheblich im Preise gesunken.“

Warum aber schweigt die liberale und die sozialdemokratische Presse, die an jene theoretische Zollerhöhung fortgesetzt so heberische Agitationen knüpft, warum schweigt sie hartnäckig über die seit Monaten im Schwunge befindlichen börslichen Machenschaften, durch die der Roggenpreis fortwährend hin und her geworfen und zeitweise um weit mehr, als um den Betrag jener Zolldifferenz, in die Höhe geschmettert worden ist? Heute ist, durch die oben geschilderten Machenschaften, der Zuliterroggenpreis plötzlich auf 210 M. getrieben. Diesen Preis haben ja nicht nur die eingeklemmten Spekulanten zu bezahlen, sondern natürlich auch die Verbraucher, da der Börsenpreis ja das Preisbildet auch für den effektiven Warenmarkt bildet.“

Will die „Konsumentenpresse“ sich nicht einmal auch mit diesen Dingen beschäftigen, die in die Preisbildung des Brotes doch wahrlich tief eingreifen, als jedes Zollgesetz?!

Wir sind gerne bereit, die gestellten Fragen zu beantworten. Wir haben nie bestritten, daß an der Produktenbörse spekuliert wird, auch nie das, daß oft bei diesen Spekulationen zweifelhaftes Mittel angewendet werden, und ebensowenig, daß die Spekulation Wege findet, das Verbot des Getreide-Terminhandels zu umgehen. Aber daraus folgern

wir nicht, daß das Terminhandelsverbot aufrechterhalten und durch allerlei draconische Strafbestimmungen verstärkt werden muß. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß auch dann, wenn die Strafbestimmungen verstärkt würden, die Spekulation und die zweifelhaften Schiebungen nicht aufhören, sondern nur andere Formen annehmen würden. Mit der Vertreibung vom offenen Markt würden die Machenschaften, der öffentlichen Kontrolle entzogen, sich hinter den Kulissen nur um so widerlicher breit machen, während andererseits der Vorteil des Terminhandels: seine im ganzen ausgleichende Wirkung auf die Preisbewegung, größtenteils verschwände. Ueberdies aber sind künstliche Preissteigerungen oder Preisherabdrückungen durch Zurückhaltung der Vorräte, forcierte Angebote, Lancierung falscher Nachrichten in die Presse usw. nicht nur im börsenmäßigen Getreidehandel üblich; sie wurden schon angewandt, als es noch den ganzen heutigen Termin- und Börsenhandel nicht gab. Schon aus dem Mittelalter haben wir mannigfache Berichte über künstliche lokale Beschränkungen der Marktzufuhr, spekulative Aufkäufe des Getreides usw.; und ebenso finden wir künstliche Preistreiberien in Produkten, die auch heute noch nicht börsenmäßig gehandelt werden. Und die Schutzbefohlenen der „Agrar-Korrespondenz“, die Herren Agrarier, machen in dieser Hinsicht keine Ausnahme; sie haben es früher verstanden und verstehen es noch heute meisterhaft, Vieh und Getreide zeitweilig vom Markt zurückzuhalten und durch solche künstliche Beschränkung des Angebots die Preise in die Höhe zu treiben.

Spekulation und künstliche Preisbeeinflussung sind von der heutigen Warenproduktion und dem heutigen Handel untrennbar, denn die Organisation der jetzigen Produktion erhält sich nur dadurch aufrecht, daß ihre Erzeugnisse beständig auf dem Markt überwertet und entwertet werden und dadurch der einzelne Produzent gewissermaßen mit der Nase darauf gestoßen wird, was und wie viel die Gesellschaft von seinen Produkten braucht. Vor allem ist aber in den Rohprodukten des Welthandels, zu denen auch Getreide gehört, ein Handel ohne Spekulation undenkbar. Will die „Agrar-Korrespondenz“ diese abschaffen, dann muß sie mit uns für eine sozialistische Organisation der Produktion eintreten: für eine Produktion, die nicht Waren für den Verkauf erzeugt, sondern Verbrauchsgüter für den gesellschaftlichen Bedarf, eine Produktion, in der die Bedürfnisbefriedigung nicht derart erfolgt, daß jeder Produzent ohne Rücksicht auf das Verhältnis des gesellschaftlichen Bedarfs zur vorhandenen Warenmenge seine Erzeugnisse auf den Markt wirft und nun dem Markt überläßt, durch Ueber- und Unterbewertung der Produkte einen gewaltigen Ausgleich zu schaffen, sondern in der die Verteilung der Produktmenge sich auf Grund sorgfältiger Vorrats- und Bedarfsstatistiken vollzieht. Für eine solche Produktionsordnung wird sich die „Agrar-Korrespondenz“ jedoch schwerlich ins Zeug legen; ist sie doch keineswegs gegen Preistreiberie und Prellerei an sich, sondern nur gegen jene, deren Gewinn nicht in agrarische Taschen fließt.

Das beweist zur Genüge ihre kühne Behauptung, daß die Zollerhöhungen nicht in dem Maße preissteigernd auf die Getreidepreise wirken, als die Getreidezölle. Zunächst ist es ganz unrichtig, daß derartige Machenschaften, wie die geschilderten, die Brotpreise stärker beeinflussen als die Zölle. Wohl wirken solche Steigerungen der Börsenpreise in gewissem Verhältnis auf die Preise des effektiven Getreide- und Mehlhandels zurück; aber keineswegs laufen diese mit jenen parallel, so daß also z. B., sobald der Börsenpreis um 20 M. steigt, nun auch der Bäcker sein Mehl im gleichen Verhältnis teurer kauft und sein Brot um so viel kleiner macht. Schon deshalb nicht, weil der Bäcker nicht täglich seinen Mehlbedarf einkauft, sondern weil er sein Mehl von seinen Lieferanten auf Lieferung zu bestimmten Preisen bezieht, und der künstlich hochgetriebene Börsenpreis sich immer nur kurze Zeit auf seiner Höhe zu halten vermag. So stellte sich am Mittwoch z. B. an der Berliner Börse der Roggenpreis, der pro Juli 210 M. pro Tonne betrug, für den Septembertermin nur auf zirka 182—183 M.: ein Preis, der nach unserer Meinung zwar immer noch zu hoch ist, aber doch 28 M. unter dem jetzigen Höchststand bleibt. Die eigentlichen Leidtragenden bei der geschilderten Spekulation sind denn auch nicht die Mehlhändler, die Bäcker und die Brotkonsumenten, sondern die hereingefallenen kleinen Baissespekulanten.

Dagegen bewirkt der Zoll, wie wir mehrfach nachgewiesen haben, eine dauernde Preissteigerung des Getreides um seine eigene Höhe; d. h. ein Zoll von 50 M. pro Tonne verteuert im Durchschnitt den deutschen Roggenpreis um ungefähr 50 M. Zwar steigt bei einer neuen Zollaufgabe der Preis nicht immer sofort um den vollen Zollsatz, ja es ist sogar möglich, daß er überhaupt zunächst nicht steigt, denn der Preis wird nicht allein durch den Zoll bestimmt, sondern durch Angebot und Nachfrage, die ihrerseits wieder mit der Vorratsmenge, der Möglichkeit der Zufuhr aus dem Auslande und den Ernteaussichten zusammenhängen. Wenn diese Umstände günstig sind, braucht keine absolute Preissteigerung einzutreten, wohl aber tritt eine relative Steigerung ein, d. h. der inländische Getreidepreis stellt sich im Verhältnis zu dem Weltmarktpreis, den Preisen der großen ausländischen Getreidemärkte, um so viel höher, als der Zollsatz beträgt. Der

Vergleich der Durchschnittsnoteierungen der verzollten und unverzollten Läger in Danzig wie die Preisabstände zwischen den Jahresdurchschnittspreisen der westdeutschen Märkte und den Märkten von London, Liverpool, Amsterdam, Antwerpen, beweist das auf schlagendste.

Die Belastung der Arbeiterchaft.

Das offiziöse Organ, die „Nordd. Allg. Ztg.“, entnimmt einer — erst im Herbst erscheinenden! — Neubearbeitung des Politischen Handbuchs der nationalliberalen Partei eine Notiz über die Belastung der Arbeiterchaft durch Gewerkschafts- und Parteibeiträge, die es offenbar für höchst beachtenswert hält. Der Nationalliberale Ergeuß lautet:

„Wenn die Arbeiterchaft, insbesondere die der sozialdemokratischen Partei anhängende, in Deutschland unter einer Steuerlast zu seufzen hat, die unter Umständen bis zu einer vollständigen Absorbierung der in den letzten Jahrzehnten eingetretenen Lohnsteigerungen geht, so ist es diejenige durch die politische Partei und durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Das Eintrittsgeld für die Gewerkschaften schwankt zwischen 50 Pf. und 2 M., die Wochenbeiträge schwanken zwischen 20 und 140 Pf., auf den Durchschnitt berechnet betragen sie 44 Pf., ein Beitrag, der sich in Zukunft eher noch erhöhen als vermindern dürfte. Dazu kommen Lokalzuschläge, Gew- oder Bezirkszuschläge, Kreissteuern, Delegiertensteuern, Extrasteuern, Kartellsteuern, Beiträge für das Arbeitersekretariat und dergleichen mehr. Die gesamten Abgaben der Gewerkschaftsmitglieder an ihren Verband unter gleichzeitiger Berücksichtigung des Aufwandes für gesellige Veranstaltungen sind von einer Seite auf 2 M. die Woche berechnet worden, was sicher nicht zu hoch ist. Rechnen wir aber, daß die wichtigsten Abgaben mit Einschluß der Vergütungen nur 1 M. betragen, so wäre dies schon immer eine Jahresabgabe von 52 M. und bedeutet also, wenn man das Durchschnittseinkommen des Arbeiters auf 1000 M. ansetzt, eine direkte Einkommensteuer von 5,2 Proz., ein Satz, den die Staatssteuereinkommensteuer in Preußen bekanntlich selbst bei Millioneneinkommen überhaupt nicht kennt, da sie 4 Proz. überhaupt nicht übersteigt und vor allem die gesamten Einkommen bis 900 M., d. h. das überwiegende Gros der Arbeiterbevölkerung, vollkommen steuerfrei bleiben. Zu diesen Gewerkschaftsbeiträgen, denen man trotz ihrer enormen Höhe eine Art Berechtigung nicht absprechen kann, da sie ja, wenigstens im Prinzip, zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter dienen sollen, treten aber dann noch vor allem hinzu die Anforderungen, welche die sozialdemokratische Partei als politische Organisation an den kleinen Arbeiterhaushalt stellt. Hier ist die direkte Steuer in der Regel auf 25 Pf. den Monat, also jährlich 3 M. bemessen. Indessen ist das nicht die Hauptlast. Denn die „freiwilligen Sammlungen“, die allenthalben in Fabriken, Werkstätten und bei allen Gelegenheiten ins Werk gesetzt werden, dürften im Jahre schon allein mindestens das Fünffache der direkten Parteisteuer erreichen. Dazu kommen eine große Anzahl von indirekten Steuern infolge des Zwanges, die Vergütungen der politischen Verbände mitzumachen, die Einkäufe bei Parteibüfetten, Zigarrenhändlern usw. vorzunehmen, so daß es sicher nur gering gerechnet ist, wenn man die Abgaben insgesamt auf monatlich 1 1/2 M., jährlich also 18 M. bemisst, so daß sich unter Zurechnung der Gewerkschaftssteuern eine Jahresgesamtabgabe von 70 M. ergibt. Das macht eine Gesamtbelastung der Arbeiterchaft von 7 Proz., eine Zumutung, die alles das 5 bis 6 weitem übersteigt, was Staat und Gesellschaft selbst von ihren reichsten Bürgern und von den höchsten Einkommen verlangen.“

Es verlohnt schon, sei es auch nur zur Beleuchtung der offiziellen Geistesverfassung, auf das Geschwätz etwas näher einzugehen.

Es wird da behauptet, daß die Arbeiterchaft durch Gewerkschafts- und Parteisteuern förmlich erdrückt werde. Nicht weniger als 70 M. müsse der Arbeiter, der der Gewerkschaft und der sozialdemokratischen Partei angehöre, an Beiträgen aufbringen. Das mache bei einem Einkommen von 1000 M. 7 Prozent des Einkommens aus, „eine Zumutung“, die alles übersteige, „was Staat und Gesellschaft selbst von ihren reichsten Bürgern und von den höchsten Einkommen verlangen.“

Das ist schon richtig und gerade deshalb müssen die Arbeiter als Proletarier Opfer bringen, um den skandalösen Zustand zu befeitigen, daß z. B. in Preußen zirka 3200 Personen vorhanden sind, die ein Durchschnittseinkommen von je 250 000 M. besitzen, ohne gebührend zu den Staatslasten herangezogen zu werden! Weil eben bei uns die Reichen gesont werden, muß die beschloßene Masse bluten! Namentlich durch die indirekten Steuern! Selbst die „Nordd. Allg. Ztg.“ berechnet im Dezember vorigen Jahres, daß die einkommensteuerfreie Bevölkerung — also diejenigen mit weniger als 900 M. Jahreseinkommen — pro Kopf 16 M. 64 Pfennige an direkten wie indirekten Steuern zu zahlen habe. Das macht für die fünfköpfige Familie den Betrag von 83 M. 20 Pfennigen! Dabei war diese offiziöse Rechnung, wie wir damals sofort unwidersprochen nachweisen konnten, noch viel zu niedrig!

Zu diesen Steuern für das Proletariat kommen aber noch die Liebesgaben für die Agrarier, die in diesen Zahlen nicht enthalten sind. Liebesgaben, die darin bestehen, daß das Proletariat nicht nur die Zölle für eingeführtes Fleisch, Getreide usw. bezahlen muß, sondern auch die Preissteigerung für die im Inland erzeugten agrarischen Artikel, die um den Betrag des Zolls erhöht werden! Wenn im vorigen Jahre der Fleischpreis pro Pfund um 10 Pfennige infolge der Zölle und Einfuhrbeschränkung erhöht wurde, so mußte das Proletariat den Mehrbetrag an die Agrarier entrichten, d. h. pro Kopf (50 Kilo à 20 Pfennige mehr) 10 M., pro fünfköpfige Familie 50 M. mehr!

Über diese kolossale Schröpfung der arbeitenden Klasse ist noch relativ geringfügig gegenüber der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch das Unternehmertum, das von ihm den enormen Tribut des Mehrwerts erhebt. Wir rechnen sehr bescheiden, wenn wir diesen Mehrwert bei einem Lohne von 1000 M. auf 300 M. beziffern. Der Arbeiter hat also an Steuern, Liebesgaben und Mehrwert an Staat und Gesellschaft bei einem Einkommen von 1000 M. einen Tribut von rund 500 M. zu leisten!

Und da wagt das offizielle Organ, die Partei- und Gewerkschaftsbeiträge ins Feld zu führen. Als ob nicht zu allem auch die bürgerlichen Parteien Parteibeiträge erheben! Und als ob nicht auch Hirsch-Dundersche und christliche Gewerkschaften Anforderungen an ihre Mitglieder stellten!

Und als ob die Arbeiter nicht solche Beiträge zur Schaffung von Kampforganisationen gegen die sie ungeheuerlich ausbeutende Kapitalistenklasse schaffen müßten, um nicht widerstandslos wie Zitronen ausgepreßt und völlig unter die Füße getreten zu werden!

Offensichtlich erwirbt sich das amtliche Regierungsorgan das Verdienst, die national-liberale Unternehmertweicheit auch fernherhin zu kolportieren. Es wird uns stets ein Vergnügen sein, eine hübsche Gegenrechnung aufzunehmen!

Wettkriechen vor Nikolaus dem Blutigen?

Eine konservativ-korrespondenz schreibt:

Reichsfinanzler Fürst Bülow, der augenblicklich wegen einer Zahnoperation in Berlin weilt, wird vorläufig noch nicht nach Norderny zurückkehren. In eingeweihten Kreisen wird erzählt, daß der Fürst nicht allein wegen dieses Zahnleidens nach Berlin gekommen war, sondern auch wegen politischer Geschäfte. Es soll sich um Regelung der Vorbereitungen handeln, die mit der Entree des kaiserlichen Kaisers Wilhelm und dem Jaren zu tun haben, die bekanntlich in den ersten Augusttagen bei Danzig stattfinden soll. Der Draht zwischen Berlin und Petersburg ist augenblicklich stark in Tätigkeit. Der Kanzler soll an dieser Zusammenkunft teilnehmen und sodann erst nach Norderny zurückkehren. Offiziell waren politische Motive für die Berliner Reise bestritten worden, doch gibt man diese in beschränkter Weise schon zu. Die Zusammenkunft bei Danzig soll hochpolitischen Natur sein. Nachdem das japanisch-russische Abkommen getroffen ist, ein englisch-russisches in Vorbereitung ist, wird auch die deutsche Diplomatie gut tun, aus ihrem Sommerschlaf zu erwachen und mit Rußland eine Verhandlung zu suchen, zumal englischerseits alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, dies zu verhindern. Die englische Diplomatie arbeitet offensichtlich dahin, mit allen Mächten Ententes abzuschließen und Deutschland hierbei zu übergehen. Es wäre also dringend an der Zeit, daß die deutsche Flotte endlich das Meer gerichtet, das die englische Spinne um sie spinnt, ehe es zu spät ist. Es gehört viel Takt dazu, die Maßnahmen der deutschen Diplomatie jetzt gutzuheißen, noch mehr, eine Lammesgeduld gehört dazu. In deutschen Kreisen verpricht man sich auch von der Wilhelmshöheher Zusammenkunft mit König Eduard recht viel. Warten wir ab, auch im vorigen Jahre war König Eduard recht liebenswürdig zu seinem Neffen, seine Einreisungspolizei Deutschland gegenüber hat er deshalb doch fortgesetzt.

Bekanntlich hat Deutschland selbst seine Isolierung verschuldet. Namentlich hat das Marokko-Abenteuer dazu beigetragen, Frankreich und England einander in die Arme zu treiben und allerhand Extratouren Italiens zu provozieren. Um diese selbstverschuldete Isolierung wieder gut zu machen, scheint nun Fürst Bülow einen so engeren Anschluß an Rußland zu suchen, das sich freilich inzwischen bereits mit der englischen Regierung liiert hat. Der englische Radikalismus allerdings sowie die englischen Sozialisten haben sich mit Entrüstung gegen die englisch-russische Alliance gewendet, deren erstes praktisches Ergebnis eine neue russische Anleihe in England sein dürfte. Deutschland wird hinter diesen englischen Liebesdiensten natürlich nicht zurückbleiben wollen, und das Resultat dieser diplomatischen Intrigen und Gegenintrigen wird eine neue Stärkung des verruchten Barismus durch das Geld der englischen und deutschen Kapitalisten sein! Unseren Reaktionen freilich wird dies Ergebnis der weltpolitischen Manipulation unserer herrschenden Klassen äußerst willkommen sein!

Der Haywood-Prozeß.

New York, 10. Juli. (Fig. Ver.)

War die Glaubwürdigkeit Harry Orchard's, des Hauptbelastungszeugen in dem Prozeß gegen den Genossen und Gewerkschaftsführer William Haywood, der bekanntlich der Anstifter zur Ermordung des Ex-Gouverneurs Steunenberg von Idaho angeklagt ist (während Orchard die Tat ausgeführt hat), schon während des Kreuzverhörs durch Orchard selbst erschüttert worden, so ward das mit so viel Raffinement gesponnene Lügengewebe dieses Staatszeugen und seiner Hintermänner im Laufe der weiteren Verhandlung durch unbeteiligte einmündige und durchaus glaubwürdige Zeugen vollständig zerrissen. Von dem Haywood und die anderen Beamten der Western Federation of Miners (Bergarbeiterverband des Westens) belastenden „Geständnis“ des Massenmörders blieb absolut nichts übrig!

Dagegen wurde festgestellt, daß Orchard ein Spitzel im Dienste der Grubenbesitzer war und daß er gegen den Ex-Gouverneur Steunenberg einen unauflöschlichen Haß hegte, weil dieser ihn durch Schikanen zum Verkauf seines 1/2-Anteils an der Hercules-Grube gezwungen hatte. Orchard mußte die Antellshelme rasch loschlagen und erhielt dafür nur etwa 500 Dollar, während dieser Anteil heute einen Wert von etwa 500 000 Dollar repräsentiert!

Auch an anderen hochwichtigen Momenten waren die Prozeßverhandlungen der letzten Wochen ungemein reich. Sie boten, für den Kenner allerdings nicht mehr neue Aufschlüsse über die Handlangerdienste, welche die Behörden dem Grubenkapital leisteten, über die fortwährende Bespitzelung der Gewerkschaftsbewegung, über die provokatorische Tätigkeit der Spitzel, über Verschwörungen zur Vernichtung der Arbeiterorganisationen, über die Massendeportation mißliebiger Elemente (wohlgemerkt keine Ausländer, sondern „freie Amerikaner“) aus dem Staate Idaho und andere Dinge mehr, die im Rahmen dieses Prozeßberichtes nicht ausführlich gewürdigt werden können.

Der letzte „Vorwärts“-Bericht über den Haywood-Prozeß schloß mit dem Verhör des Staatszeugen Harry Orchard ab. Seine Aussagen waren die einzigen, die den Angeklagten Haywood oder die ebenfalls unter Anklage stehenden Charles Moyer und John Pettibone direkt belasteten. Zwar führte die Staatsanwaltschaft noch eine ganze Anzahl „Zeugen“ ins Feld, von denen einzelnen 500 Dollar Gehältern versprochen und auch ausgezahlt worden sind, aber keiner wußte etwas den Angeklagten direkt

Belastendes auszusagen. So, in dreißig bis vierzig Fällen nahm man von der Vernehmung der unter ungeheuren Kosten herbeigeführten Belastungszeugen vollständig Abstand und schickte sie nach Hause.

Infolge der Ergebnislosigkeit dieser Beweisaufnahme stellten die Verteidiger Haywoods den Antrag auf Abweisung der Klage, weil nach dem Befehl des Staates Idaho die Verurteilung einer Person, die nur durch einen Mitschuldigen (hier Orchard) belastet wird, unzulässig ist. Der Antrag wurde, wie es von dem die Verhandlung in Boise leitenden Richter Wood nicht anders zu erwarten war, abgelehnt, und die Verteidigung war insolge dessen gezwungen, einen umfangreichen Entlastungsbeweis anzutreten, dessen Ergebnis kurz skizziert sei:

Nach dem Zeugnis des Leutnants James Wallace von der Staatsmiliz, die in das Streikgebiet im Cripple Creek-Distrikt geschickt worden war, sahen es die Grubenbesitzer nur auf die Provozierung der Bergarbeiter ab. Diese waren ausgezeichnet diszipliniert, aber die Spitzel der Hüftenbarone wollten keine Ruhe, und antäglich einer Menschenansammlung in der Ortschaft Viktor feuerte ein gewisser G. C. Sterling, der Chef des Detektivbüros der Mine Owners Association (Vereinigung der Grubenbesitzer) nach einer äußerst blutrünstigen Rede des Grubenbeamten Hamlin einen Schuß ab. Der Knall war das Signal zu einer allgemeinen Prüßelade auf die Ausländer. Auch der frühere Bundesarbeitskommissar Carroll Wright hat in seinem zur Verlesung gebrachten amtlichen Bericht über „The Labor War in Colorado“ (Der Arbeitskrieg in Colorado) das Aufbieten der bewaffneten Macht als eine provokatorische Maßregel bezeichnet!

Morris Friedmann, ein früherer Angestellter der Pinkerton-Schleimdienst-Agentur und von 1900 bis 1905 Privatsekretär Mc. Partlands, der bekanntlich Orchard zum „Geständnis“ bewogen, das gesamte Material gegen Haywood gesammelt und fabriziert und der Staatsanwaltschaft übergeben hat, machte detaillierte, durch Abschriften von Geheimberichten unterstützte Angaben über die Tätigkeit von Pinkerton-Detektiven innerhalb der einzelnen Zählstellen der Western Federation of Miners. Mit Namen führte er ein Duzend Spitzel an und legte deren Bezüge an den Chef Mc. Partland bzw. die schriftlichen Weisungen des Chefs an die Spitzel vor, Schriftstücke, aus denen hervorgeht, wie sich Detektive in die Gewerkschaften und zu Beamtenstellen drängten, wie sie bei Ausländern zunächst die Auszahlung möglicher Unterstützungsummen veranlassen sollten und wie die mit der Leitung von Zählstellen betrauten Detektive, als trohde in die Kasse der Bergarbeiter nicht gesprengt wurde, jegliche Streikunterstützung verweigerten, um die Leute gegen ihre Führer, wie Haywood und Moyer, aufzuheizen!

Verschiedene Bergleute bekundeten, daß Personen, die später als Spitzel entlarvt worden sind, in den Gewerkschaftsversammlungen Brandreden hielten, selbst in die Duff Ben (wörtlich Ochsenstall, gemeint sind die Staketengefängnisse, in denen die Bergleute zu Dutzenden eingesperrt und von Soldaten bewacht wurden) kamen und dort die Bergleute zu Gewalttaten aufzuheizen versuchten.

Laut den Aussagen einer Frau Fallon, deren kürzlich verstorbener Gatte ein Geheimpolizist in Diensten der Mine Owners Association (Vereinigung der Grubenbesitzer) war, hat er gemeinsam mit Orchard verschiedene Fälle „bearbeitet“. Auch einem Arzte namens Mc. Gee gegenüber hat Orchard zugegeben, ein Spitzel zu sein.

Mit dem Chef-Detektiv der Mine Owners Association, G. C. Sterling, demselben, der in Viktor durch einen Schuß das Signal zu der erwähnten Prüßelade gab, war der Staatszeuge Orchard sehr befreundet! Kurz bevor die Bahnstation in Independence in die Luft gesprengt wurde — wobei, wie schon im letzten Bericht angeführt wurde, vierzehn Personen umsamen —, haben Orchard und Sterling gemäß den Zeugenaussagen des Bahn-telegraphisten Albers das Terrain in der Nachbarschaft der Bahnstation genau inspiziert! Und nach der Explosion untersagte Sterling, daß Bluthunde die Führer des Attentäters verfolgten.

Mindestens ein Duzend Zeugen, deren Aussagen einzeln wiedergegeben zu weit führen würde, erklärten auf dem Zeugensstand, daß Orchard ihnen gegenüber seinen Groll gegen Steunenberg Ausdruck gegeben und daß er ihn zu töten gedroht hat, weil er ihn zum Verkauf seines Anteils an der Hercules-Grube gezwungen. Stets fügte er der Drohung die Worte bei: „Und wenn es meinen eigenen Kopf kostet.“

Nebrigens hat sich Orchard in seinem Hebereifer, die Führer der Bergarbeiter hineinzulegen, auch solcher Verbrechen beschuldigt, die er gar nicht begangen hat. So war er zur Stunde, als er die Hunter Hill- und Sullivan-Grube in die Luft gesprengt haben will. Laut dem Zeugnis etlicher Personen in Rußen, einem 18 Meilen entfernten Orte, und spielte dort Bolser. Ebenso verhielt es sich mit dem Bombenattentat auf Bradley, (Bradley wurde nicht, wie irtümlich berichtet, getötet. D. B.) Bei diesem „Bombenattentat“ handelte es sich um eine — Gasexplosion, und Bradley hat von der Gasgesellschaft bereits eine Entschädigung erlangt.

Soviel über das Hauptergebnis des Verhörs. Es sei nur noch angeführt, daß auch Haywood selbst und sein mitangeklagter Freund Moyer, der nach ihm prozessiert werden soll und den man so gerne gegen Haywood ausgespielt hätte, den Zeugensstand betrauten und alle Beschuldigungen Orchard's als Lügen brandmarkten. Ihre Aussagen waren so klar und überzeugend, daß sie selbst auf die Farmer-Jury einen ausgezeichneten und nachhaltigen Eindruck machten.

Auch an tragikomischen Zwischenfällen mangelte es nicht. So wurde von einem früheren Präsidenten der Western Federation of Miners bekundet, daß der Distriktsanwalt Hawley, der mit dem wegen Landstrolchens angeklagten Bundesadvokat Moxah die Anklage vertritt, der eigentliche Vater des Bergarbeiterverbandes ist! Er war es, der die Statuten der Western Federation of Miners entwarf, er war der erste Rechtsbeistand des Verbandes, und er erklärte den Bergleuten freis: „In Amerika haben nur die Reichen etwas zu sagen.“

Angeichts des schlechten Standes ihrer Sache greift die Anklage neuerdings zu verzweifeltsten Mitteln und Einschüchterungsversuchen. Etliche Entlastungszeugen ließ die Staatsanwaltschaft unter dem Verdacht des Meines des verhaften, und sie kündigt weitere Verhaftungen an. Das Ende des Prozesses Haywood ist in etwa anderthalb Wochen zu erwarten.

Bois-City (Idaho), 28. Juli. (W. T. B.) Das Schwurgericht erklärte den der Ermordung des ehemaligen Gouverneurs Steunenberg angeklagten Sekretäre des Westlichen Bergarbeiterbundes, William D. Haywood, für nicht schuldig.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Juli 1907.

Ein Erfolg der deutschen Diplomatie.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ weiß von einem großen Erfolg des deutschen Auswärtigen Amtes zu berichten. Wie er

unmerklich, hatte der Prozeß, der wegen der Ermordung des deutschen Konsuls Stein in Dagaca vor den mexikanischen Gerichten geschwebt hat, wiederholt Anlaß zu Erörterungen in der Presse gegeben. Konsul Stein war in dem Hause eines wohlhabenden Mexikaners Couttolene nach einer heftigen Auseinandersetzung mit diesem durch einen Revolverbeschuß getötet worden. Couttolene, der allgemein als Täter galt, wurde vom Gericht erster Instanz freigesprochen, dagegen sein Kesse, der Mexikaner Kangel, auf Grund einer Selbstbezichtigung verurteilt, und zwar zu der verhältnismäßig geringen Strafe von zwei Jahren Gefängnis. Der Prozeß fand seinen Abschluß dadurch, daß sowohl der Sohn des Getöteten, der dem Verfahren als Zivilpartei beigetreten war, als auch der Staatsanwalt, dieser auf Anweisung des Oberstaatsanwalts, die eingelegten Rechtsmittel zurücknahmen.

Dieser Ausgang des Prozesses veranlaßte die deutsche Regierung, da es sich nicht um eine Justizfarce in Mexiko, sondern in Mexiko handelte, bei der mexikanischen Regierung Vorstellungen zu erheben. Das Resultat schildert die „Nordd. Allgem. Ztg.“ mit folgenden Worten:

„Die mexikanische Regierung hat darauf erwidert, sie mißbillige entschieden das Verhalten des Oberstaatsanwalts. Die Gesetze des mexikanischen Staates Puebla, die für das Verfahren maßgebend waren, seien allerdings nicht verletzt; das Verhalten des Oberstaatsanwalts stehe aber mit den von der mexikanischen Bundesregierung zu vertretenden völkerrechtlichen Verpflichtungen und mit dem Wunsche der mexikanischen Bundesregierung nicht im Einklang, allen Fremden in Mexiko den Rechtschutz in ausgedehntem Maße zu gewähren. Nachdem der Gouverneur des Staates Puebla von dieser Auffassung der mexikanischen Bundesregierung Kenntnis erhalten hat, ist der Oberstaatsanwalt, wie nunmehr telegraphisch aus Mexiko gemeldet wird, seines Amtes entsetzt worden. Die mexikanische Regierung hat, indem sie in solcher Weise den deutschen Vorstellungen Rechnung trug, bewiesen, daß sie den ersten Willen hegt, den in Mexiko lebenden Deutschen unparteiische Justiz zu sichern.“

Das Bülow'sche Blatt muß recht bescheiden in seinen Ansprüchen an die Leistungen des Auswärtigen Amtes geworden sein, wenn es in dieser Amtsentsetzung des Oberstaatsanwalts bereits einen Erfolg der deutschen Diplomatie findet.

Die Ungefährlichkeit der Sozialdemokratie.

Die „Kreuz-Ztg.“ scheint die Aeußerung des Fürsten Bülow zu dem Mitarbeiter des Pariser „Figaro“, Herrn Jules Hurst, über die Ungefährlichkeit der deutschen Sozialdemokratie weit ernster zu nehmen als wir, die wir und längst abgewöhnt haben, in den Bülow'schen Feuilletonplaudereien, mögen sie nun im Reichstage oder am Badestrande von Norderny gehalten werden, irgend welchen tieferen Gehalt zu suchen. Das feudale Blatt meint in seiner Sonntagsnummer:

„Es wäre nicht gut, wenn die zur Bekämpfung der Sozialdemokratie aufgerufenen Blockparteien sich dieser optimistischen Auffassung anschließen. Wie viele überzeugte Sozialisten es gibt, entzieht sich jeder Schätzung. Da es aber bereits 1903 nach den Wahlen der gewerkschaftlichen Bundeszentrale 1344 808 Mitglieder der sozialistischen Gewerkschaften in Deutschland gab, und da diese Zahl gegenwärtig weit überschritten sein muß, so hat man mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß der Sozialdemokratie allein aus den Gewerkschaften mehr als eine Million Stimmen unter allen Umständen sicher sind. Für die Praxis kommt es nicht darauf an, ob diese Männer überzeugte Sozialisten sind. Keine Partei kann sich erlauben, daß die Mehrheit ihrer Wähler auf ihr Programm eingeschworen ist. Auf die Werbetkraft der Parteien kommt es an, und da erweist sich die sozialdemokratische Partei trotz ihrer letzten Wahlniederlagen noch immer auf der Höhe.“

Daß der Dogmatismus ihrer Führer dieser Entwidlung abträglich sein könnte, hat Fürst Bülow gewiß nicht sagen wollen. Aus den Tatsachen ist ja auch deutlich genug zu erkennen, daß der Dogmatismus mehr parteibildende Kraft hat als der Kritizismus. Wir möchten daher wünschen, daß sich auch in den bürgerlichen Parteien, bei Führern und Anhängern, etwas mehr Glaube an ihre Ideale zeigte. Nur aus diesem Glauben kann der echte Optimismus entstehen, der den Sieg verbürgt, der Optimismus, der nichts beschönigt, nichts verheimlicht und jedem kritischen Einwurf sein mutiges „Dennoch“ entgegenhält. Wenn wir nicht mehr an unsere Ideale glauben, wenn wir gelegentlich unser monarchisches Bewußtsein revidieren möchten, wenn wir die Reichsverdroffenheit aufkommen lassen, wenn wir unsere Nationalität nicht unter allen Umständen so stark und fest behaupten, wie wir uns für unsere persönliche Ehre und Freiheit einsetzen, wenn wir unsere christliche Kultur und Gesittung nicht trotz aller unserer eigenen Fehler und Gebrechen als das höchste politische Gut wert halten, so dürfen wir uns nicht wundern, wenn sich die idealistische Jugend von uns ab und stärkeren Idealisten, den Propheten des Dogmas von der Volkssouveränität, der internationalen Verbrüderung und der Diesseitigkeit abwendet.“

Eine bessere Kenntnis des politischen Partellebens hat die „Kreuz-Ztg.“ jedenfalls als der vierte Kanzler des Deutschen Reiches; unverständlich bleibt uns nur, wie sie bei dieser Kenntnis von den bürgerlichen Parteien ohne Unterschied, also auch von den freikonserватiven, Rationalliberalen und freisinnigen Kopf- und Handwerker Richtung den „Glauben an Ideale“ fordern kann. Sie müßten doch zunächst wirklich Ideale haben.

Die Ergänzung der südwestafrikanischen Kolonialarmee.

Wir wiesen kürzlich an dem Dislozierungsplan der südwestafrikanischen Schutztruppe, die in einer Stärke von 4000 Mann in Südwest verbleiben soll — und offenbar dauernd! — nach, daß zum Schutze der Farmer ein so gewaltiges Truppenaufgebot nicht nötig sei, sondern daß es sich lediglich um Schaffung des Kerns einer Kolonialarmee handle.

Jetzt liegen nun nähere Angaben über die Polizeitruppe vor, durch die diese Kolonialarmee noch verstärkt werden soll. Die Polizeitruppe soll aus rund 1237 Mann bestehen, nämlich aus 781 weißen Polizeifeldboten, 300 schwarzen Polizeidienern, 150 Wagensharnern usw. 1027 Mann davon sollen befristet sein. An Gehalt soll gezahlt werden dem Major 14 100 Mark, jedem Offizier 7500 Mark, jedem der 72 Hauptmeister 4150 Mark, jedem der 648 Sergeanten 3400 Mark.

Danach werden sich die Gesamtkosten für Schutz- und Polizeitruppe insgesamt auf mindestens 40 Millionen Mark pro Jahr stellen!

Dies reizende Kolonialgefährt hat das Volk aber bekanntlich den Blockbesidienten des Freisians zu danken! Des selben Freisians, dessen fahrende Organe noch vor kurzen vorstiegen, Südwestafrika an den Weißbrotenden zu verfeigern! —

Man geniert sich!

Wir hatten am Sonnabend über den unerhörten Fall der Fesselung eines roten Preßhändlers in Wülhausen berichtet, der von seiner Strafzeit von 7 Tagen nur noch ein paar Stunden zu verbüßen hatte und gleichwohl auf „höhere Anordnung“ hin zu einer Zeugnisaussage gezwungen vorgeführt wurde! Nach den

Verhörungen des die Fesselung vollziehenden Polizeibeamten konnte man annehmen, daß die Polizeibehörde den Befehl zur Fesselung gegeben habe. Inzwischen aber sandte der Polizeipräsident der „Rheinischer Volks-Zeitung“ folgende Aufschrift: „Der Artikel „Gefesselt aus dem Gefängnis“ dem Untersuchungsrichter vorgeführt in Ihrer geliebten Nummer erweckt den Anschein, als ob die Fesselung des Herrn Redakteurs Wied auf die Initiative der Polizeibehörde oder auf mangelhafte Anweisungen der Schutzmannschaft zurückzuführen sei. Ich stelle demgegenüber fest, daß bei Vorführungen vor Gericht lediglich der die Vorführung anordnende Richter zu entscheiden hat, ob Fesselung stattfinden soll oder nicht. Im vorliegenden Falle war die Fesselung durch schriftlichen Befehl des Herrn Untersuchungsrichters ausdrücklich verfügt worden. Der Schutzmann hatte dieser Anordnung einfach Folge zu leisten.“

Als Untersuchungsrichter fungierte nun aber nach der Mitteilung der „Rheinischer Volks-Ztg.“ ein Dr. Irwand, der auf die Beschwerde unserer Genossen hin anordnete, daß bei der Rückkehr ins Gefängnis von der Fesselung Abstand genommen werde! Der Untersuchungsrichter gemierte sich also ebenso, die Verantwortung für die Fesselung zu übernehmen, wie die Polizeiverwaltung!

Die nachträgliche Scham macht aber den Skandalösen Vorfall nicht ungeschick!

Freisinnige Kardorff-Schwärmer.

Wegen des Todes des Herrn v. Kardorff hat die Fraktion der Freisinnigen Volkspartei an die freikonservative Fraktion ein Beileidschreiben gerichtet, in dem von dem berechtigten Laurahütten-Gründer erklärt wurde, daß ihn der Freisinn „freis“ als einen Mann „geschätzt“ habe, „der aus ehrlicher Ueberzeugung“ und reinem Herzen dem Wohl der Allgemeinheit zu dienen bestrebt war.“

Diese posthume freisinnige Liebeserklärung für einen der menschlich und politisch unangenehmsten Reaktionäre mag zum Teil auf die freisinnige Blodprostitution, zum Teil auch auf den zum guten Ton unserer verkehrtesten Bourgeoisie gehörenden grundverlogenen Grundsatzzurückzuführen sein, von Toten nur Gutes zu reden.

Den Stipfel bourgeoisen Heuchel erreicht aber die „Voss. Ztg.“, wenn sie zu dieser törichtigen Höflichkeitsskizze bemerkt: „Das ist eine Würdigung Kardorffs, die der Freisinnigen Volkspartei alle Ehre macht.“

Der Säulenheilige des Freisinn, Eugen Richter, urteilte denn doch wesentlich anders. Am 18. Dezember 1891 sagte er im Reichstage:

„Die Persönlichkeit des Herrn v. Kardorff ist politisch und menschlich in meinen Augen eine solche, daß ich nicht geneigt sein kann, in der Anerkennung seiner Respektabilität weiter zu gehen, als ich durch die Geschäftsordnung des Hauses dazu gezwungen bin.“

Berner: „Ich kann dem Herrn Abgeordneten v. Kardorff nur erwidern, daß ich auf jede Anerkennung in den Kreisen, in denen er angeblich populär sein soll, verzichte.“

Der Verzicht des Herrn Eugen Richter auf Elogen von reaktionärer Seite, scheint vom heutigen Freisinn nicht mehr geteilt zu werden. Freilich mußte sich Eugen Richter auch schon selbst die Anerkennung seiner Herrn Kardorff nahestehenden Kreise gefallen lassen, als er den Agrariern bei der geschäftsvordrungs-widrigen Durchpeisung des Politarises seine beschäftigten Handlangerdienste geleistet hatte!

Wenn Wiesberts spricht . . .

Im Dertchen Dellwig, Bürgermeisterei Vorbeck bei Essen, sollte am vergangenen Sonntag der Abgeordnete Wiesberts reden. Dieses weltbewegende Ereignis wurde den Bewohnern des genannten Ortes durch Plakate kundgetan, worin es u. a. hieß:

„Wer ist Wiesberts? Und allen längst kein Fremdling mehr. Wiesberts ist nach einem Urteil aus Gegenders Mund der fähigste Kopf in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Wenn Wiesberts redet, so laufen ihm alle mit Spannung, selbst die Männer der Regierung.“

Wie lange wirds dauern, und Wiesberts wird als der bedeutendste Mann des zwanzigsten Jahrhunderts angepriesen. —

Christliche Wahlmacher.

Am 8. Januar fand in R. Gladbach die Wahl der Arbeiterbeisitzer zum Gewerbegericht statt. Dabei sind von den christlichen Gewerkschaften unter Beihilfe der Polizei grobe Verbrechen verübt worden. Dem christlichen Gewerkschaftssekretär Bessels wurde nämlich auf dessen Ersuchen von der Polizeibehörde eine große Anzahl gestempelter Wahlrechtsbescheinigungen ohne Namen ausgehändigt. Wer christlich wählen wollte, der bekam, nachdem auf dem christlichen Wahlbureau sein Name hinzugesetzt worden war, eine solche Bescheinigung und wurde dann unter christlicher Kontrolle zur Urne geleitet. Auch ist festgestellt worden, daß eine große Anzahl Ausländer gewählt haben. Die Wahl ist — nach sieben Monaten! — auf den Protest der freien Gewerkschaften hin für ungültig erklärt worden. Man weiß nicht, was man hier mehr bestimmen soll: die Unverschämtheit der Christen oder die Bereitwilligkeit der Polizei, bei dieser offensichtlichen Gewerkschaftsmittäuerei mitzuwirken. Was für ein Geschrei würden die Zentrumsleute erheben, wenn so etwas im anderen Lager sich ereignen würde! —

Der antisemitische Volksbund in Räten.

Die „Deutsche Hochwacht“, unbestechliche böllische Tageszeitung, das in Stettin täglich erscheinende Organ des Deutschen Volksbundes, teilt heute mit, daß es infolge der „bekannten, bedauerlichen Schädigungen“ wieder als Wochenblatt erscheinen müsse. In einem schwülstigen Aufsatze werden die Bundesbrüder aufgefordert, „soviel Geld einzuschicken, als sie irgend flüssig machen und entnehmen können“. Ferner heißt es darin:

„Es ist eine schwere und ernste Bitte; aber wir vertrauen, daß Ihr sie erfüllt. Ihr, die Ihr uns so oft geschrieben habt, wie Euch der Morgenstau nicht schmeckt, wenn Ihr Eure „Hochwacht“ nicht zur Hand habt, daß Ihr Euch mit Eurer Gattin freuet, wer sie zuerst lesen soll. Wollt Ihr, daß das letzte radikal deutsch-reformerische Tagesblatt Deutschlands eingehe? Kommt Ihr das verantworten?“

„Ist es nicht so? Ist es nicht so, daß Ihr Deutsche seid! Keine Summe ist und zu klein, keine sei Euch zu hoch! (1) Heran, wer nach Blut in der Seele hat!“ (2)

Die Unterschlagungen des ehemaligen Oberbazonen Hans v. Rosch scheinen ja keine kleinen zu sein, wenn der „Volksbund“ derartig in Räten ist. Die bisher geübte Methode, Beamte gegen hohes Gehalt anzustellen, die in der Lage sind, eine beträchtliche Kasse zu stellen, scheint als Finanzierungsquelle nunmehr zu versagen. Nun müssen die Zubenstesser bluten! Ob sie aber zahlen werden? Na, wir wollen es abwarten.

Die Renaissance des badischen Liberalismus,

auf welche einige unerbittliche Optimisten hoffen, zeigt sich am besten in der neuesten Ausgabe des weiland so berühmten gemessenen Kalenders „Der Lächer Hinkende Bote“. In den sechzig Jahren, unter Bäcklins Leitung, humpelte dieser Hinkende als epochenmachender Volksaufklärer einer neuen, wahrhaft liberalen Wera durch viele Bande, ärgerte die Pfaffen und Blamärschlichen Junker, so daß sie vor Bohn rissen. Heute steht dieser Kalender auf dem tiefsten Niveau einer brutalen Blodreaktion und hat die katholische Gesellschaft nur noch deshalb zum Widersacher, weil der Liberalismus des Hinkenden ihrer Vollerbummung eine zu neidende Konkurrenz macht. Wie der Hinkende seine Leser politisch einreißt, dafür eine kurze Stichprobe:

Am 18. Dezember lehnte das Zentrum zusammen mit den roten Brüdern und den Vorkadern den Nachtragskredit zur Vermeidung des blutigen Feldzuges ab, damit die vor dem Siege stehenden Truppen den Wilden nicht mehr gewachsen waren. . . . Im Wahlkampf verbündeten und unterstützten sich die Schwarzen und die Roten . . . aber wer die Bege bezahlte, mußte, sind die guten Sozi . . . obwohl Bebel bei der Auflösung renommierte, die Sozi würden 100 Mann stark wiederkommen. . . . Offen sympathisieren sie in letzter Zeit mit den spanischen und russischen Bombenmördern . . . lagen in die Welt hinein, der deutsche Kaiser sei an der Auflösung der rapsodischen russischen Duma schuld . . . sozialdemokratische Versammlungswörter forderten die Auflösung des Einzelhaushalts, damit auch der Familie und Ehe . . . vielleicht hofften sie noch zu Männern zu kommen. . . . Es war ein großes, großes Ereignis und die Berliner hatten ganz das richtige Gefühl, als sie am Stichtagabend vor Bülow's Dienstwohnung und des Kaisers Schloß zogen und patriotische Lieder sangen; der Ansturm Roms und der Gasse war abgesehen.

So zu lesen auf Seite 36 und 37 des Kalenders. Was dann über die Kolonialpolitik in Südwest, über die „einigermäßen“ entschädigten Farmer, über die wieder mittwunden Ultramontanen gelobhudelt wird, ist dementsprechend. Zum Schluß malt sich der Hinkende ab, wie er dem Derrnburg, dem „Helden des Tages“, die Hand drückt und sagt: „Vor dem zieht auch der Hinkende den Hut ab!“

Der allgemein agrarischen Volksausplünderung gegenüber hat der Hinkende seinen Lesern nur den einen Trost: Der Kalender bleibt beim alten Preis. Für die neueste Steuerpolitik à la Laris-reform findet er die Worte: Gott gebe, daß wir noch an ihr Verständnis und Gefallen finden!

So steht die populärste Schrift des badischen Liberalismus aus, die in dreierlei Ausgaben unter das Volk gebracht wird! Und von dieser Gesellschaft erwartet man noch ein Verständnis für die geistige und wirtschaftliche Renaissance? Der Hinkende hat außer seinem linken Bein auch sein bischen Verstand verloren.

Zwei Monate Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung erkannte die Strafkammer in Eisenach gegen den Bohremeister Hopp aus Dippach. Hopp lag im angetrunkenen Zustande am Wiertische mit Politisieren an und erklärte schließlich, daß er Sozialdemokrat sei. Seinem Jugendgenossen ärgerte dies und da Hopp schließlich auch noch in seinem Duse auf den deutschen Kaiser geschimpft haben soll, schickte sich der empfindliche, edle Patriot bemogen, Anzeige zu erstatten, deren Ergebnis der Bohremeister mit zwei Monaten Gefängnis zu büßen hat — zur höheren Ehre der Majestät. —

Oesterreich.

Der Kampf um den Landtag.

Die österreichischen Genossen gönnen sich keine Ruhe. Sie wissen, daß der Sieg im Kampfe um das Reichsratswahlrecht nur ein erster, wenn auch der wichtigste Schritt war zur Demokratisierung des Staats. Es gibt aber keine wahre Demokratie ohne die Selbstverwaltung und ohne eine durchgreifende Kontrolle der staatlichen Verwaltung. Darum ist das Wahlrecht zu den Landtagen für das Proletariat von einem gewissen Grade seiner Entwidlung an von keiner geringeren Bedeutung als das Wahlrecht zum Zentralparlament. Der Kampf um das Reichsratswahlrecht muß aber fortgesetzt werden durch den Kampf um das Landtagswahlrecht. Je stärker die Sozialdemokratie wird, je mehr sie in allen Fragen des öffentlichen Lebens das Interesse des Proletariats gegen das Interesse der Bourgeoisie vertreten muß, desto wichtiger wird für sie das allgemeine und gleiche Wahlrecht in den Landtagen, das auch eine Vorbedingung ist für die Erreichung des gleichen Rechts in den Gemeinden. Das haben die österreichischen Genossen erkannt, und in Böhmen, dem industriell am weitesten entwickelten Lande der Monarchie, wird der Kampf um den Landtag mit der bewährten Energie der österreichischen Genossen bereits aufgenommen. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ meldet:

Aus Prag wird uns telegraphiert: Das Exekutivkomitee der tschechischen Sozialdemokratie beschloß, in ganz Böhmen eine große Aktion der organisierten Arbeiterschaft für das Landtagswahlrecht einzuleiten. Falls bis zu einem bestimmten Termin die Regierung den böhmischen Landtag nicht einberufen und ihm eine Wahlreform vorlegen sollte, werden für den Herbst große Demonstrationen angekündigt. — Auch die Arbeiter in Deutschböhmen rufen zum Kampfe. Der „Freigeist“ (in Reichenberg) bringt einen Leitartikel, worin es heißt: Wir müssen darauf gefaßt sein, die Mittel, die im letzten Wahlrechtskampf so gut wirkten, wieder anzuwenden, aber mit verdoppelter Energie. Schwer kann und das wohl nicht werden. Der letzte Wahlrechtskampf war uns eine gute Schule, jetzt brauchen wir nur zu zeigen, daß wir auch gut gelernt haben. Und wenn wir jetzt ganz allein stehen, wenn wir auf gar keine Hilfe zu rechnen haben, so kann das nur unsere Kampflust steigern. Der Solidarität des deutschen und tschechischen Bürgerturns muß entgegengetreten die Solidarität der Proletarier beider Nationen. Die bürgerlichen Parteien beider Nationen werden einig sein in der Verleumdung ihrer Privilegien, die Proletarier beider Nationen werden vereint für ihr Recht kämpfen. Die Parteigenossen aller Orte mögen aber nun an die Vorbereitung des Kampfes gehen, um bereit zu sein, wenn der Ruf an sie ergeht. Und das wird recht bald geschehen. Für uns gibt es keine Sommerferien; jetzt, wo andere in die Ferien gehen, müssen wir in den Kampf ziehen. Ihn siegreich durchzuführen, ist für uns Ehrensache. Das Proletariat Böhmens, das im Kampf um das allgemeine, gleiche Reichsratswahlrecht so tapfer kämpfte und den Boden mit Blut bängte, muß die Kriegserklärung sofort mit der Eröffnung des Kampfes beantworten und seinen Gegnern zeigen, daß es mit sich, mit seinen Rechten nicht Schindluder treiben läßt. Darum auf, Genossen, bereitet Euch für den Kampf vor!

Auch das Proletariat Deutschlands wird bald wieder seine volle Aufmerksamkeit den Problemen zuwenden haben, die der Kampf um die Erringung des gleichen Rechts, zumal in Preußen und Sachsen, seiner politischen Latkraft stellen werden.

Die Kompetenzen, die den deutschen Landesparlamenten zugewiesen sind, sind ja weitaus größer, bedeutender, für die politische Entwicklung einschneidender, für die soziale Lage der Arbeiter wichtiger, als die Befugnisse österreichischer Landtage. Namentlich das preussische Wahlrecht ist für die Entwicklung unserer ganzen Politik von höchster Bedeutung. Auch das deutsche Proletariat kann seine Entrechtung in den entwickeltesten Staaten des Reiches unmöglich länger ertragen. Der Kampf unserer österreichischen Genossen kann möglicherweise von dem gleichen Kampfe in Deutschland begleitet werden. —

Schweiz.

Bärlic, 28. Juli. (Fig. Ver.)

Bei der heutigen Erziehung eines Mitgliedes für den Nationalrat im zweiten eidgenössischen Nationalratswahlkreis, der die zürcherischen Bezirkeorgen, Weilen und Binwil umfaßt, brachte es die sozialdemokratische Partei zu einem bemerkenswerten Achtungserfolg. Ihr Kandidat, Genosse Arbeitersekretär Greulich, vereinigte 4771 Stimmen auf sich, während der Kandidat der koalitierten Demokraten und Liberalen mit 8170 Stimmen gewählt wurde.

Bei den Gesamterneuerungswahlen am 29. Oktober 1905 hatte der sozialdemokratische Kandidat 3054 Stimmen, der bürgerliche 8957 erhalten. Unsere Partei hat also in nicht ganz zwei Jahren einen Zuwachs von mehr als 1700 Stimmen zu verzeichnen. Die fortschreitende Industrialisierung einzelner Teile des Wahlkreises wird dafür sorgen, daß in nicht allzu ferner Zeit die bürgerliche Mehrheit verschwindet. Vorläufig bleibt der Wahlkreis durch fünf bürgerliche vertreten.

In der kantonalen Volksabstimmung wurden das Baugesetz, das Forstgesetz und das Notariatsgesetz mit Mehrheiten von 18 000 bis 24 000 Stimmen angenommen. —

Frankreich.

Neue Verfolgungen.

Paris, 26. Juli. (Fig. Ver.)

Die Hege gegen die Gewerkschaftler dauert fort. Gestern ist Genosse Lauche wegen einer Rede, die er am Vorabend des Nationalfestes in Lille gehalten hat, verhaftet worden. Er soll die Polizei beleidigt haben. — Auch Genosse Chambois, der Vorsitzende der Versammlung, ist unter Anklage gestellt.

In Rouen hat das Geschworenengericht den Genossen Sébert, Redakteur des Parteiblatts „Semeur“, wegen „Aufreizung zum Mord und zum Disziplinbruch“, angeblich begangen in einem Artikel über das 17. Regiment, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Verfasser des Artikels, Genosse Wiche, wurde trotz seines Verlangens nicht angeklagt. —

Gleichfalls wegen Aufreizung des Militärs zum Ungehorsam ist das Parteiblatt „Droit du Peuple“ in Grenoble angeklagt, ferner die „Cravache“ in Reims. Auch ist gegen den Redaktionssekretär der Herbeischen „Guerre Sociale“, Almerenda, die strafgerichtliche Verfolgung eingeleitet.

Die Arbeitskonföderation hatte nach den Ereignissen in Narbonne ein Manifest gegen die Regierung erlassen, das diese als „Mörderregierung“ bezeichnete und die Handlungsweise der Soldaten des 17. Regiments billigte. Die Regierung ließ die strafgerichtliche Verfolgung gegen die Urheber einleiten. Die Konföderation kam ihr dabei wohl mehr entgegen als dem Ankläger lieb war, indem sie sämtliche Mitglieder des Konföderationskomitees als Mitverantwortliche namhaft machte! Der Untersuchungsrichter ist jetzt mit dem Verhör der Beschuldigten beschäftigt. —

Bekanntlich sind unlängst einige der Unterzeichner des letzten antimilitaristischen Aufrufs, darunter Genosse Kulagnier, von den Geschworenen freigesprochen worden. Da sich auch die anderen Unterzeichner genannt hatten, war der Staatsanwalt von einer neuen Wlamage bedroht, wenn er ihnen den Prozeß gemacht hätte. Er hat darum das Verfahren eingestellt. Da nun aber der Aufruf die Soldaten aufforderte, auf ihre streikenden Brüder nicht zu schießen, ist durch einen Gerichtsakt also die Legalität dieser Aufforderung ausgesprochen!

„Wunder Eifer schadet nur“ — aber die Regierung will das nicht einsehen, und sie setzt die Verfolgungen fort, die, wenn sie glücken, Saß erregen, und wenn sie erfolglos bleiben, Gelächter hervorrufen. —

Paris, 29. Juli. Von den Generalkatswahlen sind bis 4 Uhr morgens 620 Resultate bekannt. Es wurden gewählt 107 Konservative und Mitglieder der „Action Libérale“, 93 gemäßigete Progressisten, 378 Republikaner der Linken, Radikale und radikale Sozialisten und 15 Sozialisten. Es finden 27 Stichwahlen statt. Die Konservativen verlieren 11 und die Progressisten 33 Sitze. Die Republikaner und die Radikalen gewinnen 45 und die Sozialisten 5 Sitze. Unter den Gewählten befinden sich Rouvier, Verhoun und Deschanel.

Bei den Generalkatswahlen, die am Sonntag in allen Departements — mit Ausnahme des Departements Seine — stattfanden, handelte es sich um die Erziehungswahlen für jedes dritte Generalkatsmitglied. Insgesamt waren 1450 Sitze zu erneuern, die sich den Parteien nach bisher folgendermaßen verteilten: 20 Konservative, 35 Rationalisten, 220 Progressisten, 302 Linkerepublikaner, 400 Radikale, 185 Radikalsozialisten, 44 Sozialisten, darunter 4 geehrte Sozialisten. Unter den Ausgeschiedenen befinden sich 86 Senatoren und 128 Abgeordnete, 5 Senatoren und 9 Abgeordnete haben nicht mehr kandidiert.

In den weinbautreibenden Departements des Südens war die Beteiligung an den Wahlen wenig zahlreich. In mehreren Gemeinden in der Gegend von Beziers, Perpignan und Narbonne konnten die Wahlbureau nicht gebildet werden; in diesen anderen Gemeinden wurden die Wahllokale geöffnet, es erschien aber kein Wähler! —

Genosse Ferroul, der Bürgermeister von Carbonne, der im Anschluß an die Erhebung der Weinbauern seine Entlassung gegeben hatte, vom Gerichtshof zu Montpellier in Haft gesetzt ward und dessen Berufung gegen diese Inhaftierung am Sonnabend vom Kassationshof abgelehnt wurde, ist zum Generalkat in Perpignan gewählt worden. —

Rußland.

Vertrag mit Japan.

Petersburg, 28. Juli. Im Ministerium des Kaufern sind heute der Handels- und Schiffahrtsvertrag sowie die Fischereikonvention mit Japan, die beide auf Grund der Artikel 11 und 12 des Friedensvertrages von Portsmouth abgeschlossen sind, unterzeichnet worden. Beide Vertragsinstrumente werden nach dem Austausch der Ratifikationen, der demnächst erfolgen soll, veröffentlicht werden. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Wächung, Bauanschläger, Klempner, Rohrleger und Helfer! Die organisierten Arbeiter sämtlicher Bauhandwerke haben auf dem Bau Martin Lutherstraße, Sädneberg (W e a m t e n h ä u s e r) die Arbeit niedergelegt, weil auf dem Bau selbst sowohl als vor dem Bau Ueberwachung durch Polizei stattfindet. Eine Kommission, welche bei der Bauverwaltung um Entsetzung der Polizei nachsuchte, wurde absichtlich gescheitert. Wir erwarten, daß von den oben genannten Berufen kein Kollege auf dem Bau anspricht, so lange die geheime oder uniformierte Polizei dort die Helferdienste verrichtet.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Die Hebung der Plakat-Industrie.

Der Verband der Baugeschäfte Berlins und Umgegend ließ am Sonntag wieder eine große Kundgebung an den Plakatsäulen ansetzen. Ueberlich ganz harmlos und nur „um die Gegensehlichkeit der Berichterstattung des „Vorwärts“ und der der bürgerlichen Presse darzutun“, bringt der Vorstand des Verbandes, der die Kundgebung unterzeichnet, nämlich die Herren Wahl, Heuer und Fiedler, allen „interessierten“

Streifen zur Kenntnis, wie die bürgerliche Presse über die letzte Generalversammlung der Pöher berichtet hat.

Wichtig wäre es übrigens für die „interessierten Kreise“ zu wissen, von wo aus der in Frage kommende Berichtstatter inspiriert worden ist. Behauptungen wie die: „Die Berliner Baugeschäfte erklären sich nach wie vor solidarisch“, stellt man doch wohl nicht ohne Unterlage auf. Ohne Kenntnis der eigentlichen Quelle lassen nun die Berliner folgendes auf guten Glauben hinnehmen:

„Es sind jetzt 10 Wochen verflossen, seitdem im Berliner Baugewerbe der große Streik der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter ausbrach. Die Berliner Baugeschäfte erklären sich nach wie vor solidarisch. Aber in den Reihen der Streikenden kriselt es. Die Entscheidung über die Fortführung oder Beilegung des mit seltener Hartnäckigkeit geführten Lohnkampfes scheint in die Nähe gerückt zu sein. Diese Ansicht gewann man in einer Versammlung der streikenden Pöher, die gestern Abend in Sellers Festsaal tagte. Ueber ihr lag eine gedrückte Stimmung. Es wurde offen ausgesprochen, daß die Summe aller Firmen, die nach den neuen Arbeitsbedingungen arbeiten lassen, nicht soviel bedeute, wie drei der großen Firmen, die noch nicht bewilligt haben. Dazu komme, daß die Zahl der Arbeitswilligen von Tag zu Tag größer werde. Auch müsse damit gerechnet werden, daß ein erheblicher Teil der in Angriff genommenen Bauten demnächst fertiggestellt würde, wodurch die Zahl der arbeitslosen Pöher, die jetzt über 500 betrage, auf mehr als das Doppelte steigen werde.“

Um die Gegenfährlichkeit darzutun, mühte doch jetzt der Bericht des „Vorwärts“ über diese Pöherversammlung folgen, aber das geschieht nicht; für die Herren Vorstandsmitglieder ist die Sache mit diesem „Bericht“, der weit eher einer Stimmungsmache, als einem Stimmungsbild ähnlich sieht, erledigt. Mit weithin lesbaren Lettern sehen die drei Herren stolz ihre Namen darunter, ohne das geringste hinzuzufügen.

Sollte die Publikation der letzten Bautenkontrolle wieder so starken Ärger erregt haben? —

Warum aber folgt der Verband der Baugeschäfte nicht der freundlichen Einladung der Streikleiter, die Bautenkontrolle gemeinsam vorzunehmen? Das würde alle Zweifel an dem Resultat beseitigen, und nach Reinigung der Unternehmern doch den Trost der bürgerlichen Blätter entbehlich machen!

Die Berichte des „Vorwärts“ über alle Versammlungen der Arbeiter sind durchaus wahrheitsgemäß. Die Verhandlungen der Arbeiter werden vor der breiten Öffentlichkeit geführt und es geht gar nicht an, die Massen der Arbeiter, die alle als Sachverständige zu urteilen vermögen, mit entstellten Berichten zu täuschen. Die Berichte müssen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen, denn sie unterliegen der direkten Kontrolle von vielen Tausenden. Und die Arbeiter wissen, daß sie sich auf den „Vorwärts“ verlassen können! —

Wie anders ist es aber bei den Unternehmern!

Geheim, hinter verschlossenen Türen, sogar ohne die Vertreter auch nur der bürgerlichen Presse zuzulassen, verhandeln sie und diktieren, wie schon im „Vorwärts“ gekennzeichnet, ihre „Resolutionen“ den draußen wartenden Berichterstattern. Sie erfinden immer neue Kniffe, um die Öffentlichkeit zu täuschen; sie lancieren Berichte nach Belieben in die bürgerlichen Blätter. Darum sind diese Berichte fast stets wertlos und werden von jedermann mit kritischen Blicken betrachtet, sobald sie den Unternehmern recht günstig klingen.

Der bekanntgemachte Bericht über die letzte Generalversammlung der Pöher verrät nur die Wünsche der Unternehmer, ist aber mit der wirklichen Lage der Dinge nicht in Einklang zu bringen. Der einzige Miston in jener Versammlung, wenn davon überhaupt die Rede sein kann, lag in der Diskussion über die Höhe der Beiträge zum Streikfonds. In einer solchen Frage finden sich leicht einzelne, die dagegen rätsonnieren, weil sie die Beiträge etwas niedriger angesehen wünschen.

Daß die Zahl der arbeitslosen Pöher steigt, ist ein für die Arbeiter gültiges Zeichen. Mit der Zahl der arbeitslosen Pöher wird auch die der Ofenseher, Tischler, Einseher und anderen Bauhandwerker steigen. Dieser Umstand beweist eben lediglich, daß es den Unternehmern trotz allen Geschreies nicht gelingt, die normale Ziffer von Bauten hochzubringen.

Im übrigen handelt es sich bei dem Kampf um die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter. Diese wissen, daß es ganz auf ihre eigene Haltung ankommt, daß sie sich aber auf die Pöher als Hilfsstruppe verlassen können, trotz aller Berichte, die bürgerliche Blätter über die Stimmung der Pöher bringen.

Herr Postlezerant Herrmann Hoffmann sendet uns eine angebliche „Berichtigung“, der wir folgendes entnehmen:

An den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“
Herrn Karl Bermuth Berlin-Nikdorf.

Die Nummer 170 des „Vorwärts“ bringt unter der Ueberschrift „Einige Worte über die Vertragsstreue der Arbeitgeber im Schneidergewerbe“ einen Artikel, welcher sich mit meinem Hause beschäftigt.

Die in dem Artikel aufgestellten Behauptungen muß ich durchweg als unrichtig bezeichnen, insbesondere weise ich den Wortbruch eines Tarifbruchs entschieden zurück.

Im einzelnen bemerke ich folgendes:

1. Daß Reklamationen bei mir mehr vorkommen als bei anderen Firmen, hat darin seinen natürlichen Grund, daß ich bei weitem die meisten Arbeiter beschäftige.

2. Am Himmelfahrtstage 1907 haben mehrere Arbeiter vor-mittags 3 bis 4 Stunden gearbeitet.

Bei der Besprechung, die vorher hierüber mit dem Vertrauensmann der Arbeiter stattfand, hatte dieser sich namens seiner Kollegen ausdrücklich zu dieser Arbeit bereit erklärt und war übereinstimmend mit mir der Meinung, daß für diese nur am Vort-mittag geleistete Tätigkeit nur eine halbe Feiertagslohnung analog der Nachtarbeit zu zahlen sei.

Ich erwähne hierbei, daß der Tarif über Feiertagsarbeit nichts enthält.

An der, wie bemerkt, von dem Vertrauensmann der Arbeiter vor Uebernahme der Arbeit ausdrücklich gebilligten Auffassung, daß die Arbeiter nur einen halben Feiertagslohn verlangen könnten, habe ich zunächst festgehalten, auch als die Arbeiter den vollen Feiertagslohn verlangten. Bei der nächsten Lohnzahlung ist den Arbeitern jedoch der volle Betrag ausbezahlt worden, trotzdem seitens des Vorstandes unseres Verbandes diese Frage auch noch nicht volle Klarheit gefunden hat.

Die Behauptung, daß die Angelegenheit noch nicht geregelt sei, ist also un wahr.

3. Dem Arbeiter ist zu Recht nur der Lohn für ein Planell-solko bezahlt worden, da der Stoff, aus dem das Solko angefertigt wurde, nicht Thebit, sondern Planell ist.

Die Behauptung, daß die Arbeiter für den betreffenden Kunden durchweg mit Abzügen bedacht seien, ist un wahr.

4. Ob mit den Arbeitern, welche auf tägliche Kündigung angestellt sind, Wochen- oder Tagelöhne vereinbart werden, ist gleichgültig, da die Summe der Tagelöhne für eine Woche mit dem im Tarif festgesetzten Wochenlohn völlig übereinstimmend.

Hochachtungsvoll

Herrmann Hoffmann.

Der Verband der Schneider schreibt uns dazu:

Den Wortbruch des Tarifbruchs halten wir, ebenso wie alle anderen in unserem Artikel aufgestellten Behauptungen, im vollen Umfange aufrecht. Auf Wunsch sind wir gern bereit, mit weiterem Material aufzuwarten.

Im einzelnen bemerken wir folgendes:

1. Nicht die Tatsache, daß Reklamationen vorkommen, sondern die Häufigkeit derselben, die in gar keinem Verhältnis zu anderen Geschäften steht und die Zwecklosigkeit jed-weder Reklamation gab uns Veranlassung, die Angelegenheit der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

2. Bezüglich der Feiertagsarbeit hat Herr Hoffmann sich mit unserem Vertrauensmann auseinandergesetzt, obwohl der Tarif über Feiertagsarbeit angeblich nichts besagt.

Auf Seite 30 des Tarifs lesen wir im 3. Absatz:

Zuschlag für Nachtarbeit: 3 M., nur bis 12 Uhr 1,50 M., für Sonn- und Feiertagsarbeit 3 M.“

Dieser Satz ist ausdrücklich für die 3-4 Stunden, welche am Sonn- oder Feiertag nur gearbeitet werden dürfen, bestimmt. Daß diese Position nicht anders aufgefaßt werden konnte, geht daraus hervor, daß unser Vorschlag:

„Müssen Proben nach 8 Uhr abends angefertigt werden, tritt ein Zuschlag von 25 Pf. pro Stunde, an Sonn- und Feiertagen tritt ein Zuschlag von 40 Pf. pro Stunde ein.“

Obige Bestimmungen treten auch für Stückerarbeit bei Nacht- und Sonntagsarbeit ein.“

bei der Tarifberatung abgelehnt wurde. Nun muß für Sonn- und Feiertagsarbeit ein Zuschlag von 75 Pf. bis 1 M. pro Stunde gezahlt werden.

Dieser Sachverhalt war Herrn Hoffmann bekannt, konnte unserem Vertrauensmann aber nicht bekannt sein, da dieser nicht an den Verhandlungen teilgenommen hat, hingegen war Herr Hoffmann während der Verhandlungen stets anwesend. Herrn Hoffmann mühte auch bekannt sein, daß der § 9 des Tarifvertrages solche Vereinbarungen verbietet, indem er sie für unzulässig und nichtig erklärt.

Bei der nächsten Lohnzahlung soll unseren Kollegen der Betrag nachgezahlt worden sein. Hier die dokumentarischen Feststellungen: Am 9. Mai war Himmelfahrtstag, um den es sich hier handelt. Kurze Zeit später erhielten wir von dritter Seite Kenntnis von der bei Hoffmann erfolgten Vereinbarung. Fast zu gleicher Zeit gab uns auch unser Vertrauensmann Kenntnis von der Angelegenheit. Unter dem 22. Mai setzten wir unseren Vertrauensmann davon in Kenntnis, daß diese Vereinbarung unzulässig sei. Ebenfalls teilten wir die Angelegenheit dem Vorsitzenden der Arbeitgeber mit. Am 5. Juni schrieben wir dem Vertrauensmann, daß der Betrag nachgezahlt werden müsse und einzuschreiben sei. Unter dem 9. Juni teilt der Vertrauensmann aber mit, daß der Betrag bei der Lohnzahlung am 7. Juni getrichen sei. Am 10. Juni gaben wir Anweisung, den Betrag wieder aufzuschreiben. Am 13. und 14. Juni ersuchte die Firma Hoffmann telephonisch, am 15. Juni schriftlich um Verhandlungen. Am 16. Juni teilte der Vertrauensmann uns mit, daß er inzwischen zwei Unterredungen mit Herrn Hoffmann hatte, bei letzterer sei auch die Feiertagsarbeit erwähnt worden; ihm sei aber von Herrn Hoffmann erklärt worden, daß er seitens des Arbeitgeberverbandes „nicht zur Nachzahlung, sondern nur zu einer Keuperung aufgefordert sei“. Die Angelegenheit schwebte also noch. Am 17. Juni fanden dann die Verhandlungen bei Herrn Hoffmann im Privatkontor statt, bei welchen ausdrücklich vereinbart wurde, daß der Betrag für die Lohnzahlung am 21. Juni aufzuschreiben sei und ausbezahlt werden solle. Am 23. Juni teilt uns der Vertrauensmann mit, daß der Betrag getrichen sei; seitens der Firma habe man erklärt, dem Vertreter der Ortsverwaltung nur das Versprechen gegeben zu haben, daß solche Verkäufe nicht mehr vorkommen sollten. Wir setzten nun den Vorsitzenden der Arbeitgeber noch zweimal von dem Sachverhalt in Kenntnis, dann wurde am 12. Juli dem Vertrauensmann und am 19. Juli den übrigen Kollegen der Betrag nachgezahlt. Zur Zeit, als wir den Artikel in Druck gaben, am 19. Juli, war uns von der erfolgten Bezahlung noch nichts bekannt; daß die Sache erledigt sei, wurde uns am 24. Juli abends mitgeteilt. Es brauchte also 7 Wochen Zeit bis zu ihrer Erledigung. Im übrigen nennt die Berichtigung offene Türen ein. Im „Vorwärts“ haben wir nicht behauptet, daß die Angelegenheit noch nicht geregelt sei.

Die Firma behauptet also wider besseres Wissen, daß die Sache bei „der nächsten Lohnzahlung“ geregelt wurde. Wenn Worte einen Sinn haben sollen, muß mit „der nächsten Lohnzahlung“ mindestens der 21. Juni gemeint sein, nicht aber der 19. Juli.

3. Besagten Planell haben wir dem Vorsitzenden der Arbeitgeber vorgelegt, derselbe lehnt es aber ganz entschieden ab, den fraglichen Stoff unter das Rubrum Planell zu bringen. Im übrigen ist ja die Firma auch erst nach zweimaliger Reklamation auf die Idee gekommen, daß der Stoff Planell sei.

Wir geben aber gern zu, daß der Kunde noch Kleidungsstücke herstellen ließ, für welche ausnahmsweise die Positionen des Tarifs zur Geltung kamen.

4. Wenn mit Arbeitern, für welche durch den Tarif Wochenlöhne vereinbart sind, Tagelöhne vereinbart werden, so ist das offener Tarifbruch, gleichviel, ob der Tagelohn mit 6 multipliziert den Wochenlohn ergibt oder nicht.

Die Vereinbarung der Tagelöhne hat nämlich ihren Grund darin, daß bei Wochenlöhnen die Feiertage bezahlt werden müssen, bei Tagelohn nicht. Dem Arbeitsvertrag muß auch Gewalt angetan werden, um Tagelöhne hineinzubringen; der betreffende Passus lautet:

„Der Lohn des Arbeitnehmers wird nach dem bestehenden Lohnsatz für Herrenhahnschneiderei in Berlin, Klasse . . . und wöchentlich Freitag bis abends 6 Uhr ausbezahlt. Wird unvollendete Arbeit nicht ausbezahlt oder Vorschuß nicht gegeben, so ist der Arbeitgeber nach Fertigstellung des betreffenden Stückes verpflichtet, den dafür fälligen Lohn auf Verlangen sofort auszubahlen.“

Der Tarif kennt aber keine Tagelöhne. Der Zweck der Vereinbarung von Tagelöhnen kann doch nach alledem nur die Umgehung des Tarifs sein.

Wenn aber alle diese Verkäufe keinen Tarifbruch bedeuten, können wir uns wirklich kein Bild machen von den Zuständen, die erst eingetritten sein müssen, wenn die Firma Hoffmann einen Tarifbruch anerkennt.

Verband der Schneider und Schneiderinnen. Filiale Berlin.

J. A.: Fr. Kunze.

Deutsches Reich.

Die Hausflößer von Hannover-Linden stehen bereits 3 Wochen im Streik. Die Innung lehnte seinerzeit jede Verhandlung mit dem Gesellenausschuß ab. Aus diesem Grunde legte derselbe seine Funktionen nieder. An die Stelle des Gesellenausschusses trat eine fünfgleibige Kommission. Nunmehr beauftragte der Innungsvorstand den Schritt des Gesellenausschusses und erklärte sich bereit, mit diesem unter besonderen Voraussetzungen, auf die jedoch die Gesellen nicht eingehen konnten, zu verhandeln. Der Innung ward mitgeteilt, daß nur die gewählte Kommission als Verhandlungsfaktor in Frage kommen kann. Seit diesem Zeitpunkt besteht eine heftige Reibde in den Kreisen der Arbeitgeber. Einige Schärfer, in Verbindung mit denjenigen Meistern, die keine Gesellen beschäftigen, haben bisher über die einschüchteren Elemente gesiegt. Wie sehr sich jedoch die Herren Meister in der Klemme befinden, erfährt man aus den frampftesten Versuchen, Streikbrecher zu gewinnen. Als besonders günstigen Boden scheint man das Rheinland zu betrachten. In den dortigen bürgerlichen Blättern werden Hausflößer zu einem Stundenlohn von 50-60 Pf. gesucht. Demgegenüber mühte festgesetzt werden, daß seitens der Streikenden in der höchsten Lohnklasse nur 48 Pf. gefordert werden. Zwei Schloffer aus Dortmund, die sich auf Grund dieser Inzerate bei der Firma Ernst Sorst u. Co.

wendeten, erhielten die Nachricht, daß sie anfangen könnten unter der Bedingung, daß sie dem deutschen Metallarbeiterverband nicht angehören. Die Situation für die Streikenden ist durchaus günstig. Eine große Anzahl derselben ist abgereist oder hat anderweitig Arbeit erhalten. Diesen Umstand wissen die Herren Meister wohl zu würdigen. Ganz besonders suchen dieselben ältere erfahrene Leute mit allen Mitteln zu halten, was ihnen jedoch auf die Dauer nicht gelingen wird. Wohl aber übel werden die Innungsgrößen den Forderungen der Gesellen Rechnung tragen und Entgegenkommen belunden müssen.

Die Lohnbewegung der Textilarbeiter in Landeshut, die am 18. d. M. zu einer Aussperrung von 2500 Mann führte, ist nach der „Schlesischen Zeitung“ am Sonnabend unter Vermittelung des Bürgermeisters, in einer gemeinsamen Versammlung der Arbeitgeber und Arbeitervertreter beigelegt worden. Die Arbeit soll nächsten Mittwoch wieder aufgenommen werden.

Achtung, Tabakarbeiter! Zugung ist fernzuhalten: Für Zigarrenarbeiter von Denzlingen (Baden), für Zigarrettenarbeiter von Waden-Baden, für Zigarrensortierer von Offenburg (Baden).
Deutscher Tabakarbeiterverband.

Ausland.

Massenaussperrungen und Lohnbewegungen in der Papier- und Zelluloseindustrie Skandinaviens.

Die norwegischen Papierfabrikanten und organisierten Arbeitgeber hatten sich auf Veranlassung des Storchingspräsidenten Werner bereit erklärt, über die Beendigung der Aussperrung und der Streiks in der Boregaard-, Haslund- und Union-Papierfabriken zu verhandeln. Zu einer Einigung haben diese Verhandlungen nicht geführt, weil die Fabrikanten fast uneingeschränkt auf ihrem früheren Angebot als einem Ultimatum beharrten. Sie wollten durch die scheinbare Verhandlungsfreundlichkeit offenbar nur ihre weiteren Kampfpläne verschleiern, denn sie haben nun die Ausdehnung der Aussperrung auf alle Papier- und Zellulosefabriken Norwegens verfügt. Den betreffenden Arbeitern ist am Sonnabend bereits gefündigt worden.

Die schwedischen Papierfabrikanten, die in der vorigen Woche 3000 Arbeiter aussperrten und damit die in den meisten Fabriken geltenden Tarifverträge ohne weiteres gebrochen haben, haben sich jetzt zu Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen bereit finden lassen. Ob es zur Einigung kommt, ist noch nicht voraussehbar. — Es scheint ein Zusammenhang zwischen den Papierarbeiteraussperrungen in Schweden und in Norwegen zu bestehen. Wie die Verbände der Arbeitsleute und Fabrikarbeiter Schwedens und Danemarks die ausgesperrten Papierarbeiter in Norwegen von Anfang an und fortwährend unterstützten, so haben sich vermutlich auch die Papierfabrikanten Skandinaviens über ein gemeinsames Vorgehen gegen die Arbeiter geeinigt.

In Danemark ist nämlich auch eine Lohnbewegung der Papierarbeiter im Gange, die leicht zu einem Kampfe führen kann. Die Tarifverträge mit der Aktiengesellschaft „De forenede Papirfabriker“ und „Frederiksberg Papirfabrik“ sind von den Arbeitern gefündigt worden und laufen am 1. September ab. Die Arbeiter wünschten, daß der Achtstundentag zur Grundlage der Tarifverhandlungen gemacht werde. Die Fabrikanten lehnten das ab. Nun sind in der Sache Verhandlungen zwischen dem Gewerkschaftsverband und der Dänischen Arbeitgebervereinigung anberaumt. Bei der Kampfeslust und Streiksucht, die das organisierte Unternehmertum Danemarks in den letzten Jahren so häufig gezeigt hat, ist es sehr zweifelhaft, ob es nun in der Papierindustrie auf eine Einigung hinarbeiten wird.

Die Polizei von Belfast

muß die durch den Streik geschaffene Situation nach Kräften zur Verbesserung der eigenen, gewiß besserungsbedürftigen Lage aus. Nämlich fünfhundert Mann der irischen Polizeitruppe, welche im Zusammenhang mit dem Ausstand der Hafenarbeiter verlängerten Dienst getan hatten, hielten am Sonnabend eine erregte Versammlung ab, um die dauernde Erhöhung ihres Soldes um einen Schilling täglich sowie die Steigerung ihrer Pensionen und ferner das Recht zur beliebigen Erörterung ihrer Beschwerden zu fordern. Der befehlgebende Offizier riet ihnen, ihre Beschwerden ihm zu unterbreiten, indem er versprach, ihre Klage an die geeignete Stelle zu bringen. Da die Majorität der Versammlung sich ablehnend verhielt, so zogen er, sein Bruder und die übrigen Offiziere sich zurück, während Volkshäufen in die Kaserne eindringen. Der Führer der Menge wurde sodann im Triumph nach dem Volkshaus getragen, wo er unter dem lauten Beifall der Bevölkerung und der Ausständigen eine Rede an seine Kameraden hielt. — Den Polizisten ist eine Aufbesserung ihrer Verhältnisse ganz gewiß zu gönnen. Hoffentlich aber bedenken sie sich für die durch gemeinsames Vorgehen etwa errungenen Vorteile nicht dadurch, daß sie sich laufen lassen, um etwa brutal gegen die gleichfalls gemeinsam um Verbesserung ihrer Lage kämpfenden Arbeiter vorzugehen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Seine Frau erschlagen.

Königsbütte, 29. Juli. (W. S.) Bei einer Eifersuchtszene erschlug der Grubenarbeiter Valenta seine Frau. Die Leiche wurde surschbar zugerichtet aufgefunden. Valenta wurde verhaftet.

Ein Revolverheld.

München, 29. Juli. (W. S.) Gestern Abend gegen 9 Uhr feuerte der 52 Jahre alte Maurer Kiebing aus unbekannter Ursache durch die geöffnete Tür eines Kaffeehauses in der Westendstraße 11 mehrere Schüsse auf die anwesenden Gäste ab. Der Besitzer des Kaffeehauses, Guggenberger, wurde durch einen Schuß in das linke Auge tödlich getroffen und kurz darauf, Der Täter entlebte sich durch einen Schuß in den Mund.

Eine Spiritusexplosion.

München, 29. Juli. (W. S.) Gestern nachmittag ereignete sich im Hause Lorrainestraße 7 eine Spiritusexplosion. Ein Badergehülfe und ein Kind wurden schwer verletzt.

Reichshaus gegen die Irredentisten.

Jansbrud, 29. Juli. (W. S.) Infolge der irredentistischen Kundgebungen gegen 35 deutsche Touristen in Welschtiro, wobei auch Reichshaus verlegt wurden, begab sich der reichsdeutsche Konsul Pohlshroder in die Statthaltere, um Schutz für die Deutschen zu erbitten.

Die Generalratswahlen in Frankreich.

Paris, 29. Juli. (W. L. B.) Nach dem nunmehr vorliegenden endgültigen Ergebnis der Generalratswahlen sind von den 1298 Gewählten 253 Rektionäre, die somit 20 Siege verlieren, 10 Rationalisten, die 16 Siege verlieren, 137 Kongressisten, die 47 Siege verlieren, 297 Republikaner der Linken, die 14 Siege gewinnen, sowie 565 Radikale und sozialistisch Radikale, die 65 Siege gewinnen, unabhängige Sozialisten, die 2 Siege gewinnen, und geeinigte Sozialisten, die ebenfalls 2 Siege gewinnen.

Die russische Revolution.

Die Sozialdemokratie vor den Dumawahlen.

In Erwartung der endgültigen Entscheidung der Frage der Anteilnahme an den Dumawahlen auf der bevorstehenden Parteikonferenz sind die örtlichen Organisationen in Petersburg, Kiew, Sormowo, Riga, Mitau, Wilna usw. an die Vorarbeiten für die Wahlen herangetreten. Auch das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei ist, unter Offenlassung der Frage des eventuellen Boykotts der Wahlen, energisch an die Arbeit gegangen und hat kürzlich einen Entwurf für die Wahlplattform veröffentlicht, den wir hier in seinen Hauptzügen wiedergeben.

Nach eingehender Analyse des Wesens des letzten Staatsstreichs, der die Volksvertretung den Agrariern ausgeliefert hat, kritisiert der Entwurf des Zentralkomitees die Politik der verschiedenen Fraktionen der zweiten Duma an und unterstreicht die Schwäche und Machtlosigkeit der Duma an und für sich, solange die „auf eine Millionenarmee sich stützende Jarentregierung“ existiert. „Das Volk bleibt ohne Land, solange keine wirkliche Freiheit herrscht; es gibt keine Freiheit, solange das Volk nicht im Besitze der Macht ist; und es gibt diese Macht nicht, solange Russland von einem Häuflein angesehener Feudalherren verregiert und ausgebeutet wird! ... Nur dann, wenn das Volk nach offenem, allgemeinem Kampfe die Feste der Jarentmacht bricht, ist es imstande, eine wirkliche Volksvertretung zu schaffen und sein Schicksal in eigene Hände zu nehmen.“

Ihre Aufgabe in der zweiten Duma sah die Sozialdemokratie darin, die Duma unmittelbar mit dem Volke zu verknüpfen, denn nur dann kann eine Volksvertretung auf festem Boden stehen, wenn das Volk selbst sie durch seinen Kampf unterstützt. Und jetzt stellt die Sozialdemokratie, in die Duma gehend, sich als Aufgabe, die verbrecherische Politik der Regierung und der mit ihr Hand in Hand gehenden Schwarzhundertler und Okzobristen vor dem Volke aufzudecken und gleichzeitig auch die feige kadettische liberale Bourgeoisie bloßzustellen, die, unfähig, für die Interessen des Volkes zu kämpfen, nur imstande ist, vor dem Ansturm der schwarzen Hunderte zurückzuweichen. Als Aufgabe stellt sich die Sozialdemokratie, dem Volke vor Augen zu führen, daß es Wahnsinn ist, von der Jarentregierung auch nur die geringste Vinderung der Volksleiden zu erwarten, und daß das Volk nur dann Land und Freiheit erzwingt, wenn es die Jarentgewalt umstürzt und seine Angelegenheiten in eigene Hand nimmt. Als Aufgabe stellt sich die Sozialdemokratie, die zerstückten Volkskräfte zu sammeln, sie zu einer revolutionären Armee zu bereinigen und auf den Weg des offenen erbarmungslosen Kampfes mit der Jarentgewalt zu führen, auf den einzigen Weg, der das Volk zum Siege führen kann.

Das Zentralkomitee schließt mit der Aufforderung, sich während des Wahlkampfes unter die erprobte rote Fahne der Sozialdemokratie zu stellen, unter welcher diese — ein Teil der großen internationalen Armee der Arbeit — das Proletariat festigt und organisiert für den Kampf um den Sozialismus, für den Kampf um die Durchföhrung der ökonomischen und politischen Forderungen des Proletariats.

Gleichzeitig mit dem hier wiedergegebenen Entwurf der Wahlplattform veröffentlicht das Zentralkomitee einen zweiten Entwurf, der von sechs Mitgliedern des Zentralkomitees beantragt, von der Majorität beschlossen aber abgelehnt wurde. Die Verschiedenheit beider Entwürfe spiegelt die Verschiedenheit der taktischen Positionen beider in der Partei vorherrschenden Strömungen wider. So schildert der zweite die mögliche Rolle der Duma anders, als das im ersten Entwurf getan wird: „Die Junterregierung wird dem Volke gutwillig kein bißchen Freiheit, kein Fußbreit Landes abtreten. Die Macht des Jaren und der Junter wird nur vor der Macht des Volkes zurückweichen! Die Macht steht aber nicht in der Duma, sondern im Volke selbst, und nur in den Händen des kämpfenden Volkes kann die Duma zu jener scharfen Waffe werden, die das Haupt des selbstherrschastlichen Drachens vom Velbe zu trennen vermag. Deshalb stellen wir in unserer Dumatätigkeit höher als alles: die Entwicklung des politischen Bewußtseins des Volkes, die Förderung seiner Organisation und Geschlossenheit und die Ausföhrung desselben über die Unvermeidlichkeit jenes großen, allgemeinen Kampfes, der allein nur imstande ist, unser Vaterland vom schweren Joch der Feudalherren zu befreien und auf den breiten Weg der freien politischen und wirtschaftlichen Entwicklung zu führen.“

Pardon wird nicht gegeben!

Nachdem Minister Stolypin aus verschiedenen Berichten erfährt, daß Polizeiorane bei der Anwendung der Feuerwaffe „schlecht gesehen“, erlich er jetzt an alle Gouverneure ein Zirkular, in welchem auf diesen Umstand die ernsteste Aufmerksamkeit gelenkt und verlangt wird, daß sofort die energichsten Maßnahmen getroffen werden, „damit die Untergebenen das Bewußtsein der Notwendigkeit entschlossener Sanktionen empfinden.“

Die Verlegung der russischen Armee.

Nach dem Zustand der „roten“ Schwarzmeerflotte und den revolutionären Stürmen von Sveaborg und Kronstadt, nach den unzähligen kleinen und großen Revolten in den verschiedensten Regimentern ist die Verlegung der russischen Armee — dieses Stöhpunktes der Regierung im Kampfe mit dem Volke — eine unwiderlegbare Tatsache geworden. Gegenwärtig herrscht in der Armee „Muße“; revolutionäre Aktionen und offene Erhebungen, die die öffentliche Aufmerksamkeit fesseln könnten, finden nicht statt. Der allgemeine Ton des politischen Lebens hat seinen Stempel auch der Armee aufgedrückt. Doch in den Tiefen derselben, dem Auge des oberflächlichen Beobachters entzünd, vollzieht sich die organische Verarbeitung der Erfahrungen der stürmischen Revolutionsjahre, wird die „zerstörende“ Tätigkeit der Militärorganisationen ununterbrochen fortgesetzt und erstarbt das revolutionäre Bewußtsein des Soldaten. Zuweilen dringen entfernte Anzeichen dieses fortschreitenden Verlegungsprozesses der Armee in die Presse — kurze Notizen, daß hier zehn, dort zwanzig usw. militärische Deserteure von der Polizei geschnit werden, Notizen, die in ihrer Kürze und Trockenheit deutlich genug sprechen.

Die hier gekennzeichnete Erscheinung in der Armee wird in letzter Zeit von einer Seite bestätigt, von der diese Bestätigung weniger als von jeder anderen erwartet werden konnte. Die „Nowoje Wremja“ konstatiert dieser Tage mit Schrecken, daß die Offiziere „allgemein die Armee verlassen“. „Sogar in denjenigen Militärbezirken, in welchen die vakanten Stellen gewöhnlich von den hervorragendsten Absolventen der Kriegsschulen besetzt wurden, gibt es heute Regimenter, in denen statt 74 etatmäßiger Offiziere bloß — 12 zu finden sind. Mit anderen Worten: Vielerorts ist weniger als ein Sechstel des Offizierspersonals in der Armee

zurückgeblieben! Das bedeutet aber, daß es jetzt eine Armee bei uns überhaupt nicht mehr gibt, sondern daß nur traurige Ueberreste derselben zurückgeblieben sind. Was wird nach fünf, höchstens zehn Jahren aus einer Armee, welche von der revolutionären Propaganda ergriffen ist? ... Die Anarchie liegt noch in ihren Anfängen. Wenn nicht unverzüglich heroische Mittel angewendet werden, ist der Untergang des Volkes unvermeidlich“ — so prophezeit die „Nowoje Wremja“. „Gütet euch, den rechten Zeitpunkt zu veräumen“ — warnt im weiteren diese berufenste Vertreterin des offiziellen Russlands. „Die Offiziersverlegung der Armee zeigt wiederum, wie sehr wir dem Abgrund nahe stehen dank jener gefährlichen Einrichtung der egalitären Armee.“ Nach Ansicht des reaktionären Blattes liegt der Grund der allgemeinen Fahnenflucht der Offiziere darin, daß diese „in Herzen keine rechten Offiziere sind“. „Die Armee ist unglaublich spießbürgerlich geworden“ usw.

Die Lamentationen der „Nowoje Wremja“ über die „Spießbürgerlichkeit“ der Armee werden natürlich niemand irren führen. Der wahre Sachverhalt ist einfach der, daß eine Armee, die aus Söhnen des Volkes besteht, sich für die Petersburger Herrscherstube als „unzuverlässig“ erwiesen hat. Der einzige Ausweg für die Reaktion wäre die von der „Nowoje Wremja“ propagierte Rückkehr zur herrlichen Idee der türkischen Janitscharen, die einzige Rettung: „ein besonderer Stand von Leuten, die sich dem Kriegsdienst gewidmet haben und diesem Leibeigen geworden sind“, das einzige Ideal: „die Kampfgemeinschaft der Taten und Betreuen zur Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung, zur Rettung der Menschheit vor drohendem Untergang.“

Die Klucht der Offiziere aus den Reihen der Armee ist ein untrügliches Zeichen dafür, daß die letzten zwei Jahre am russischen Offiziersstand nicht spurlos vorübergegangen sind. Die Motive sind natürlich nicht bei allen dieselben. Nedenfalls aber ist der Bürgerinn eines Teils der russischen Offiziere erwacht, und die „Verlegung des Offiziersstandes“ zeigt auch ihrerseits, auf welchen tönernen Füßen der Kolof Absolutismus steht.

Landwirtschaft und Unfallversicherung.

Durch die Unwissenheit der Landarbeiter und Kleinbauern ersparen die Berufsvereinigungen sehr viel Geld. Viele Unfälle werden gar nicht gemeldet. Rentenbescheide achtlos beiseite gelegt, rechtskräftig werden lassen. Selten findet sich jemand im Dorfe, der den Verletzten hilft oder helfen kann. Sogar die Parcer, Schullehrer oder Bürgermeister verlassen oft und kümmern sich gar nicht um die Krüppel. Auch hier ist es oft die Unkenntnis der Gesetze, gepaart mit Bequemlichkeit, welche jede Unterstützung verweigert. Wer schon mit diesen „Weistesen“ des Dorfes diskutiert hat, wird gefunden haben, daß von einem praktischen Wissen dieser Arbeiter- und Bauernvereinigungen keine Rede sein kann. Meistens Schlagworte von dem Werte dieser Gesetze, dem Soziallande, das uns darob bereitet, dem Verhalten der Sozialdemokratie zur ganzen Gesetzgebung usw., kurz die ganze Müllens-Glabdacher Papageienmähre aus den berühmten Platenreden. Gehoben wird natürlich keinem Verletzten damit. Im Gegenteil, die Wünsche und Klagen werden noch unterdrückt. Meistens sind es auch die reichsten Bauern des Dorfes, die sogenannten „Progenbauern“, die als Vertrauensmänner der Berufsvereinigungen fungieren, selbst unwissend, nur das Interesse der Berufsvereinigungen und damit auch eigenes Interesse vertretend. Der reiche Bauer kommt fast nie in Unfallgefahr als der Kleinbauer bzw. Tagelöhner, da er gefährliche Arbeit nicht selbst ausführt. Je größer die Zahl der Rentenempfänger und die Höhe der Renten, desto größer die „Last der Umlagen“, die natürlich die reichen Bauern „fast allein zu tragen haben.“

Auf die Dauer läßt sich dieses System der Verletzung zahlreicher Unfälle, unrichtiger Belehrung der Verletzten aber auch nicht aufrecht erhalten. Wiederrum sind es die Organe der Sozialdemokratie, die hier handbrechend, kulturfördernd wirken, sich der armen verletzten Kleinbauern, Anrechte, Klagen und Tagelöhner annehmen. Vor kurzer Zeit konnte noch ein Reichsgerichtsrat Dr. Hille-Berlin in der „Vollständigen Zeitschrift“ über dieses Thema schreiben:

„Formell wurde auch bei Einziehung der Unfallrente das vorgeschriebene Verfahren stets beobachtet, d. h. ein anspruchsfähiger Feststellungsbescheid erlassen und ist derselbe meist dadurch in Rechtskraft übergegangen, daß der Betriebsverletzte es verabsäumte, die zulässigen Rechtsmittel hiergegen fristgerecht einzulegen. Ob letzteres bloß auf Unkenntnis seines Rechtes oder nicht vielmehr überwiegend auf das Rechtsbewußtsein des noch nicht von sozialistischen Wählerkreisen angegriffenen Landarbeiters zurückzuführen ist, welchem es widerstrebt, so lange er das gleiche Arbeitsverdienst eines unversehrten Mitarbeiters erzielt, eine Entschädigung für einen gar nicht erlittenen Einnahmeausfall anzunehmen, kann dahingestellt bleiben, wo wir mit der vollendeten Tatsache zu rechnen ist. Diese liegt aber zweifellos vor und geben die zahlreich neu erhobenen Ansprüche ausreichenden Anlaß, die Rechtslage zu klären.“

Das „Rechtsbewußtsein“ des Landarbeiters feiert täglich Triumphe, hat auch den Anfall der letzten Reichstagswahl sehr beeinflusst. Daß es aber „bloß“ „Unkenntnis des Rechtes“ des noch nicht von sozialistischen Wählerkreisen angegriffenen Landarbeiters war, der es verabsäumt, die zulässigen Rechtsmittel gegen die lafonischen Rentenbescheide einzulegen, liegt auf der Hand.

Jede Aufklärung in diesen Fragen ist also „Aufreizung“ und „sozialistische Wählererei“! Gut!

Doppelt interessant ist deshalb nachstehende Notiz, welche die Hande durch eine Reihe bürgerlicher Blätter macht: Vom Westermwald. Die Bürgermeister des Untertierwaldkreises berieten in einer Konferenz über Maßnahmen gegen die immer größer werdenden Unfallkosten für die Landwirtschaft. Im vergangenen Jahre mußte der Kreis hierfür 47000 M. aufbringen; für eine Einschätzung von 800 Arbeitstagen betrug der Beitrag etwas über 16 M. Es wurde beschlossen, in den einzelnen Orten Vertrauensmänner zu wählen, die allen Täuschungsversuchen und unberechtigten Ansprüchen an die Unfallkasse energisch entgegenzutreten sollen.“

Die Westermwälder Bauern sind bekanntlich stramme Ordnungsmänner, die sich die „sozialistischen Wählerereien“ nicht gefallen lassen. Und trotzdem, die immer größer werdende Unfallkosten der Landwirtschaft, „Täuschungsversuche“, „unberechtigte Ansprüche“ usw. Die Landwirtschaft schließt sich also dem Janmer der „Industrie“ über enorme Kosten der Arbeiterversicherung an.

Auch hier ist es der „verheulte“ Industriearbeiter, der Sohn des armen Kleinbauern, der Auffklärung schaffst, sich des Verletzten annimmt, durch die Arbeitersekretariate, Gewerkschaftsbeamten, Vertrauensmänner usw. verhalten läßt, daß die Rentenbescheide in Rechtskraft übergehen. Daher die Wut der Landbürgermeister! Doch „begehrlicher“ kann aber der Heber den armen Verletzten machen, wenn er ihm die Anständigkeit der Unfallversicherung für die Landwirtschaft praktisch vor Augen führt. Während z. B. der Rente des Industriearbeiters, dem Lohne entsprechend, ein Jahresarbeitsverdienst von 1000—1200 M. zugrunde gelegt wird, ist

dieser Verdienst für die Landwirtschaft in vielen Bezirken Deutschlands nur auf 500, 400, ja sogar nur auf 320 M. festgelegt und wird demgemäß die Rente bemessen. So kann es sehr leicht vorkommen, daß der Vater als Kleinbauer, bei der gleichen Verletzung, 3—4mal weniger Rente erhält als der verletzte Sohn als Industriearbeiter. Zahlreiche landwirtschaftliche Berufsvereinigungen suchen aber auch manchmal diese Ungerechtigkeiten der Verletzten künstlich herabzudrücken und übertreffen die gewerbliche Berufsvereinigungen an „Kaltblütigkeit“. Folgendes Beispiel möge den Unterschied in der Höhe der Rente in Industrie und Landwirtschaft illustrieren. Der Vater ist Kleinbauer, der Sohn Maurer. Beide haben einen Verbruch erlitten und erhalten 50 Proz. „Heilungrente“. Der Jahresverdienst des Vaters wird mit 300 M., der des Sohnes mit 1200 M. angenommen. Da die Rente sich nur auf 1/2 dieses Jahresarbeitsverdienstes künstlich berechnet, so erhält der Vater 50 Proz. von 240 M. = 120 M. pro Jahr = 10 M. pro Monat als Rente für den fast gänzlichen Verlust seines Viehes. Der Sohn erhält dagegen 50 Prozent aus 600 M. = 300 pro Jahr = 25 M. pro Monat.

Künstlich wird die Rente des Kleinbauern oder Landarbeiters dadurch noch herabgedrückt, daß zahlreiche landwirtschaftliche Berufsvereinigungen einen großen Teil der Verletzten als nicht völlig arbeitsfähig vor dem Unfälle hinzustellen suchen! Der Rentenbescheid enthält deshalb folgende borgebrachte Rubrik:

„Auf Grund des eingezogenen ärztlichen Gutachtens und der weiteren gutachtlichen Beurteilungen des dortigen Ortsvorstandes nicht angenommen werden, daß Sie vor der am ... erlittenen Verletzung nur noch eine Erwerbsfähigkeit von ... Prozent der normalen Arbeitskraft besaßen.“

Wie der Landarzt berichtet, wird diese Rubrik ausgefüllt. Gatte der Verletzte z. B. vor dem Unfall schon ein Bruchleiden, so kann es ihm passieren, daß er nur als um 70 Proz. arbeitsfähig vor dem Unfall erachtet wird, aber trotzdem für das Bruchleiden keine Rente erhält. Dadurch ermäßigt sich der Jahresarbeitsverdienst entsprechend und wird die Rente an sich herabgedrückt. Statt 300 Mark, um obiges Beispiel zu gebrauchen, wird nur ein Jahresverdienst von 252 M. angenommen, so daß die Monatsrente statt 10 M. nur 7 M. beträgt. In einem Falle wurde und sogar ein Rentenbescheid zur Prüfung überreicht, in welchem „irrtümlich“ statt „Erwerbsfähigkeit“ vom Arzte die „Erwerbsunfähigkeit“ attestiert worden war. Der Verletzte selbst verstand die Rubrik aber gar nicht und fand gar nichts dabei, daß er vor dem Unfall schon um 70 Proz. in seiner Erwerbsfähigkeit behindert gewesen sei, deshalb der große Jahresverdienst von 480 M. nur zu 1/10 angerechnet wurde. Ein kräftiger Blych war die Antwort auf unsere Auffassung des Sachverhaltes, den die Berufsvereinigungen wohl oder übel als „Schreibfehler“ hinzustellen suchte. Wäre der Rentenbescheid aber rechtskräftig geworden, so wäre eben dieser „Fehler“ nicht mehr zu berichtigen gewesen und die Rente auf einige Wenige pro Monat herabgedrückt worden.

Gewerbliche Berufsvereinigungen üben sehr selten diese Praxis, da sie auch weniger Glück damit hätten.

Aber noch in einem anderen Punkte ist der Landarbeiter als Unfallverletzter geschädigt. Ist das Heilverfahren bei dem gewerblichen Arbeiter z. B. abgelehnt, so muß ihm die Berufsvereinigungen wohl oder übel, gemäß § 13 des Berufsunfall-Versicherungsgesetzes von diesem Zeitpunkt ab, die Rente gewähren, weil ja an diesem Tage die Krankenunterstützung in Wegfall kam.

Der Kleinbauer und Landarbeiter hat aber meistens keine Krankenversicherung, und wird ihm deshalb die Unfallrente ab vierzehnter Unfallwoche gewährt, wenn auch das Heilverfahren schon in der achten Unfallwoche beendet war.

Der Mangel einer Krankenversicherung macht den Unfallverletzten der Landwirtschaft nicht allein in der schwersten Zeit des Unfalls, den ersten 13 Wochen, schulplos, er bringt es auch mit sich, daß die Unfälle schlecht geheilt werden, da Arzt und Apotheker aus eigenen Mitteln gezahlt werden müssen, deshalb seltener in Anspruch genommen werden, auch das fehlende Krankengeld oft zu früh zur Arbeit drängt. Schlecht geheilte Unfälle verlangen höhere Renten, die aber gerade in der Landwirtschaft so kümmerlich sind. Der Schaden des Landarbeiters ist deshalb doppelt groß. Sogar die landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen sehen allmählich ein, daß auf die Dauer dieser Zustand nicht aufrecht erhalten werden kann, die Krankenversicherung der Landwirtschaft kommen muß.

So schreibt die Oeffen-Rassauische Landwirtschaftliche Berufsvereinigungen:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die zweiten 50 Proz. der gemeldeten Unfälle zu einem erheblichen Teile überhaupt nicht oder doch zu wesentlich geringerer Unfallentschädigung geführt haben würden, wenn für die Land- und Forstwirtschaft in gleicher Weise wie für die Industrie überall eine zwangsweise eingreifende Krankenfürsorge bestanden hätte!“

Das schreibt aber ein Landredat Dr. Schröder, der als „liberaler“ Landtagsabgeordneter zur Freude der Junter die Aufhebung der sogenannten „Schwundrenten“ gefordert hat, dem die Kinderrenten schon als eine unumgängliche „Belastung“ der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen gelten! Es gilt deshalb weiter zu „beugen“, aufzuklären und wird das Thema: Unfallversicherung der Landwirtschaft auch auf dem platten Lande“ stets Wegfall finden.

Mit dem Angeführten sind noch lange nicht alle Benachteiligungen angeführt, denen die Kleinbauern und ländlichen Arbeiter durch die Unfallgesetzgebung ausgesetzt sind. Gelegentlich werden wir auch diese Benachteiligungen wieder besprechen.

Polizei, Staatsanwalt und Jugendorganisation.

Dieses Thema stand auf der Tagesordnung einer Versammlung des Vereins der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend, die am Sonntagmorgen im Gewerkschaftshaus stattfand. Der Saal 1 reichte kaum aus, um der Masse der jungen Leute genügend Raum zu bieten, die hier, statt sich an dem einzigen freien Tage der Woche der Erholung hinzugeben, zu erster Beratung zusammengekommen waren. Die Versammlung zeugte in ihrem ganzen Verlauf davon, daß die Vereinsmitglieder von dem Ernste ihres Strebens durchdrungen sind, und daß sie es auch verstehen, sich streng in dem Rahmen der Landes- und Reichsgesetze zu halten. Wenn jene Herren, die sich die Verfolgung der freien Jugendorganisationen angelegen sein lassen, der Versammlung beigenwohnt hätten, wäre ihnen vielleicht der Gedanke aufgefallen, ob es in ihrer Jugendzeit, in ihren Studentenkorps und anderen Vereinen wohl auch immer so stillsam und gefühmächtig zugegangen ist, und sie hätten sich fragen müssen, ob sie denn wirklich ein moralisches Recht hätten, sich dieser organisierten Arbeiterjugend gegenüber, die nicht im Alkoholrausch von Idealen und weniger idealen Dingen schwärmt, sondern ernsthaft und mit Feuerzifer nach Entwidlung und Vervollkommenung strebt, als die grimmigen Jugend- und Gesetzwächter aufzuspielen! Daß das gefehliche Recht nicht auf Seite jener Herren und ihrer Maßnahmen ist, darüber kann gar kein Zweifel bestehen.

Die einzige in unserem Polizeistaat rechtmäßig erscheinende Maßregel richtete sich dagegen, daß einige Mitglieder des Vereins einmal ohne polizeiliche Erlaubnis Flugblätter verteilten. Sie glaubten eben, das selbe Recht zu haben, das den christlichen Junglingsvereinen ohne weiteres zugestanden wird, die bei ihrer Flugblattverteilung sogar noch von Polizeioranen tatkräftig unter-

sticht werden. Einmal ist solche Unterstützung allerdings auch Mitgliedern der freien Jugendorganisation zuteil geworden. Da hatte sich aber der Beamte in den Wahn versetzen lassen, es handle sich um Flugblätter des Junglingsvereins. „Drängt man nicht so Ihr kriegt alle eins“, mit solchen Worten sorgte der übercifrige Kriminalbeamte dafür, daß die aus der Fortbildungsschule kommenden jungen Leute alle die Weisheit auf der Erde von den Behörden und Unternehmern so verhalten freien Jugendorganisation erhielten.

In der Versammlung schilderte nun der Vereinsvorsitzende Max Peters die vielen Verfolgungen, denen der Verein und seine Mitglieder ausgesetzt sind, die zahlreichen Versammlungsausschreibungen, die polizeilichen Vernehmungen, die Anklagen und Prozesse, die Befestigungen der Mitglieder in den Fortbildungsschulen durch Redatoren und Lehrer, das Verklagen der Mitglieder bei ihren Lehrherren und Arbeitgebern und andere Gesetzwidrigkeiten, wie moralisch verwerfliche Mahregeln, worüber der „Vorwärts“ ja seinerzeit im einzelnen berichtete. Namentlich haben die Abteilungen des Vereins im Kreise Teltow unter diesen Verfolgungen zu leiden. Wie man sie zu rechtfertigen sucht, zeigt folgende Antwort des Landrats auf eine Beschwerde vom 27. Mai. Sie ist datiert vom 2. Juli 1907 und lautet:

„Es ist Pflicht der Polizei, Versammlungen von Lehrlingen entgegenzuwirken, denn wenn das Vereinsgesetz derartige Personen von der Teilnahme an den Versammlungen politischer Vereine ausschließt, so muß hieraus sinngemäß gefolgert werden, daß es diesen, hiermit als politisch unreif gekennzeichneten Personen, zu denen auch die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zu rechnen sind, noch weniger ein selbständiges Versammlungsrecht geben sollte. Aus dieser Rechtslage ergibt sich für die Polizei die Pflicht, Versammlungen der fraglichen Art nicht nur aufzulösen, sondern schon vorher zu verbieten.“

Zum 28. Mai dieses Jahres war vom Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgebung eine Versammlung nach Baumgartenweg einberufen und von der Ortspolizeibehörde unterlagert worden. Als sich im Laufe der von ihnen einberufenen Versammlung herausstellte, daß diese einen Ersatz für die verbotene bieten sollte, war die Polizei besorgt und verpflichtet, die Versammlung aufzulösen. Das Oberverwaltungsgericht hat erst neuerdings in einem ganz ähnlich liegenden Falle, wo es sich um den Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Königshagen handelte, diese Grundsätze als zu Recht bestehend anerkannt.“

gez. Studenrauch.

Der Landrat legt hier einen Sinn in das preußische Vereinsgesetz, der gar nicht darin enthalten ist, wendet ganz willkürlich die Bestimmungen über politische Vereinsversammlungen auf einen Verein an, der sich streng von Politik fern hält, und beruft sich schließlich, offenbar in dem Gefühl, daß die Begründung doch noch recht wackelig ist, auf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, der ganz andere Vorgänge zugrunde lagen. Hebrügens hat der Berliner Polizeipräsident eine Beschwerde über eine unter denselben Umständen wie in Baumgartenweg erfolgte Versammlungsausschreibung in Berlin für begründet erklärt und mitgeteilt, daß der überwachende Beamte demgemäß befehrt worden ist. Es wäre dringend zu wünschen, wenn auch den Polizeibeamten im Kreise Teltow und anderwärts recht bald solche Belehrung zuteil würde. Muß es doch beschämend für die Behörden sein, wenn sie erst auf Veranlassung „politischer unreifer“ Leute von 14 bis 18 Jahren und vielleicht erst an Gerichtsstelle darüber belehrt werden, was Gesetz und Recht in Preußen ist.

Das Letzte, was sich die Polizei und Staatsanwaltschaft bisher an Verfolgungen der freien Jugendorganisation geleistet hat, ist ja die Beschlagnahme der Viederbücher des Vereins und die Anklage gegen den Vorsitzenden wegen Aufreizung zum Massenhaß. Der Redner ließ keinen Zweifel darüber, daß er diesem Prozeß im Bewußtsein, nichts Gesetzwidriges begangen zu haben, mit voller Ruhe entgegensteht.

In der Diskussion, die dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte, wurde noch auf verschiedenen Orten, namentlich aus Steglitz, Friedenau, Reinickendorf, Adlershof, über allerlei geschwätzige Verfolgungen der freien Jugendorganisation und ihrer Mitglieder berichtet. Brauchte es doch in Steglitz ein Polizeibeamter fertig, sich Name und Adressen sämtlicher Versammlungsteilnehmer zu notieren, statt sich mit denen der Leiter und Versammlungsredner zu begnügen! Was solche geschwätzigen Maßnahmen für einen Zweck haben, merken die jungen Leute hernach an Schikanierungen durch die Arbeitgeber und Schuldirektoren. — Die Versammlung nahm schließlich einstimmig folgende Resolution an:

„Die Versammlung des Vereins der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgebung erblickt in dem Vorgehen der behördlichen Organe gegen die freie Jugendorganisation eine sowohl mit dem Gesetz nicht im Einklang zu bringende als auch nicht im Interesse des deutschen Volkes liegende Einschränkung der Bewegungsfreiheit der arbeitenden Jugend. Die im Kreise Teltow getroffenen behördlichen Maßnahmen gegen die Jugendorganisation bedeuten die Vernichtung des gesetzlich gewährleisteten Versammlungsrechtes der jugendlichen Staatsbürger. Von der Aufsichtsbehörde erwartet die Versammlung, daß sie sofort Vorkehrungen trifft, welche die hier gegenüber der freien Jugendorganisation geübten polizeilichen Maßnahmen in Zukunft unmöglich machen. An die Volkvertreter appellieren die Anwesenden, diesen ihrem gesetzlich begründeten Ersuchen in den maßgebenden Körperschaften kräftigen Nachdruck zu verleihen.“

All denen, besonders der organisierten Arbeiterschaft und ihrer Presse, die die arbeitende organisierte Jugend in dem schweren Kampfe um ihre Rechte unterstützten, sprechen die Anwesenden ihren warmen Dank aus.

Die behördliche Bekämpfung der freien Jugendorganisation erscheint als eine Folge der von ihren natürlichen Feinden — den christlichen Junglingsvereinen und den nur dem Profit nachgehenden Unternehmern — verbreiteten verleumdenden Behauptungen über die Tätigkeit der organisierten Jugend. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die freien Jugendorganisationen eine Kulturarbeit leisten zum Segen des deutschen Volkes. Dadurch, daß sie die arbeitende Jugend schützt vor zu starker Ausnützung ihrer schwachen Kräfte, sie geistig und sachmännlich ausbilden, sie vor den der Jugend drohenden Gefahren des Alkohols, der Schmutzliteratur, der schlechten Gesellschaft bewahrt, trägt die Jugendorganisation wesentlich bei zur Verhütung der körperlichen, geistigen und sittlichen Degeneration des deutschen Volkes. Jeder mit dem Wohlwollen des deutschen Volkes es ehrlich Meinende muß also die Bestrebungen der freien Jugendorganisation tatkräftig unterstützen.

Die mit recht unzulässigen Mitteln betriebene allseitige Bekämpfung der freien Jugendorganisation ist ein neuer Beweis für die Notwendigkeit dieser Organisation. Darum geloben die Anwesenden, intensiver noch als bisher für die bessere Sache der freien Jugendorganisation zu wirken und die arbeitende Jugend über ihre wahren Freunde und Feinde aufzuklären, gestärkt durch das Bewußtsein, eine Kulturarbeit zu leisten zum Wohle der Jugend und des deutschen Volkes.“

Die Generalversammlung beschloß sich sodann mit inneren Angelegenheiten des Vereins. Der Vorsitzende gab den Vorstandsbereich vom zweiten Vierteljahr. Die Versammlungstätigkeit wurde mit Rücksicht auf die Sommerzeit beschränkt. Es wurden namentlich Ausflüge und Museumsbesuche wie Besuche von Ausstellungen veranstaltet. Die Mitgliederzahl des Vereins hat sich im Laufe des Vierteljahres um 111 erhöht. Zu einem Kursus über die Arbeiterschutzgesetzgebung werden Vorbereitungen getroffen; er soll im Oktober beginnen. — Der Kassenbericht, den Hermann Bardeleben verlas, schließt mit der Einnahmesumme von 1293,55 M., der Ausgaben summe von 847,17 M.; der Kassenbestand ist im Laufe des Quartals von 265,72 M. auf 448,38 M. gestiegen. — Der Vorjahresbericht wurde auf die

nächste Versammlung verlagert, weil von den drei Revisoren zwei ausgeschieden sind und die Prüfung der Kassenverhältnisse und Abrechnung deshalb zurückgestellt worden ist. — Der Bibliothekar Böse berichtete, daß die Bibliothek von 81 Mitgliedern benutzt wurde, an die im ganzen 230 Bücher ausgeliehen wurden. Die Bibliothek zählt jetzt 243 Bände, nachdem im Laufe des Quartals 21 neue hinzugekommen sind.

In der Diskussion wurde der dringende Wunsch nach weiterem Ausbau der Bibliothek geäußert.

Es folgten Ergänzungswahlen zum Vorstand. Als zweiter Vorsitzender wurde Kaschke gewählt, als erster Kassierer Krausnick, als zweiter Schiller, als erster Schriftführer Alfred Schulze, als zweiter Schumacher. Als Revisoren wurden Hermann Bardeleben, Wenzel und George gewählt. — Zur Prüfung der letzten, von Bardeleben aufgestellten Abrechnung soll statt seiner Paul Schulz als Revisor tätig sein. In die Bibliothekskommission wurde Krndt gewählt; in den Festausschuß Friedrich Schneider und Frenzel.

Hierauf wurde über einige Anträge beraten und u. a. beschlossen, eine Jugendschutzkommission zu bilden, die die Tätigkeit der Beschwerdestellen ergänzen und unterstützen soll. Die Mitglieder dieser Kommission sollen von den Abteilungen gewählt werden, und zwar so, daß auf jede 20 Mitglieder einer Abteilung ein Kommissionsmitglied kommt.

Aus der Partei.

Die Kreisversammlung für den Kreiswahlkreis Ost- und West-Sternberg tagte am Sonntag in Zielentz. Vertreten waren die Orte Sonnenburg, Neppen, Drossen, Kriesitz und Zielentz. Außerdem waren anwesend die Mitglieder der Agitationskommission Lucht und Schuster und der Kandidat des Kreises, Genosse Freivaldt.

Aus dem Kassenbericht ist hervorzuheben, daß die Einnahmen mit Bestand 240,05 M. betragen, darunter Ueberkauf von der Reichstagswahl 31,90 M. Die Ausgaben betragen 123,15 M. Kassenbestand 57,90 M. Aus dem Bericht des Vorsitzenden, Genossen Schmidt-Sonnenburg, ist zu ersehen, daß die Organisation des Kreises sich langsam entwickelt. Zu beklagen ist besonders der Mangel in den Orten, wo bereits eine Organisation existiert. Versammlungen haben deshalb auch seit der Wahl nicht stattgefunden!

Eine Anfrage des Bildungsausschusses mußte dahin beantwortet werden, daß bei der überaus langen Arbeitszeit und der Ausnützung der Arbeitskraft in der Industrie wie in der Landwirtschaft (im Baugetriebe herrscht sogar noch die eifständige Arbeitszeit) es geradezu unmöglich ist, in der Woche Zeit für Bildungsbestrebungen übrig zu haben.

Ein der Konferenz vorliegender Antrag, eine Steuerunterstützung einzuführen, wird, nachdem sich alle Redner dafür ausgesprochen haben, auf Antrag Freivaldts dem Zentralvorstand zur Prüfung überwiesen; auf der nächsten Konferenz soll darüber Bericht erstattet werden.

Zum Parteitag wurde Genosse Albert Schmidt delegiert, zur Provinzialkonferenz Albert Schmidt und Prächel-Zielentz, zum Provinzialtag Schmidt und Friedrich-Neppen. — Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Schmidt-Sonnenburg, Zeichmann-Neppen, Vorsitzende, Behr-Sonnenburg, Kassierer, Eichler-Sonnenburg, Schriftführer.

Die Kreis-Generalversammlung des 3. Weimarer Wahlkreises fand am Sonntag, den 22. Juli, in Jena statt. Beschied war sie von 24 Delegierten aus 13 Orten. Außerdem waren anwesend der Kandidat Genosse Leuter, der Parteisekretär Leber, die Genossen Peterlein, Leben und Vogt-Gera sowie der Geschäftsführer der Leipziger Buchdruckerei-Aktiengesellschaft Genosse Seferth.

Die Einnahmen und Ausgaben belaufen sich im letzten Jahre einschließlich der Reichstagswahl auf 11 301,85 M. Hierzu hat der Parteivorstand einen Zuschuß von 1500 M. geleistet, welcher in der nächsten Zeit wieder abgetragen wird. Trotz der hohen Einnahme saßen die Genossen ein, daß in Zukunft noch mehr Mittel gebraucht werden und erhöhten die Monatsbeiträge für männliche und weibliche Mitglieder von 20 auf 25 Pf. Auch über die am 1. Oktober 1906 gegründete „Weimarer Volkszeitung“ konnte der Vorsitzende der Prekommission, Genosse Sachmann, ein günstiges Resultat geben: Die Abonnenten haben sich gegen früher, wo die Erfurter und Neuhäuser „Tribüne“ im Kreise gelesen wurde, mehr als verdoppelt. Kommen der Herbst soll die Agitation erneut einsetzen, und es wurde hierfür ein Preßfonds gegründet, zu dem jeder Ort nach Kräften beizusteuern hat.

Als Delegierte zum deutschen Parteitag wurden die Genossen Leuter, Otto und Haber in Vorschlag gebracht. Zum internationalen Kongreß in Stuttgart wurde Genosse Leber als Delegierter gewählt. Als Kreisvorsitzender wurde Genosse Dörflinger einmündig wiedergewählt. Der „Thüringer Landbote“ (Kalender) kommt in Wegfall. Dafür soll eine periodisch erscheinende Agitationschrift herausgegeben werden.

Kreisstag Zeit-Weißensfeld-Raumburg.

Zum ersten Male liegt den Delegierten des Kreisstages der Bericht des Zentralvorstandes gedruckt vor. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß die Parteiorganisation des Kreises erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Organisierte Mitglieder der Parteiorganisation waren Ende 1906 2545 vorhanden, heute sind es 3467. Zuwachs 922. Die Abdomentanzahl des „Halleischen Volksblattes“ ist von 6000 auf 8000 gestiegen. Dazu kommt die „Gleichheit“ in 700 Exemplaren.

Die Einnahmen haben betragen 25 301,42 M., die Ausgabe 22 155,26 M. Gewerkschaftlich organisiert waren 1906 9573, bis 30. Juni 1907 waren es 11 544; Zuwachs also: 1906. Demgegenüber beträgt die Zahl der politisch organisierten erst den vierten Teil!

Die Wahlen haben unter Zuhilfenahme schlimmster Wahlbeeinflussungen und der Partei eine Niederlage gebracht. Der „liberale“ Kandidat Viktor Sommer erhielt 22 670, Genosse Thiele 17 509 Stimmen. Eingeschrieben waren 43 021, gewählt haben 40 417 Wähler. Die betreffenden Ziffern bei der Wahl 1903 waren: Wähler 41 804, abgegebene Stimmen 34 883. Der Sozialdemokrat erhielt davon 18 235, die vereinigten Gegner 15 921.

Im Kreise ist eine Bibliothek vorhanden, welche 2223 Bände Partei- und Gewerkschaftsliteratur umfaßt und fleißig benutzt wurde. Ueber den Punkt „Presse“ einigte sich der Kreisstag auf folgende Resolution: Der Kreisstag erkennt an, daß es wünschenswert erscheint, in bezug auf die Presse Einrichtungen zu schaffen, die eine größere Selbständigkeit ermöglichen. Die Frage, ob ein eigenes Parteiblatt zu gründen sei oder nicht, ist offen zu lassen. Der Kreisstag wählte eine Kommission, die gemeinsam mit dem Zentralvorstand alle rechnerischen Unterlagen zu prüfen hat; das Resultat dieser Prüfung ist einer danach einzuuberufenden Kreisversammlung zu unterbreiten.

Die Beiträge wurden auf 30 Pf. monatlich erhöht. Als Kandidat des Kreises wurde Genosse Thiele einstimmig wiedergewählt.

Eine wichtige Konferenz hielt der sozialdemokratische Verein des siedenden hiesigen Wahlkreises am Sonntag in Riederau ab. Aus dem Bericht des Vorsitzenden geht hervor, daß die Organisation im abgelassenen Geschäftsjahre (1. Januar 1906 bis 30. Juni 1907) recht gute Fortschritte gemacht hat. Die Zahl der Mitglieder stieg von 1979 auf 3035. Die Zahl der Kreisorganisation angehörenden Ortsgruppen stieg von 10 auf 16. Damit sind für die Partei sechs neue Stützpunkte auf dem Lande geschaffen. Die Leserkarte der Parteipresse vermehrte sich um 1646. Gegenwärtig sind 76 Genossen in Gemeindeparlamenten tätig, darunter sieben Stadtratsmitglieder. Außer zur Reichstagswahl sind viermal Flugblätter verbreitet worden. Der Agitationskalender wurde in 14 000 Exemplaren verteilt. Neue Ortsgruppen sind im Besitz von Vereinsbibliotheken. In einer Ortsgruppe (Reihen) hielt Genosse Dauter einen Kursus über Nationalökonomie ab, der

16 Abende dauerte. Dem Wahlkreise stehen zurzeit 68 Versammlungskonten zur Verfügung.

Die Konferenz faßte den Beschluß: ab 1. April 1908 für den Wahlkreis ein eigenes Parteiblatt erscheinen zu lassen. Das Blatt soll nach Art der „Vörlinger Volkszeitung“ in Dresden hergestellt werden. Zweck des Unternehmens ist die bessere Ausgestaltung des Lokalen Teils der Zeitung. Man verpflichtet sich dadurch eine weitere Steigerung der Leserkarte und damit eine Zurückdrängen der Antipresse aus den Arbeiterwohnungen.

Beiträge zur Wahlrechtsfrage bilden den Hauptinhalt der jüngsten Nummer der „Neuen Zeit“. In einem „Die Erneuerung Schwedens“ betitelten Artikel eröffnet Wilhelm Janzon den Reigen. Mit der „Wahlrechtsreform“ in Schweden beschäftigt sich Herr Flehner. Franz Mühs bespricht von der soeben veröffentlichten Tagesordnung des sozialdemokratischen Preuentages den Punkt „Die Landtagswahl von 1908“ in einem Artikel „Der Kampf um Preußenwahlrecht“, und F. Starosson gibt einiges interessante Material „Zur medienburgischen Verfassungsreform“.

Wir können das Studium der Nummer, die auch sonst noch interessante Artikel enthält (Kapitalistische Kultur, Zur Kulturfrage, Bergbauische Notizen usw.), den Genossen bestens empfehlen.

Dem Jahresbericht des Leipziger Agitationskomitees entnehmen wir:

Von dem Umfang der Arbeiten zur letzten Reichstagswahl zeugen folgende Zahlen: Für die vom Agitationskomitee bearbeiteten vier Reichstagswahlkreise (11., 12., 13., 14.) wurden 1 583 400 Flugblätter, 243 850 Handzettel, 866 000 Stimmzettel verbreitet, 11 767 Plakate angeklebt und 382 Versammlungen abgehalten. Im 11. Wahlkreis wurden trotz der Hundebisse 62 Versammlungen unter freiem Himmel abgehalten! Ueber 1000 Leipziger Genossen halfen bei der Wahlarbeit an den Wahltagen im 11. und 14. Kreis. Ueber den Wahlausfall geben folgende Tatsachen eine Erklärung: Der 11. Kreis umfaßt außer 10 Städten 303 Landgemeinden und 73 Rittergüter, der 14. Kreis 12 Städte und 285 Landgemeinden. Zur gründlichen Bearbeitung war die Zeit zu kurz. Trotzdem gelang es in diesen ländlichen Kreisen, die Stimmzahl von 1903 zu erhalten. Anders im 12. Wahlkreis (Leipzig-Stadt). Hier gingen unsere Stimmen erheblich zurück, die des gewählten Nationalliberalen Dr. Jungermann kolossal in die Höhe! Das Resultat ist im Auftrage der Kreisleitung vom Genossen Jllge einer gründlichen Untersuchung unterworfen worden und Jllge kommt zu dem überraschenden Ergebnis, daß der Stimmenverlust nicht in der sozialen Struktur des Kreises zu suchen sei: Gerade in den Arbeitervierteln war die Wahlbeteiligung (mit 82 Proz.) am geringsten, während sie auf 95 Proz. in den Bourgeoisvierteln stieg! Das Fazit ist: Das Bürgergut hat diesmal alle Reserven aufgebraucht, während unsere Reserven das nächste Mal aufgerollt werden müssen. Von den 4200 Wählern, die am 26. Januar ihr Wahlrecht nicht ausübten, gehört nämlich der überwiegende Teil der Arbeiterschaft an. — Für den 13. Kreis gilt das gleiche. Dort ist die Zahl der Wahlwähler von 12 488 im Jahre 1903 auf 14 945 im Jahre 1907 gestiegen. —

Die Zahl der Organisierten ist in den vier Kreisen von 18 429 auf 26 632 angewachsen. Im ganzen Bezirk wurden 146 548 M. aufgebracht. Mit den 382 Versammlungen zur Reichstagswahl wurden insgesamt 1748 Versammlungen abgehalten. — Zur Reichstagswahl kamen 30 811 M. ein, darunter sind 8 078 M. allein von den Gewerkschaften. Bei der Reichstagswahl übernahm das Agitationskomitee nicht nur Ausgaben für die vier genannten Kreise, sondern auch für den 10., ferner für den Merseburger und den Löwenberger Kreis (Schlesien), insgesamt 47 466 M.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich ist von der Parteivertretung gemäß den Organisationsbestimmungen auf Montag, den 30. September d. J., nach Wien einberufen. Die Tagungen werden voraussichtlich bis zum 4. Oktober einschließlich währen. Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Konstituierung des Parteitages:
 - a) Wahl des Präsidiums;
 - b) Festsetzung der Geschäftsordnung und Tagesordnung;
 - c) Wahl einer Mandatsprüfungskommission.
2. Berichte:
 - a) der Parteivertretung;
 - b) der Kontrolle;
 - c) über die parlamentarische Tätigkeit.
3. Das neue Organisationsstatut der Partei.
4. Die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie im Parlament.
5. Die Wohnungsfrage.
6. Die Wahl der Parteivertretung.
7. Parteipresse.
8. Das Wahlrecht für die Landtage und die Gemeinderatsvertretungen.
9. Eventuelles.

Soziales.

Neue Ausnahmegesetze gegen ländliche Arbeiter!

Der bayerische Landwirtschaftsrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, der bayerischen Regierung anheim zu stellen, beim Bundesrat die Aufnahme einer den Bestimmungen des § 298 des R.-Str.-G.-B. analogen Bestimmung zu beantragen, wodurch der Kontraktbruch und die Arbeitsentziehung landwirtschaftlicher Arbeiter und Dienstboten mit strenger Strafe belegt wird. Außerdem verlangen die Pflanzbauern von dem anwesenden Regierungsvertreter die Befürwortung einer Verschärfung des bayerischen Polizeistrafgesetzbuches ebenfalls gegen die landwirtschaftlichen Dienstboten und Arbeiter. Der § 298 Str.-G.-B. bedroht einen Schiffsmann, welcher mit der Feuerentzündung oder sich verborgen hält, um sich dem übernommenen Dienste zu entziehen, mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre.

Die bayerischen Großagrarier wollen also nicht nur die Mächten des Reiches der bestehenden partikularrechtlichen Ausnahmegesetze gegen die ländlichen Arbeiter dichter ziehen, sondern auch reichsgesetzliche Ausnahmerechte gegen die ländlichen Arbeiter herbeigeführt wissen. Ein solch infames Verlangen liegt durchaus in der konservativ-liberalen Richtung der heute tonangebenden bramardisierenden Uebermenschen — kleb Ueberausbeuter — mit hohlen Köpfen, verfaulten Herzen, offenen Händen und zugewandten Tischen. Ein Denkmal der Schande für das deutsche Vaterland ist die Möglichkeit, daß solche Beschlüsse gefaßt werden können. Das Bestium solcher Leute, die die jämmerliche Lebenshaltung und Rechtslage unserer Kleinbauern und ländlichen Arbeiter so noch mehr verelendern wollen, müßte in allgemeinem Interesse expropriert werden. Der Vertragsbruch ländlicher Arbeiter, der übrigens bei weitem nicht so stark ist wie der ländlicher Besitzer, ist in 99 von 100 Fällen durch Notwehr gegen die schlechte Behandlung und Abhörung habgieriger Agrarier herbeigeführt. Erst vor wenigen Tagen hat ein bayerisches Gericht die Strafbefehle gegen zwei Dienstboten auf das Mindestmaß herabgesetzt, weil die Dienstboten davon gelaufen waren, weil ihnen eine Art Hundestrafen vorgelegt war.

Man unterschätze die auf Einführung neuer Ausnahmegesetze gegen die ländlichen Arbeiter geübten Bestrebungen

nie und Verbände sie als wirksame Waffe zur Aufrüttelung und Organisierung der Landarbeiter gegen die vaterlandsfeindliche Ausbeutung, der dieser Teil der Arbeiterklasse in erster Linie ausgesetzt ist.

Kursus zur Ausbildung in der Säuglingspflege.

Der Deutsche Verein für Kinderasyle veranstaltet im Oktober einen neuen Kursus zur theoretischen und praktischen Ausbildung in der Säuglingspflege. An demselben können sowohl junge Frauen, als auch solche, welche sich berufsmäßig der Säuglingspflege widmen wollen, teilnehmen. Anmeldungen werden von jetzt ab an die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins für Kinderasyle, Berlin, Martin Lutherstraße 55, erbeten.

Ungültige Gewerbegerichtswahlen.

Die Bezirkswahlen für das M.-Gladbacher Gewerbegericht sind wegen grober Unregelmäßigkeiten seitens der Christlichen, vom Bezirksausschuss in Düsseldorf für ungültig erklärt worden. Im Januar d. J. fanden die oben bezeichneten Wahlen statt und ging die Liste der Christlichen glatt durch. Es stellte sich heraus, daß der Sieg nicht mit lauter Waffen erfochten worden war, von christlicher Seite hatte man schärfer gemogelt. Es hatten nicht wenig Leute an der Wahl teilgenommen die garnicht wahlberechtigt waren. Zur Teilnahme an der Wahl berechtigte eine Bescheinigung, die von der Polizei ausgestellt und gestempelt werden muß. Diese Wahlbescheinigung wird an den Wahlberechtigten entweder persönlich abgegeben oder letzterer kann jemand mit der Abholung betrauen, jedoch benötigt der Beauftragte dazu einer Vollmacht. Im Westen ist dieses System vielfach bei den Gewerbegerichtswahlen gebräuchlich; es hat den Nachteil, daß Arbeiter, die sich nicht zeitig um eine Wahlberechtigungsbeseinigung bemühen, denn nur innerhalb einer gewissen Frist werden diese Legitimationen ausgestellt, von der Wahl ausgeschlossen sind. Diesen Uebelstand beseitigte der christliche Arbeitersekretär Wessels für seine Gesinnungsgenossen. Er ersuchte die Polizeibehörde um Anbahnung von gestempelten Plank-Wahlrechtsbescheinigungen, um diese selbst ausfüllen zu können. Merkwürdigerweise gab die Polizei diesem Ersuchen statt. So kam Wessels in den Besitz einer großen Anzahl Bescheinigungen. Am Wahltag wurde nun in einem eigens dazu eingerichteten Wahlbureau von diesen Bescheinigungen in ausgiebiger Weise Gebrauch gemacht. Ob wahlberechtigt oder nicht, kam jemand, von dem man die Gewißheit hatte, daß er christlich wählte, dann erhielt derselbe einen Bescheinigungsschein. Auf diese Weise kam der Sieg der Christlichen zustande. Die freien Gewerkschaftler legten Protest ein und trotzdem der Bezirksausschuss die Ungültigkeit aussprach. Die Zentrumspresse, die den Sieg in M.-Gladbach feinerzeit in den höchsten Tönen besang, ist ganz stumm geworden, sie stellt sich, als ob ihr die Kaffierung der Wahl noch garnicht bekannt sei.

Das geschilderte Verhalten des Polizeibeamten und des christlichen Arbeitersekretärs bei der Ausstellung der Wahlrechtsbescheinigungen erfüllt sämtliche Requisitte einer schweren Urkundenfälschung. Wird gegen die beiden Anklage erhoben werden oder stellt sich heraus, daß diesen beiden Ordnungsgewaltigen der strafrechtliche Dolus fehlt?

Prämien für Raubentwürfe!

Der Schreinermeister Joseph Sch. aus Margloh hat seinen Arbeitern 11,31 M. Raubentwürfe vom Lohn abgezogen, das Geld aber nicht an die Kassen abgeführt, also unterschlagen. Dafür „verurteilt“ ihn die Duisburger Rentienkammer am 28. d. M. zu — 30 M. Geldstrafe. Zwischen Unterschlagung und Verstrafung liegt etwa ein sechsmonatlicher Zeitraum. Nicht hat die neueste Art ordnungsparteilicher kapitalistischer Ausbeutung der Differenz zwischen unterschlagener Summe und Geldstrafe dem Betrüger — rund 2095 Proz. eingebracht. Ein feines Geschäft, das die Klagen über „hohe Belastung“ durch die Versicherungsgesetzgebung erklärlich macht. Steht ein armer Teufel ein paar Kohlen im Werte von noch nicht einer Mark, muß er ins Gefängnis. Aber ein edler Schreinermeister oder anderer Unternehmer wird für seine Betrugereien prämiert. Und diese Gesellschaftsordnung umgestalten erklären die Sozialpolitiker von einem Mugan bis zu einem Bruhn, Liebert, von Hilow für ein fluchwürdiges Verbrechen. Desso notwendiger ist die Sammlung aller Kräfte, die zum Umsturz dieser herrschenden Heucheleiordnung entschlossen sind. Wer die Spitze der Würgeklauen, gleichviel welcher Schattierung diese Dunkelmänner sich zurechnen, unterstützt, unterstützt die Fortdauer der herrschenden Unrechis- und Wucherordnung.

Heimarbeiterleben im frommen M.-Gladbach.

In M.-Gladbach, dem Sitz der Zentralstelle des katholischen Volksvereins und Ausgangspunkt der christlichen Arbeiterbewegung, fand kürzlich eine Versammlung statt, die Stellung nehmen sollte zur dortigen Heimarbeiterinnenbewegung. Wie die Vorsitzende des christlichen Verbandes der Heimarbeiterinnen, Frä. Behm (Berlin) ausführte, sei die Bewegung in M.-Gladbach nun seit zehn Monaten im Gange; man habe zunächst Verhandlungen mit den Arbeitgebern wegen Aufstellung eines Lohnartikels angeknüpft; der Verband westdeutscher Kleiderfabrikanten (Sitz M.-Gladbach) habe entgegenkommen zugesagt, aber man warte bis heute noch auf den Lohnartikel. Kaplan Brauns führte an, daß es in M.-Gladbach und Umgegend 5000 Heimarbeiterinnen gebe, deren Arbeitszeit sich auf dreizehn Stunden und mehr belaufe. Eine Hebererin führte Fälle an, wo Mann, Frau und Kinder bei 11—13stündiger Arbeitszeit die Woche 7—8 Mark verdienen. Reichstagsabgeordneter Pieper meinte, M.-Gladbach sei ein guter Boden für friedliche Verständigung, es sei zu hoffen, daß es nicht zu einem Kampfe komme. Alle Redner rechnen auf die Unterstützung der Bürgerschaft. Nach einer Zuschrift, die der „Kölnischen Zeitung“ aus M.-Gladbach zugeht, scheint man jedoch begehrend auf die Sympathie der frommen Leute in der Stadt des katholischen Volksvereins zu rechnen. In der Zuschrift war hingewiesen auf den Dienstbotenmangel in M.-Gladbach; so lange dieser noch herrsche, dürften die beweglichen Klagen über das schreckliche Los der Heimarbeiterinnen namentlich auch bei den Frauenvereinen, deren Hülfen in den hiesigen Versammlungen angefragt wurde, wenig Glauben finden. Niemand brauche sich in die Heimarbeiter drängen zu lassen; wer sich hineinbegeben, tue es der „goldenen Freiheit“ wegen. Das müsse einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden um völlig unangebrachtes Mitleid zu vermeiden. Nun wissen also die Heimarbeiterinnen in M.-Gladbach, was sie zu tun haben: um der Sklaverei der Heimarbeit zu entgehen, brauchen sie diese nur mit der Sklaverei der Dienstboten zu vertauschen.

Aus Industrie und Handel.

Der deutsche Deltrust.

Ein wirtschaftliches Ereignis, das einen neuen Beitrag zur Lehre von der Kapitalkonzentration liefert, ist die fast vollständige Verstrufung der deutschen Delindustrie, die in der Lüneburger Heide ihren Sitz hat. Der deutsche Deltrust führt den Namen „Deutsche Mineralöl-Industrie, Aktien-Gesellschaft zu Köln“. Unter dieser Firma haben sich die größten und leistungsfähigsten Gesellschaften des deutschen Delvertriebs zusammengeschlossen, um ihre Anlagen einheitlich zu betreiben, um die toten Schätze ihrer Felder ebenso wie die lebendigen Kräfte ihrer aus allen Nationalitäten zusammengewürfelten Arbeiterschaft einheitlich auszubeuten und schließlich, um die Delabnehmer einheitlich zu schröpfen und zu plündern.

Die treibende Kraft der Konzentration ist auch in der Delindustrie das große Bankkapital. Und zwar umfost der Trust die Interessentkreise der deutschen Bank und des Schaaffhausenschen Bankvereins, wozu noch die Raatschappij tot

Exploitation van Oliebronnen in Hannover kommt. Außerdem hat sich die deutsche Mineralölindustrie-Aktiengesellschaft die Glisse der internationalen Wahrgesellschaft gesichert, die Gesamtsumme mit ihren 50 Proz. Dividende für das vorletzte Geschäftsjahr das größte Dividendenergebnis der Welt ist und als Vorgesicht des russischen Verfahrens die unbestrittene Führung im „Vohrschad“ hat.

Daß in diesem, wie in jedem anderen Falle die Konzentration des Kapitals lediglich konzentrierter Profitsucht entspringt, zeigt sich drastisch bereits in den Anfängen des Trusts. Schon in den ersten Monaten des Bestehens der Deutschen Mineralöl-Industrie-Aktiengesellschaft ist das Sieger Rohöl um 50 Proz. teurer geworden. Noch etwa vor Jahresfrist kostete es 6 M. pro 100 Kilogramm, heute wird der Preis bis auf 9,50 M. getrieben, obgleich der Schutzzoll für Rohöl, der früher 12 M. pro 100 Kilogramm betrug, im neuen Zolltarif um 50 Proz. herabgesetzt ist. Trotz der enormen Preissteigerung bereitet der Absatz des deutschen Rohöls aber gar keine Schwierigkeiten, dank der monopolistischen Stellung der vereinigten Delbarone und des noch immer exorbitanten Zollschutzes. Diese befinden sich also in ungleich beneidenswerterer Lage als ihre Wettren von der Kalkindustrie, die trotz ihres Weltmonopols und der hohen Schmelzpreise ihre Aktien und Kurse immer mehr heruntertragen sehen, weil die Erfolge der Absatzpropaganda unmöglich gleichen Schritt halten können mit der plötzartigen Vermehrung der synthetisierten Werke.

Die Leittragenden des Trusts sind neben den Delabnehmern die Grundbesitzer des Delreviers. Soweit sie nicht bereits vor dem Trust Millionäre geworden sind, geht es ihnen jetzt herzlich schlecht. Früher haben sie den Industriellen das Leben rechtlich sauer gemacht, indem sie diesen unverschämte Kauf- und Pachtsummen und fette Extratribute in Gestalt von „Fördergeldern“ abzwangen. Zuletzt hatten sich die „Landwirte“ des Steinförder und des Sieger Reviers zusammengerottet und beschlossen, für den hannoverschen Morgen Boden 10 000 M. und als Pachtgeld jährlich 600 M. zu fordern. Wenn fünfzigwerden sollte an die nolebende Landwirtschaft — einerlei ob Kauf oder Pacht — 1 M. pro Barrel Del extra bezahlt werden. Da manche Vohrtürme den Tag 60 und mehr Barrel ergeben, so sprangen für die Grundbesitzer allein an Pachtgeld netto Schümchen heraus. Es kam zur Herausgabe eines „Normalvertrages“, der an die Unternehmer Forderungen stellte, die nach handelskammerlicher Veteuerung der Delbarone die Rentabilität der Vohrung von vornherein ausschloffen. Für den erpreffertischen Vohrwucher rächten sich die Vohrunternehmer, indem sie die Agrarier nach allen Regeln der Kunst zu pressen und sie auch — wenn es galt, sich unter einander Terrains abzufragen — oft genug zum Abschluß demütigt rechtswidriger Verträge zu überreden wußten und so die geldhungrige ländliche Infaust der Strafrichter ins Gehege trieben. Wie früher die amerikanischen Petroleumgebiete, so war auch das „Del-Dorado“ der Lüneburger Heide der Schauplatz eines wilden und widerlichen kapitalistischen Interessentkampfes geworden. Diese früheren schwindelhaften Konkurrenzmanöver spekulierender Bauernsänger sind jetzt mit der Gründung der „Deutschen Mineralöl-Industrie-Aktiengesellschaft“ von selber ausgeschaltet. Die Verteilung der Agrarier am Delvost ist wesentlich reduziert und für eine Reihe von Jahren teilweise sogar hinwegelotomiert worden. Die vereinigten Vohrgesellschaften beschränken sich nämlich auf die Ausbeutung solcher Felder, auf denen keine Abgaben ruhen. Dadurch wird zugleich auf die Vohrer der übrigen Terrains ein Druck ausgeübt. Die Folge davon ist dem auch, daß in mehreren Fällen die Bauern aus freien Stücken eine Ermäßigung der vereinbarten hohen Förderlätze andoten, damit auch auf ihrem Grundstück bald gebohrt würde.

Kaisertlich werden mit der Verstrufung der hannoverschen Delindustrie auch die einzelnen Betriebe technisch besser ausgestattet und zusammengezogen. Der Zusammenschluß hat die Entwicklung der Betriebstechnik und der Betriebsorganisation schon bisher bedeutend gefördert. Wie energisch man in Wiege, dem Mittelpunkt der deutschen Delunternehmung, in den wenigen Monaten seit der Verstrufung vorgegangen ist, zeigt ein flüchtiger Besuch in dem einstmalig so idyllisch-friedlichen Heidedorf. Durch den Ausbau des Rohrleitungssystems hat man dem alten umständlichen Fuhrverkehr größtenteils ein Ende gemacht. Die Reparaturen der Bohr- und Pumpenrichtungen werden heute in einer zirka 1500 Quadratmeter großen Halle angeführt, während eine Halle von 1200 Quadratmeter zur Aufnahme der Materialbohrer dient. Ein eigenes Kleinbahnnetz verbindet die ganzen riesigen Anlagen untereinander und mit der Staatsbahn. Es sind vier Aufschlüsse an die Staatsbahn geschaffen worden, deren jeder mit einem eigenen Bahnhof versehen ist. In mächtigen Alaranlagen wird das Del entwässert und gereinigt. Durch neuerbaute Tanks, in denen ungeheure Vorräte gesammelt werden können, macht sich der Trust relativ unabhängig von der Marktlage. Diese Tanks, deren einige mit 1100 Waggons Inhalt als die größten der Welt bezeichnet werden, fassen insgesamt 80 000 000 Kilogramm Del im Werte von 6,5 Millionen Mark. Der Vohrpark der deutschen Mineralölindustrie ist wesentlich erweitert worden, so daß die Produktion der gesamten Werke, die gegenwärtig über 180 000 Kilogramm den Tag hervorbringen, in den nächsten Monaten noch eine gewaltige Steigerung erfahren wird. Aus dem leichten Rohöl der vereinigten Werke wird hauptsächlich Motorentrieböl und Gasöl gewonnen, und diese Produkte haben mit ihrem enorm gesteigerten Absatz auch den größten Anteil an der rapiden Entwicklung des Delprofits. Daneben wird auch der Asphalt, ein Nebenprodukt aus dem Destillationsprozeß, in wachsenden Mengen konsumiert, neuerdings auch vom Ausland. Sogar die Erdkratzen, bisher die Schmerzenskinder des deutschen Deltrusts, sollen in die günstigere Entwicklung hineingezogen werden, indem man die Schwierigkeiten, die das deutsche Rohöl der Verarbeitern teilweise noch heute entgegenstellt, durch Anmischung aller vorzuziehlichen Fehler und Mängel zu überwinden sucht.

Die Lage der Arbeiter des Delreviers bezeichnet schon vor dem Trust ein dunkles Kapitel. Mit der Verstrufung wurden natürlich auch die Methoden der Arbeiterausbeutung noch „großartig“ verbessert und vereinheitlicht. Man kann die Verteilung des „konzentrierten“ Delsegens um Wiege gewissermaßen baulich symbolisiert finden. Küher einer großen Arbeiterlaserne hat die deutsche Mineralöl-Industrie leihweise noch ein „Schlachthaus“, eine Art Stallung für menschliches Arbeitsvieh, erbaut. Schmauder präferieren sich schon die neuen Beamten-Wohnhäuser um das Heidedorf, in die wenigstens ein schwacher Widerchein des Goldes fällt, das hier täglich zutage gefördert wird. Schließlich sollen aber noch eine Anzahl Wästen in der Heide entstehen, um eine ebensolche Anzahl derer aufzunehmen, die heute noch alle Früchte des wirtschaftlich-technischen Kulturfortschritts, der planvolleren, aber auch qualvolleren Arbeit der Massen monopolisieren.

Auferezeugung der Welt. Mit Rücksicht auf die vorausichtliche Abminderung der Zuckerkonzentration seitens Englands ist es von Wichtigkeit, einen Ueberblick über die gesamte Zuckerezeugung und über die Entwicklung in den einzelnen Ländern in den letzten zehn Jahren zu gewinnen. An Rübenzucker wurden erzeugt: in Deutschland 1896/97 1 821 228 Tonnen und 1905/06 2 400 771 Tonnen, Oesterreich-Ungarn 929 339 Tonnen und 1 405 528 Tonnen, Frankreich 668 540

Tonnen und 908 590 Tonnen, Rußland 635 552 Tonnen und 1 012 400 Tonnen, Belgien 285 042 und 298 000 Tonnen, Niederlande 143 402 und 156 905 Tonnen, Dänemark 44 152 und 64 970 Tonnen, Schweden 105 998 und 122 898 Tonnen, Italien 2900 und 93 916 Tonnen, Rumänien 0 und 31 444 Tonnen, Vereinigte Staaten von Amerika 88 137 und 228 256 Tonnen. Rohrzucker wurde erzeugt in den Vereinigten Staaten mit 292 179 und 335 280 Tonnen, Philippinen 0 und 125 778 Tonnen, Hawaii 235 944 und 889 857 Tonnen, Kuba 215 444 und 1 273 303 Tonnen, Portorico 64 804 und 216 408 Tonnen.

Aus der Frauenbewegung.

Mädchenheime.

Unter der Maske der sozialen Wohlfahrt sehen wir allerlei Einrichtungen entstehen, welche den Arbeiter immer mehr und mehr zu einem willenlosen Werkzeug degradieren. Je rückständiger der Arbeiter und die ihn umgebenden Verhältnisse, desto leichter gelangen diesen „Wohltäter“ ihre Absichten. Am leichtesten erreichen sie ihren Zweck bei den Arbeiterinnen, wie nachfolgender Fall zeigt.

Unter der Mitwirkung eines Radolfzeller Tricotwaren-fabrikanten, welcher mehrere Fabriken besitzt, wurden einige „Mädchenheime“ in Radolfzell und Umgegend gegründet. Die Geistlichkeit und noch andere Ordnungshüter machten Reklame unter dem Hinweis, daß für das geistige und auch für das leibliche Wohl der Mädchen bestens gesorgt sei. Kost und Wohnung wären sehr gut, der Preis dafür ein niedriger und der Verdienst in der Tricotfabrik ein hoher. Kein Wunder, daß viele Mädchen bis weit hinein nach Oesterreich die heimliche Scholle verließen und nach Radolfzell machten, um die angebotenen Annehmlichkeiten der Mädchenheime zu genießen. Die Verhältnisse mußten aber doch nicht so glänzende gewesen sein, denn eines Tages meldeten sich fünf Mädchen in Konstanz als obdachlos, die sich in dem gemeinnützigen Werke des Tricotfabrikanten befunden hätten. Aus Anlaß einer Kritik, welche der Karlsruher „Volkshaus“ an diesen Vorgängen geübt hatte, entstand ein Prozeß, in dem die überaus traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse klaghaft wurden. Auch die Mädchenheime erhielten die richtige Beleuchtung. Selbst der von dem Fabrikanten angerufene Sachverständige mußte erklären, daß die Löhne zu niedrig seien. Ein Radolfzeller Einwohner hatte Schicksale Mädchen in Kost und Logis; er sagte aus, daß diese das Mittagessen abbestellt hätten und nur noch von Kaffee und Brot lebten, was sie mit 30 Pf. pro Tag bezahlten. Ein Gastwirt nahm Schicksale Mädchen nicht mehr auf, weil er schwer Geld bekommen konnte. Die hiesigen Arbeiterinnen erklärten: Die Behandlung war „unter dem Hund“, wir haben kein Recht bekommen. Man hat uns „freches Ding“, „Sau“, „Saugesellschaft“, „Oesterreichisches Gefindel“, „Lumpenzug“ usw. genannt.

Die Abortverhältnisse haben im alten Bau zu Ungutzuglichkeit geführt, da sie ohne Vorraum waren. Auf 15 Arbeiter kam ein Abort. Ein Neuge: Im Sommer stinkt es arg. Im neuen Bau fehlen die Aufschriften: Männer und Frauen. Die Trennungswand weist mit Papier verstopfte Löcher auf. Der Fabrikinspektor: Es ist richtig, daß die hygienischen Zustände zu wünschen übrig lassen.

Zwei Zeuginnen erklärten: Man habe Würmer und anderes im Essen gefunden. 70 Pf. kostete es, höchstens 80 Pf. sei es wert gewesen. Kamen die Mädchen abends unangemeldet zum Essen zu spät, wurde ihnen das Abendessen entzogen. Die Mädchen haben allmählich das Mädchenheim völlig verlassen.

Das Wohnen im Mädchenheim sollte frei sein; die Mädchen mußten aber bezahlen. Den Betrag hat man ihnen vorgelesen. Wiehen sie nicht zwei Jahre, wurde ihnen das Reisegeld abgezogen.

Das nennt man Arbeiterwohlfahrt. Je mehr mit diesem Worte Reklame gemacht wird, um so größer ist die Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen, die diese Wohlfahrt in Genuß nehmen wollen. Weg mit einem solchen System, welches neben dem Kost- und Logiszwang als eines der schlimmsten Parasiten bezeichnet werden kann.

Berjammlungen — Veranstaltungen.

Röpenik. Mittwoch, den 31. Juli, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht und Stiftungsfest.

Verjammlungen.

Löpper. In der am Freitag abgehaltenen Bauvertrauensmänner-Versammlung des Zentralverbandes der Löpper Deutschlands referierte Genosse Krähig über: „Warum müssen sich die Arbeiter organisieren?“ Der Vortrag fand reichen Beifall.

Weiter wurde beschlossen, den Antrag KuggeI, welcher besagt, daß der Lokalfondsbeitrag auf 1 M. pro Woche erhöht werden soll, der am 2. August stattfindenden Mitgliederversammlung zur Annahme zu empfehlen. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß in der Woche vom 12.—17. August eine Vautenkontrolle stattfindet, um festzustellen, wie viel Kollegen zentral und wie viel lokal organisiert sind und mit wie vielen Unorganisierten wir beim nächsten Lohnkampf zu rechnen haben. Es ist darum notwendig, daß jeder Kollege in dieser Woche sein Verbandsbuch bei sich führt. Gleichzeitig soll festgestellt werden, wie viel Vauten am 1. Oktober beim Ablauf des Tarifes für die Löpper in Votratz kommen.

Da auf dem Bau des Beamtenbauvereins in Schöneberg, Martin Lutherstraße, Verhältnisse herrschen, welche eines freien Arbeiters unwürdig sind, wird folgende Resolution angenommen: „Die heutige Bauvertrauensmänner-Versammlung nimmt voll Enttäufung Kenntnis von den Zuständen auf dem Bau Schuppmann in Schöneberg und erwartet nunmehr, daß die dort beschäftigten Kollegen sofort die Arbeit niederlegen, gleichviel ob sich die anderen organisierten Arbeiter anschließen oder nicht.“ Die Zustände auf diesem Bau, welcher von den Bauarbeitern gesperrt ist, da die Forderungen der Maurer usw. nicht bewilligt sind, sind derartig, daß ein jeder, der dort arbeitet, glaubt, er befinde sich im Ruchthaus. Der Bau ist den Tag über von der Wache und Schließgesellschaft bewacht, auch befindet sich im Bau eine Polizeiwache. Die Streikbrecher sind im Bau einlogiert, obgleich es ja nach der Polizeiverordnung verboten ist, einen Bau zu beziehen, wenn die Verbrauchsabnahme noch nicht stattgefunden hat. Hier aber treten alle Weisungen und Verordnungen außer Kraft. Auch das Aufreten der dort auf dem Bau beschäftigten Streikbrecher, wovon viele einen Revolver bei sich tragen, ist derartig frech und brutal, daß die organisierten Arbeiter ihres Lebens nicht sicher sind. Vertreten waren in der Versammlung 76 Vauten.

Witterungsüberblick vom 29. Juli 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Stommende	762,8	SW	2	bef. kl.	17	Saparanda	756,8	SW	1	bef. kl.	13
Damburg	762,8	SW	2	bef. kl.	16	Veresburg	758,8	SW	1	wolfl.	15
Berlin	763,8	ED	2	bef. kl.	19	Willy	762,8	SW	1	wolfl.	15
Kanfl. a. M.	764,8	ED	3	halb. bb.	20	Herbein	757,8	SW	1	bef. kl.	12
München	765,8	ED	2	bef. kl.	20	Paris	764,8	SW	1	bef. kl.	17
Wien	766,8	SW	1	bef. kl.	20						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 30. Juli 1907.

Warm und zeitweise heiter, aber veränderlich bei mäßigen südwestlichen Winden, etwas Regen und Gewitterneigung.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 29. Juli vorm. 11,6 bei Dresden — 105 Sp. — 11,6 bei Regensburg 1,20 Meter. — Ober bei Rasthor 1,54 Meter. — Ober bei Breslau — 0,42 Meter. — Ober bei Strig 2,59 Meter. — Reichenburg 1,92 Meter. — Rhein bei Rast 2,29—0,03 Meter. — Rhein bei Straßburg 3,08+0,11 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 30. Juli
Anfang 8 Uhr.
Königl. Operntheater.
Carmen.
Deutsches. Der Jongleur.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Alessandro Stradella.
**Schiller N. (Friedrich Wilhelm-
biblische Theater.)** Kyrië-Epiph.
Neues Schauspielhaus. Klaffes.
Kleines. Vater und Sohn.
Neues. Ein seltsamer Fall.
**Komische Oper. Hoffmanns Er-
zählungen.**
Grünen. Die lustige Witwe.
**Kaufmann. Die Welt ohne
Männer.**
**Bernhard Rose. Der große Un-
bekannte.** Anfang 8 1/2 Uhr.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
**Ripoll. Der Hochzeitsgast. Spe-
zialitäten.**
Walhalla. Spezialitäten.
Solles Caprice. Gellertaus.
Paris. Anfang 8 1/2 Uhr.
Reichshallen. Winter-Tymian.
Vossage. Spezialitäten.
Urania. Tausendstraße 48/49.
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte. Jannalidenstr. 67/68.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater.)
Norwich-Oper.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Gastspiel **Heinrich Bütel:**
Alessandro Stradella.
Romantische Oper in 4 Akten von
Fr. v. Flotow.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Gastspiel der groß. Sopranistin
Gertrud Kungo:
Traviata. (Die Kameleonendame.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gastspiel **Heinrich Bütel:**
Der Troubadour.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr: **Kyrië-Epiph.**

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.

Vater und Sohn.
Morgen und folgende Tage:
Vater und Sohn.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.

Lustspielhaus.
Anfang 8 Uhr.
Die Welt ohne Männer.

Apollo Theater
Vorleser Tag.
Das gr. komische Juli-Programm
Jean Paul, Sunnort
Jean Clements, Nihilus-Parodie
Barum u. Weisid.
10 Uhr:
Der Glanz der Sommerfaison:
Hartstein
in seiner Bursche
„Der Hochzeitsgast“

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern
von Julius Freund. Musik von
Viktor Hollaender. Dirigent Max
Koth. In Szene gesetzt von
Direktor Richard Schultz.
Rauchen überall gestattet.

**Gebr. Herrnfeld-
Theater.**
57 Kommandantenstraße 57.
Sonnabend, den 3. August:
**Wieder-
Eröffnung.**
Premiere von
Madame Wig-Way.
Operetten-Burleske von Anton u.
Donat Herrnfeld. Musik v. E. Thal.
Dazu die Separat-Affäre
Es lebe das Nachtleben!
Premierenbilletts (schon 5 e u t e
von 11-9 Uhr a. d. Theaterkasse.

Belle-Alliance-Garten
6 Uhr: Konzert und Variété.
Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Niedorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze
zum Watzmann.

**ZOOLOGISCHER
GARTEN**
Täglich ab nachm. 5 Uhr:
Großes
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends
6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter
10 Jahren die Hälfte.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 132.
Im Garten, Anf. 4 1/2 Uhr:
Das erstklassige
Juli-Programm.
Sperre 50 Pf., Entree 30 Pf.
Im Theater abends 8 1/2 Uhr:
Juni 56. Rate:
Der große Unbekannte.
Sommerpreise.

Passage-Theater.
Jeden Abend 8 Uhr:
Der große Verwandlungskünstler
Arturo
Bernardi.
Berlins schickste Souhrette
Ida Perry
14 Variété-Sensationen 14

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Rechte Vorstellungen von
9 1/2 Uhr: **Die Reizenburger**
oder: Ein Stück Mit-Berlin.
Dazu die Juli-Spezialitäten.
Donnerstag: Vollständig neues
Programm! U. a.: **Der Hund von
Baderbille.**

Schweizergarten
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Damentanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

**Walhalla-
Variété-Garten**
Seidbergweg 14/20, Köpenick, Lor.
15 Juli-Spezialitäten.
Promenaden-Konzert.
Anf.: Konzert 5; Vorstellung 7 Uhr.
Bei ungünstigem Wetter
Vorstellung im Theater 8 Uhr.
Kleine Sommerpreise.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Bernh. Rose.
Täglich:
Das großartige Juli-Programm.
Erstklassige Spezialitäten.
The 3 Miltons. P. Vondara.
Neitzel-Luri-Trio.
Gebr. Damm, Iom. Akrobaten.
Artur Wolff.
Mit großem Erfolg:
9 1/2 Uhr: **Carmen.**
Koffereöffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.
Donnerstag, 5. August: Benefiz für
H. Richter.

Fröbels Allerlei-Theater
fröh. Puhmann, Schön. Allee 148.
Vielbesuchtes Volkstheater Berlin.
Heute: Vorleser Tag d. Niesen-
Juli-Spielplans m. Frank Gregorys,
Champlains, Gustav Müller, Bohrwalls,
Hill u. Hull, Olga Verdi u. d. übrigen
15 Kunststern.
Nur noch kurze Zeit:
Großstadtzauber.
Täglich im Saale: Großer Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Am Donnerstag, den 1. August:
Benefiz Clara Linz: Kyrië-Epiph.

**Max Kliems
Sommer-Theater**
Gartenstraße 13/15.
Täglich: Gr. Konzert, Theater
u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch:
Die beliebtesten Kinderfeste.
Jeden Donnerstag: Glorie-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von
2 Uhr ab geöffnet.

Eggersdorf bei Strausberg II. Arbeiter-Radfahrer-Verein.

Wögl. d. N.-B. 13/16
Sonntag, den 4. August 1907, im Restaurant Tübbke:
2. Stiftungs-fest
Bestehend in **Konzert, Reigenfahren und Ball.**
Hierzu ladet die Bundesgenossen freundlich ein Der Vorstand.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76-79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Lage gelegenheit n. allen Stadtricht.
Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: **Ob Regen!**
The Reros phänomenale gymnastische Reueheit! Ohne jede Konkurrenz.
Heinz Heuer der bel. Refrutendort ist wieder da!
Selli Geldern die brill. Vortragskünstlerin prolong.
Atlantio Pauli Trio.
und das vollständig neue **brillante Juli-Programm.**
Anf. 8 Uhr. Kaffeeküche. Volksbelustig. aller Art. Entree 30 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Paul Obiglos Sommer-Theater
Schwedterstr. 23/24.
Jeden Dienstag im herrlichen schattigen Naturgarten:
Gr. humorist. Soiree der **Norddeutschen Sänger.**
Alles muß lachen! * Stets wechselndes Programm.
Entree 10 Pf. * Referiert 20 Pf. * Anfang 8 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung findet die Soiree im Saale statt.
54582* Hochachtend **Paul Obiglo.**

Volksgarten-Theater.
Bad-Beimstraße - Bahnhof Gesund-
brunnen - Seilermannstraße.
Der rechte Weg.
Original-Volkstheater mit Gesang und
Tanz in 4 Bildern von B. Geisde.
Hierzu:
Das neue
Riesen-Spezialitäten-Programm.
Volksbelustigungen.

Sanssouci, Kottbusser
Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Bei günstiger Witterung a.
der Gartenbahn.
Sonnt. Mont., Donnerst.:
**Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
u. Tanzkränchen.**
Stets neues aktuelles
Programm.
Sonnt. Beg. 5, wochentl. 8 U.
In Vorbereitung: In der Da-
mala. Novität!

Reichshallen-Theater.
Heute vorleser Gastspiel
**Winter-
Tymian**
Anfang 8 Uhr.
1. August:
Wiederbeginn der
Soireen der
Stettiner Sänger.

Gstbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Ruderanlegerstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
**Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.**

Prater-Theater.
Kassanien-Allee 7/9.
Jägerlieben.
Spezialitäten 1. Ranges.
Aufstehen der Löwenbraut
Tilly Böbe mit ihrer drei. Löwen.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Große u. kleine Vereinsfäle
noch frei.
Die Herren Vereinsvorsitzenden mache ergebenst auf mein neueröffnetes
Lokal 55362
Filliale des Restaurants Lebensquelle,
Kommandantenstraße 20, früher Arminshallen.
aufmerksam. Große und kleine Säle für 20-300 Personen. Günstige
Bedingungen.
Großer Naturgarten. Gute billige Küche.
Um geneigten Zuspruch bittet
H. Schultze.

Verlosungsartikel
zu Landpartien, für Vereine u.
zur Reueheit, Lampions,
Stocklaternen, Fackeln,
Girlanden, Mützen, Musik-
und Radtaschen
spottbillig im Engros-Geschäft
L. H. Gotthilf,
Alte Jakobstraße 93,
an der Seelbühlstraße. 54282*
H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabak.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 53161*
Amt 4, 3014.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Bautischler.
Dienstag, den 30. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Walter,
Adalbertstr. 62: 97/8
Sitzung der Gesamtkommission mit den Vororten.

Einsetzer.
Mittwoch, 31. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten,
Alexanderstr. 27 c:
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dieckhoff über: Gewerbevereine und gewer-
liche Rechtsprechung 2. Wahl eines Bezirksleiters. 3. Branchenangelegen-
heiten. 4. Verschiedenes.

Mittwoch, den 31. Juli cr., pünktlich abends 8 Uhr:
Branchen-Versammlung
der
**Perlmutter-, Horn-, Steinnuß-Knopf-
arbeiter und Arbeiterinnen**
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 5.
Tagesordnung: 1. Koalitionsfreiheit und Strafrecht. Referent: Herr
Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld. 2. Diskussion. 3. Bericht der Kom-
mission 4. Verschiedenes.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen
sämtlicher Kollegen sehr erwünscht. Die Kommission.

Luxusmöbelbranche.
Die zu Mittwoch, den 31. Juli angelegte Vertrauensmänner-Versamm-
lung findet wegen des Extra-Zahlabends nicht statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Hof I. Amt 3, 1202. Charitèstraße 3. Hof III. Amt 3, 1037.

Mittwoch, den 31. Juli, abends 8 Uhr:
Bezirks-Versammlung
für
Steglitz, Groß-Lichterfelde und Umgebung
in Groß-Lichterfelde, Chausseestraße 104.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 122/19
2. Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Schleunigen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß beim Restaurateur
Georg Micklitz, Deutsch-Wilmersdorf, Berlinerstraße 37, eine
Zahlstelle errichtet ist. D. O.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.
Donnerstag, den 1. August, abends 8 1/2 Uhr,
bei Thiel, Bergstraße Nr. 151/152:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tagesordnung:
Fortsetzung der Tagesordnung vom 18. Juli, Regelung der Kranken-
unterstützung 91/9
Die Ortsverwaltung.

Stukkateure!

Donnerstag, den 1. August 1907, abends 8 1/2 Uhr,
bei Elsner, Kaiser Wilhelmstr. 18m:
Außerordentliche Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Welchen Beitrag zahlen wir von jetzt ab? 2. Verschiedenes.
Eintritt nur gegen Vorlegen des Mitgliedsbuches. Der Wichtigkeit
halber ist die Anwesenheit aller Verbandskollegen nötig.
173/20* Die Ortsverwaltung.

**Tanzlehrer-Verband
Solidarität.**
Freitag, den 2. August,
pünktlich 7 1/2 Uhr:
Sitzung mit Damen
im Brunnen-Theater,
Badstraße 53
Mitgliedsbuch sowie Kontrollkarte dienen als Legitimation
zur Vorstellung. 233/17
Der Vorstand.

Gruppenbild
der
sozialdemokratischen Reichstagsfraktion
Preis 40 Pf. Porto und Verpackung 20 Pf.
Auf Wunsch-Karten in vorzüglichem Druck und nach den
neuesten photographischen Aufnahmen hergestellt, ist das Bild ein
prächtiger Zimmerschmuck für jedes Arbeiterheim. Die Karten-
größe ist 40x55 cm. Der Preis ist so billig bemessen, um jedem
Arbeiter die Anschaffung zu ermöglichen. 234/11*
Zu beziehen durch
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Morgen Mittwoch, den 31. Juli: Extra-Zahlabend in Groß-Berlin.

Auf der Suche nach dem Kinder-schlächter.

Bis zur Stunde ist der Verübter der schweren Missetaten an mehreren Kindern noch nicht gefunden. Der Kriminalpolizei sollen bis jetzt nahezu 500 Anzeigen über den angeblichen Täter gemacht worden sein. Mit Verhaftungen ist die Polizei bisher durchaus nicht sparsam gewesen, es sollen mehr als 50 Leute in der Sache verhaftet worden sein. Diese Tatsache allein beweist, wie wenig es angebracht ist, gleich gegen einen Verhafteten seinen Unmut zu richten, wie dies am Freitag Abend einem Manne erging, der bald gelacht worden wäre. So berechtigt die Erbitterung gegen den Verübter der schrecklichen Tat ist, so sollte das Publikum nicht ohne weiteres seine Erbitterung an einem Menschen auslassen, der durch irgend einen Umstand in einen so schweren Verdacht gekommen ist. Bei der Ermittlung des Täters hat die Kriminalpolizei mit der Schwierigkeit zu rechnen, daß sie keine genaue Beschreibung des Täters hat; sie ist im wesentlichen auf die schwanenden Aussagen einiger Kinder angewiesen. Es heißt, die kleine Knespl habe eine ziemlich bestimmte Beschreibung gegeben, doch scheint uns, daß auch diese mit großer Vorsicht anzunehmen ist und auf ihr allein eine Retrospektivierung der in Frage kommenden Persönlichkeit schwer vorzunehmen sein wird. Es heißt zwar in einer Korrespondenz: Die kleine K. ist ein für ihr Alter außerordentlich geistig vorgeschrittenes Kind, und sollte sich der wahre Täter unter den Verhafteten befinden, so würde es ihn sofort mit aller Bestimmtheit wiedererkennen.

Eine eingehende Vernehmung der kleinen Knespl hat übrigens einen bemerkenswerten Erfolg gehabt. Wie das Mädchen angibt, hat der Mordtäter nicht einen schwarzen steifen Hut getragen, sondern er war mit einem in der Mitte eingeknickten Strohhut bekleidet. Auf Grund dieser Angaben entfiel sich jetzt auch die Mutter der ermordeten Bratwiy, daß sie beim Suchen nach ihrer Tochter, die sie bekanntlich am Freitagnachmittag vermißte, aus dem Eingang des Hauses Nr. 2 einen Menschen herauskommen sah, der gleichfalls einen solchen Strohhut trug und dessen sonstiges Äußeres mit der Beschreibung des Mörders übereinstimmte. Auch zwei Frauen aus der Allee Nr. 6 und 7 haben den Verdächtigen beobachtet. Es steht nun fest, daß der Täter vor der Verübung der drei Verbrechen an spielende Kinder herangegangen ist und sie in Hauseingänge zu locken versuchte. Er wurde aber jedesmal dabei gestört. Es ist auch festgestellt worden, daß die drei Missetaten in einem Zeitraum von 20 Minuten zur Ausführung gebracht worden sind.

Der Zustand der beiden noch lebenden Opfer des Missetats hat sich etwas gebessert und die Ärzte geben sich der Hoffnung hin, daß sie die Tochter des Barbiers Sens ebenfalls durchbringen werden. Die Verurteilung der ermordeten Bratwiy erfolgt morgen nachmittag auf dem Georgen-Friedhof in Weisensee.

Das am wenigsten verletzte Kind Herta Sens — nicht Sens — hat sich soweit erholte, daß es zusammenhängend befragt werden konnte. Sie gab eine Darstellung über den Verlauf des Vorfalls. Danach wollte sie in das Haus Heinersdorferstraße Nr. 21 hineingehen, als ein Mann sie an sich gelockt habe. Nachdem er einen Augenblick mit ihr gesprochen hatte, habe er sie auf den Arm genommen und darauf langsam niedergelegt. Jetzt habe er plötzlich aus der hinteren Hofentasse ein langes Werkzeug herausgeholt und ihr den Stich beigebracht. Dann sei er entlaufen, weil ein Herr hinzukam. Dieser habe sich nicht um sie gekümmert. Endlich sei ihr Vater eingetroffen. Als dem Kind am Sonntag ein verdächtiger Mann vorgestellt wurde, konnte es eine ziemlich deutliche Zeichnung des Täters entwerfen.

Aus der Kasse der „Verdächtigen“.

Wir geben die Berichte, die aus polizeilicher Quelle kommen, mit allem Vorbehalt wieder:

Verdächtigt war der frühere Reisende Adolf Neumann, der unter dem Verdacht stand, in der Oranienstraße ein Sittlichkeitsverbrechen begangen zu haben und zur Zwangsstellung ausgegeben war. Er war in seiner Wohnung nicht anzutreffen, wurde aber bei Verwandten in der Lärstraße im Weite liegend gefunden. Er besaß 12 Rupons Silber, deren Erwerb er nicht nachweisen konnte. Bei dem Verhör ergab sich, daß er sie am Spittelmarkt von einem Handwagen gestohlen hat. Er wurde im Krankenhaus wegen seiner Ähnlichkeit mit dem (vermeintlichen) Täter der Herta Sens vorgestellt. Dabei konnte durch die kleine festgestellt werden, daß der Täter schlank ist, eine Größe von 1,70—1,75 Meter hat und einen schwarzen Schnurrbart hat. Er war fast genau so wie Neumann gekleidet, also mit einem dunkelbraun gestreiften oder gewürfelten Jackettanzug, schwarzen Schnürstiefeln und einem schwarzen steifen Hut. Der Schnurrbart ist etwas härter, als der des Neumann. Die kleine Sens ist so bestimmt in den Bekundungen, daß an der Richtigkeit ein Zweifel kaum zu bestehen scheint (11). — Ein zweiter Verdächtiger wurde am Sonntagnachmittag in der Landsberger Straße in der Person des Tischlers Paul Jährling nach der Polizeiwache gebracht. Hier benutzte er einen günstigen Augenblick, um sich zu erhängen. Sein Vorhaben wurde gleich bemerkt, so daß es bei einem Selbstmordversuch blieb und Jährling nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. Er ist geistig nicht ganz einwandfrei und ist in den letzten zwei Monaten wegen öffentlicher Beleidigung und Zuregung eines öffentlichen Aergernisses dreimal mit der Polizei zusammengelassen. Ein Verfahren gegen ihn schwebt, weil er einem kleinen Mädchen in der Frankfurter Allee — nach seiner Angabe in der Trunkenheit — zunahe getreten ist. Seit dem 24. d. M. hat er weder seine Arbeitsstelle in der Rantuffelstraße, noch seine Wohnung in der Landsberger Straße 80 aufgesucht. Er konnte wegen seines Zustandes infolge des Selbstmordversuches der kleinen Sens noch nicht gegenübergestellt werden. Er trug den Griff eines von diesem abgebrochenen Instruments bei sich, mit dem die Missetaten wohl ausgeführt sein könnten. Die Ärzte des Krankenhauses, die an der Knespl die infolge der acht erlittenen Stiche erforderliche Operation vornahmen, sind der Ansicht, daß die Verletzungen mit einem Tischlerwerkzeug (langzungenartig) beigebracht sein können. So beschreibt auch Herr Sens die Mordwaffe.

Bemerkenswert ist, daß mit Betteln nach dem Ruxter des in der Prenzlauer Allee aufgefundenen viel Unfug getrieben wird. Solche Bettler wurden in Charlottenburg, Nixdorf, in der Jungfernheide und in Hühnersberge gefunden. Solche Dummejungenstreiche sollten unterlassen werden. Die Sache ist zu ernst, und die Bedrohung wird durch solche Kindergegrüß, abgesehen davon, daß die Urheber sich einer Verurteilung aussetzen.

Erinnert wird bei dieser Gelegenheit auch an einem wiederholt auf dem Schlachthof vor etwa zehn Wochen verübten Missetat eines anscheinend pervers veranlagten Menschen. Mit einem scharfen Werkzeug wurden Röhren und Hälber die Guter abgeschnitten oder die Tiere wurden durch Stiche verwundet. Geheimne Beobachtungen führten damals nicht zum Ziel; aber die Gemeinheiten hörten auf mit dem Augenblick, wo man die Heberwache begann. Möglicherweise kommt jene entartete Persönlichkeit als Auffälliger in Frage.

Ferner wurde am Sonntagabend der 26 Jahre alte Schlächter Friedrich Koppitz, der schon wegen schweren Diebstahls, Raubes,

Urkundenfälschung und Sittlichkeitsverbrechens bestraft ist, aber geisteskrank wurde und auf dem Wege von Herzberge nach der Irrenanstalt Pzietanka bei Gnesen gebracht werden sollte, in einer Gaschonne verhaftet. Er war am 8. d. M. seinen Begleitern entspungen und nach Berlin zurückgekehrt. Er spielt den Tobsüchtigen, wird aber wohl im Krankenhaus am Friedrichshain der kleinen Herta Sens und vielleicht auch der Elli Knespl gegenübergestellt werden, da die Beschreibung des Täters auch auf ihn passen soll.

Schließlich werden noch neue Attentate gemeldet. Die vierzehnjährige Tochter Else des Friseurs C. Richert aus der Schillingstraße 30a wurde am Sonntagabend im Hause Blumenstr. 6a von einem unbekannten Manne durch ein Messer oder ein scharfes Instrument am linken Arm und an den Füßen verwundet. Das Mädchen fiel in Ohnmacht und erholte sich erst nach längerer Zeit wieder.

Eine Mittagszeitung brachte gestern die Nachricht, daß in der Schönhauser Allee ein weiterer Kindermord verübt worden sein sollte. Das ist aber unrichtig. Es handelt sich um einen Ueberfall auf ein zwölfjähriges Mädchen Helene des Fleischermeisters Arndt, die nach dem Hause Chorinerstraße 33 gegangen war, um bei einer hier wohnenden Schneiderin eine Bluse anzuprobieren. Auf der Treppe überfiel sie ein etwa 25 jähriger Mann, riß ihr hinten die Kleider entzwei, würgte sie und schlug ihr mit einem schweren Gegenstand an den Kopf. Irgend einen Versuch, das Kind zu vergewaltigen, machte der Attentäter nicht. Das Kind fiel um, riß aber im Stürzen noch an der Wohnungstür des Hausbewohners Kürschnermeisters Ferdinand Kröfing, der auch sofort erschien und den Täter verfolgte.

Die Kriminalpolizei glaubt trotz der auffallenden Ähnlichkeit dieses Attentäters mit dem Mörder nicht daran, daß die begangenen Ueberfälle von demselben Mann begangen wurden. Der Fall bildet vielmehr nur eins von den fast täglich sich wiederholenden ähnlichen Ereignissen, fällt aber bei der gegenwärtigen Stimmung des Publikums mehr in die Augen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Der Arbeiter-Sterbekassenverein für Oranienburg und Umgegend feiert am Sonntag, den 3. August sein diesjähriges Sommerfest in dem gesperzten Lokal von Waldow dortselbst. Wir ersuchen daher die Parteigenossen, etwa angebotene Billetts zu dieser Veranstaltung entschieden zurückzuweisen. Die Lokalkommission.

Charlottenburg. Auf die am heutigen Abend stattfindende Wahlvereinsversammlung sei hiermit nochmals aufmerksam gemacht. Der Vorstand.

Schöneberg. Am Dienstag, den 30. d. M., findet die Generalversammlung des Wahlvereins abends 8 1/2 Uhr in E. Obsts Festsaal, Reiningersstraße 8, statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Der internationale Kongreß und der deutsche Parteitag. Referent Reichstagsabgeordneter Stübben. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Gäste haben Zutritt.

Ein Extrazahlabend findet am Mittwoch, den 30. d. M., nicht statt. Der Vorstand.

Brix. Heute, Dienstag findet an Stelle des Extrazahlabends am Mittwoch in Brix eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt, und zwar bei Weniger, Werderstraße, Ecke Auguststraße. Der reichhaltigen Tagesordnung wegen ist zahlreicher Besuch erwünscht. Der Vorstand.

Alt-Hilfen. Am Mittwoch, den 31. Juli, abends 8 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen im Lokal des Herrn Franz Wahn, Grünauerstraße 55 statt. Die Tagesordnung lautet: Fortsetzung der Diskussion über das Thema: Arbeiterschaft und Kirche. Genosse A. Störmer hat sein Erscheinen zugesagt. Auch der Herr Pastor und die anderen Herren sind wieder eingeladen. In dieser Versammlung werden die Anmeldeformulare für den Austritt aus der Landeskirche unentgeltlich ausgegeben. Der Einberufer.

Wahlverein Eichwalde. Die öffentliche Versammlung des Wahlvereins am Dienstag, den 30. Juli findet nicht in Hantels Abloge bei Heinrich, sondern in Eichwalde bei Witte statt. Tagesordnung und Referent wie bereits angegeben. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Zur Stadtverordnetenwahl.

Ein lebhaftes Treiben entwickelte sich am letzten Sonntag von 9—1 Uhr in der Poststraße 16, wo die Wählerlisten zur Stadtverordnetenwahl behufs Einsichtnahme ausliegen.

Kopf an Kopf staute und drängte sich die Menge auf der breiten Wendeltreppe und im Flur des alten Gebäudes, und ein Seufzer der Erleichterung entschlüpfte den Glücklichen, welche die Schwickler überstanden hatten und sich wieder nach Hause begeben konnten.

Es waren fast durchweg Arbeiter, denen es in der Woche nicht möglich ist, diesen Gang zu erledigen und die deshalb in treuer Pflichterfüllung ihre Mußestunden bereitwillig opferten. Humorvoll meinte einer: wenn wir hier abstimmen ließen, hätten wir sicher die Majorität.

Hierbei sei auch gleich auf die Uebelstände hingewiesen, die bei diesem Massenandrang zutage treten und denen in Zukunft bei einigermaßen gutem Willen leicht abzuhelfen wäre. Es wurde allenthalben lebhaft Klage geführt, daß man den Wählern von ganz Berlin nicht mehr als ein Lokal bereitgestellt hatte und der Wunsch ausgesprochen, bei wiederkehrender Gelegenheit in allen vier Stadtteilen ein solches Bureau einzurichten. Es wäre wirklich eine starke Zumutung, auch künftig zu verlangen, daß die Riesenzahl von Wählern, die in der Woche arbeiten müssen und nicht abkommen können, am Sonntag stundenlang zusammengepackt wie die Schafe auf der Treppe und im Hausflur stehen soll. Auch die Frage wurde angeregt, ob die Wählerlisten am Werttag bis 8 Uhr abends ausliegen könnten, auf diese Weise würde man einem solchen Massenandrang ebenfalls vorbeugen. Nicht nur an die Wähler, auch an die diensttunenden Beamten werden unmögliche Anforderungen gestellt, und man kann es begreifen, wenn sie bei der hastenden, alle Sinne anspannenden Tätigkeit selbst nervös und aufgeregter werden. Rieft man noch in Betracht, daß sehr viele der anwesenden Wähler noch für Freunde und Bekannte, die aus irgend einem Grunde verhindert sind, die Listen selbst einzusehen, diese Gefälligkeit übernehmen, so kann man sich wohl vorstellen, daß in den Sonntagstunden die Abfertigung nicht so glatt und geregelt vor sich ging, wie dies eigentlich sein müßte. Es war schon

1 Uhr, als die Menge noch knüppelbild auf der Treppe stand und sehnlichst dem Ende dieser Gewaltprozedur entgegenharrte. Plötzlich ertönte eine barocke Stimme von unten herauf: Um 1 Uhr wird das Bureau geschlossen, wer draußen ist, hat sich sofort zu entfernen, sonst räumen Schutleute die Treppe. Ein Spahrbogel soll es gerufen haben. Die Obenstehenden aber nehmen es für bare Münze, bei uns ist kein Ding unmöglich, doch sie rühren sich nicht von der Stelle: Laßt sie nur kommen, sie mögens probieren! schallt es hinter. Endlich nach geraumer Weile wälzt sich der letzte Schub ins Lokal; alle atmen froh auf. Zuhause aber findet der Mann kalte Suppe, verchrumpfte Kartoffeln, und dour-wurfsvolle Blicke begeben ihm. Hoffentlich wird man in Zukunft an maßgebender Stelle die Mahrung beherzigen und Remedur schaffen.

Heute, Dienstag, ist der letzte Tag,

an dem die Listen ausliegen, und zwar in der Zeit von 9 bis 3 Uhr. Wer noch nicht eingesehen hat, hole dies schleunigst nach oder beauftrage noch schnell einen Parteifreund, für ihn die Liste einzusehen. Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen!

Vom Kampf um den „schöneren“ Straßennamen.

In der Geschichte der Straßennamen einer Stadt ist eines der lehrreichsten Kapitel dasjenige über die Umtaufungen, die so manchen Straßen im Wandel der Zeiten beschieden gewesen sind. Auch Berlin hat eine beträchtliche Anzahl von Straßen, die in neuerer und auch schon in einer weiter zurückliegenden Zeit umgetauft wurden. Der Grund solcher Umtaufungen war in der Regel der, daß den Bewohnern der betreffenden Straße der alte Name nicht mehr schön genug erschien. Welcher Berliner möchte heute z. B. noch in einer „Kobdenzstraße“ wohnen? Oder gar in einer „Hurenstraße“? Die „Hurenstraße“ wird im Trauregister der Marienkirche noch 1621 erwähnt. Aber in demselben Jahrhundert kaufte man sie in eine „Rosenstraße“ um, womit der peinlich empfindene Name ironisierend durch etwas ganz besonders Schönes ersetzt wurde. Die „Kobdenzstraße“, eine Quergasse der Stralauer Straße, erhielt sich sogar bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein. Um die Mitte des Jahrhunderts hatte ein in der „Kobdenzstraße“ ansässiger Besitzer sich erboten, hundert Tal. an die Armenkassa zu zahlen, wenn der alte Name geändert würde. Das Polizeipräsidium erklärte sich gegen die Änderung, weil „sich historische Erinnerungen an den Namen knüpfen, welche aufrecht erhalten bleiben müssen“. Erst nach wiederholten Vorstellungen des Magistrats wurde dann 1862 durch Kabinettsorder der Name „Kleine Stralauer Straße“ genehmigt.

Ähnliche Kämpfe um einen „schöneren“ Straßennamen haben bis in die neueste Zeit sich wiederholt, und meist waren sie reich an unfreiwilliger Komik. Das neueste ist ein von Bewohnern des Scheunenviertels ausgehender Protest gegen den Entschluß, den dort neu entstehenden Straßen die alten Namen „Amalienstraße“, „Koblanckstraße“ und „Weddingerstraße“ zu geben. Man findet, daß auch diese Namen im Laufe der Zeit anrüchig geworden sind, und es wird gewünscht, daß bei der völligen Umgestaltung des dem Untergang geweihten Scheunenviertels für die neuen Straßen auch zu ganz neuen Namen ge-griffen werde. Es gab eine Zeit, wo sie im Scheunenviertel froh waren, daß sie ihre „Amalienstraße“, ihre „Koblanckstraße“, ihre „Weddingerstraße“ usw. kriegen. Das ist noch gar nicht mal so sehr lange her. Es war damals, zu Anfang der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts, als die alten „Scheunengassen“, denen das Scheunenviertel seinen Namen verdankt, zu Straßen „befördert“ wurden und ihnen dann auch richtige Straßennamen beigelegt wurden. Die „Amalienstraße“ war bis dahin die „zweite Scheunengasse“ genannt worden. Die Anwohner hatten 1860, ihr den Namen „Lagerhausstraße“ zu geben, in Er-baten 1860, ihr den Namen „Langerhausstraße“ zu geben, in Erinnerung an den verstorbenen Stadtbaurat Langerhaus. Der Magistrat aber beantragte den Namen „Amalienstraße“, wobei er annahm, daß früher mal dort herum ein „Amalienhain“ vorhanden gewesen sei. Dieser Name wurde im September 1860 durch Kabinettsorder genehmigt. Die „Koblanckstraße“ ist die ehemalige „dritte Scheunengasse“. Die Bezeichnung „Koblanckstraße“ wurde 1861 von den Bewohnern selbst erbehalten und durch Kabinetts-order in demselben Jahre genehmigt. Sie gilt dem Andenken des Stadtrates Koblanck, der zur „dritten Scheunengasse“ noch in der besonderen Beziehung stand, daß er dort ein Grundstück besaß. Die alte „vierte Scheunengasse“ finden wir wieder in der „Weddingerstraße“. Ihren neuen Namen erhielt sie 1862 zur Erinnerung an den Kaufmann Weddinger, der der Stadt eine Stiftung vermachte hatte. Darum sollen nun diese Namen, die ehemals den Bewohnern des Scheunenviertels so überaus würdevoll erschienen, jetzt nicht mehr nobel genug sein? Man sagt, in den Straßen des alten Scheunenviertels habe „das Paster“ gehaust. Das ist möglich. Aber könnte nicht mit demselben Recht, ja mit mehr Recht verlangt werden, daß z. B. auch die Friedrichstraße, in der „das Paster“ seinem Gewerbe nachgeht und seine zahlungsfähigen Käufer findet, zartfühlend umgetauft werde?

Da wir gerade bei dem in Trümmern sinkenden Scheunenviertel sind, so wollen wir auch hier der Umtaufung der übrigen „Scheunengassen“ gedenken. Für die „erste Scheunengasse“ beantragte die Hausbesitzer 1861 den Namen „Fühlstraße“. Als der Magistrat ihn nicht für geeignet hielt, schlugen sie „Wachmannstraße“ oder „Pädlerstraße“ vor. Ein Wachmann war damals begütertster Eigentümer in der „ersten Scheunengasse“ (ein Zweig der Familie Wachmann ist ja wohl noch heute im Scheunenviertel ansässig), und ein Pädler war zu jener Zeit Landwirtschaftsminister. Die Kabinettsorder entschied für „Fühlstraße“. Es gab früher auch noch eine „Lange Scheunengasse“ und eine „Kurze Scheunengasse“. Die „Lange Scheunengasse“ wurde nach einem Grundbesitzer Jakob Stucken auch „Jakobsstraße“ genannt, belam aber 1847 den Namen „Kleine Alexanderstraße“, mit Rücksicht auf die benachbarte Alexanderstraße und die anliegende Alexander-lafazene. Die Besitzer hatten Namen wie „Blücherstraße“, „Scharnhorststraße“, „Gneisenaufstraße“ vorgeschlagen, die damals noch nicht vergeben waren. Amüsant ist die Umtaufung der „Kurzen Scheunengasse“, der späteren „Varrelstraße“. 1848 schlugen die Eigentümer vor, man solle sie „Schulstraße“ (wegen der anliegenden Kommunal-schule) oder „Kleine Linienstraße“ nennen oder auch „Wilowstraße“, weil der Schwiegervater des Stadtbauraten Varrel, namens Wilow, das erste Haus in dieser Straße gehabt habe“. Der Magistrat befürwortete den Namen „Wilowstraße“, weil „einerseits der erste Bewohner und Bewohner der Straße Wilow hieß, andererseits der Name Wilow in der vaterländischen Geschichte einen guten Klang hat“. 1857 wurde dann durch Kabinettsorder tatsächlich der Name „Wilowstraße“ genehmigt. Als aber später die Schöneberger Vorstadt zum „Freiheitskriegsviertel“ wurde und daher auch eine „Wilowstraße“ haben mußte, wurde die „Wilowstraße“ des Scheunenviertels in eine simple „Varrelstraße“ umgetauft. So schwindet der Ruhm der Welt!

Der „Leubare“ in Berlin. Eine eigenartige Ueberraschung wurde am gestrigen Morgen den Berlinern durch den Besuch des leubaren Fußballons der Militär-Luftschiffer-Abteilung zu teil. Der Ballon war gestern früh um 7 Uhr auf dem Platz der Luft-

Kiffen-Abteilung aufgestiegen und fuhr nach einigen Männern über Zegel in der nur geringen Höhe von 500 Metern nach Koabit. Von da aus wandte sich das Luftschiff nach dem Königsplatz, verfolgte den Zug der Siegesallee, der Charlottenburger Chaussee und der Straße unter den Linden bis zum Schloß, das er mehrere Male umkreiste. Dann fuhr das Luftschiff, dessen Notortfähigkeit von den Straßenpassanten genau beobachtet werden konnte, in südwestlicher Richtung über das Hausmeer hinweg bis zur Leipzigerstraße, wandte dort um und fuhr zwischen Leipziger- und Charlottenstraße entlang wieder nach den Linden. Nachdem er hier noch nach verschiedenen Richtungen manövriert hatte, kehrte der Ballon mit einer Geschwindigkeit von circa 20 Kilometern gegen den Wind nach dem Aufstiegsort zurück.

Neue Fernsprechanstalten. Der Fernsprecherberlin ist heute auf folgende Orte ausgedehnt worden: Diebersdorf, Brodersdorf, Buchelsdorf (Kr. Ramlau), Frödenau, Heinrichau, Krismow bei Rostock, Neubus (Kr. Wollau), Partentz (Radelnburg), Reichthal, Schabenua, Schmogran, Schüttlau, Silberberg (Bez. Breslau), Zepelinowa, Vohburg und Wiesental (Kr. Münsterberg). Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt im Verkehr mit Diebersdorf 50 Pf., mit den übrigen Orten je 1 M.

Eine Studienkommission wird sich Anfang nächster Woche unter Führung des Dezerenten für die Einführung des elektrischen Bahnbetriebes, Geheimen Rats Witzfeld, vortragenden Rates im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, nach den Vereinigten Staaten begeben, um dort über die wichtigsten amerikanischen Vorkämpfer und die mit dem elektrischen Betrieb bisher gemachten Erfahrungen Informationen zu sammeln.

„Grober Unfug.“

Es ist schier unglaublich, was nicht alles unter den Groben Unfugparagrafen rubriziert wird. Was man nicht anders definieren kann, sieht man als groben Unfug an. So dachte auch das Potsdamer Schöffengericht, das vor einiger Zeit den Maler E. in Drenth zu einer Geldstrafe von 8 M. verurteilte. E. sollte das Verbrechen begangen haben, an einem Sonntag 1/4 Uhr vormittags im großen Wannsee gebadet zu haben, entleidet gewesen und dabei vom Publikum gesehen worden sein, weshalb ihm der Ortsvorsteher von Wannsee ein Strafmandat über 8 M. ins Haus schickte. E. war sich eines solchen Vergehens nicht bewußt und legte Widerspruch ein. Der wirkliche Tatbestand war nämlich, daß E. die Dreifachheit besaß, mit einer Badehose bekleidet, den Blicken der vorbeiziehenden Spaziergänger entzogen, hinter Sand-erhebungen ein Sonnenbad zu nehmen. Das genügte für den Sitte und Sittlichkeit schädigenden Verdacht, eine Anzeige zu erstatten wegen unerlaubten Badens. Vor dem Schöffengericht konnte nach dem vorliegenden Urteil der Verdacht nicht bestimmt bekräftigt, ob die Badehose auf gewesen sei, jedoch habe der Sünder an dem fraglichen Tage nicht in Abrede gestellt, daß er gebadet habe, eine Behauptung, die vom Angeklagten entschieden bestritten wird. Unter diesen Umständen hat das Gericht nicht als erwiesen angesehen, daß der Angeklagte tatsächlich gebadet hat. Und nun bitten wir unsere Leser, den gerichtlichen Deduktionen weiter aufmerksam zu folgen. Das Urteil fährt dann fort:

„Da jedoch die Stelle, an welcher der Angeklagte in der oben bezeichneten, höchst mangelhaften Bekleidung gelegen hat, unmittelbar an der vom Beschloß nach Wannsee führenden Promenade (111. Neb.) von zahlreichen Ausflüglern belebt war, so hat das Gericht in dem Verhalten des Angeklagten einen groben Unfug erblickt. Grober Unfug ist jede Handlung, welche das Publikum gefährdet oder ungebührlicher Weise belästigt. (Nicht wissen wts. Neb.) Daß das Publikum durch das Baden unmittelbar an öffentlicher Straße, wobei nach Bekundung des Gendarmeriehauptmeisters Männer und Frauen gemeinsam badeten, belästigt wird, bedarf keiner näheren Ausführung.“

Was nun von dem Baden gilt, gilt natürlich in noch sehr verstärktem Maße von dem Aufenthalt außerhalb des Wassers, wenn die betreffende Person nur mit einer Badehose bekleidet ist, denn so lange sich die betreffende Person im Wasser befindet, ist immerhin nur ein erheblich geringer Teil des nackten menschlichen Körpers zu sehen.“

Der Angeklagte wird deshalb zu 8 M. Geldstrafe verurteilt und das von Rechts wegen. Als erschwerend sei zu berücksichtigen, daß der Angeklagte zum Schauplatz seiner Handlung eine an Sonntagen besonders zahlreich besuchte Promenade ausgesucht hat usw.

Das ganze Urteil spricht so sehr für sich, daß wir eigentlich überhoben sein sollten, an dieser wissenschaftlichen Leistung ein Wort der Kritik zu verlieren. Schon der Tatbestand ist in dem Urteil gänzlich entwirrt, aber was schert dies das Gericht. Es gilt eben für „schicklich“ und dagegen kann ein Angeklagter nichts tun, er ist dagegen ohnmächtig, wenn im Urteil etwas anderes steht, als was wirklich die Verhandlung ergeben hat. Weigentlich des Tatbestandes widerspricht sich das Urteil selbst. Einmal soll der Prozeß „unmittelbar an einer Promenade“ gebadet haben, dann hat er zum Schauplatz seiner Handlung die Promenade ausgesucht. Also einmal „unmittelbar“, dann die Promenade selbst. Schlimmer aber ist die ganze Begründung des Urteils, die wir nicht noch durch einen Kommentar abschwächen wollen. Wer baden will, ob im Wasser oder in der Sonne, packe sich in Zukunft vom Kopf bis zur Zehe in Watte ein, es könnte sonst ein Fleckchen nackter menschlicher Körper zu sehen sein.

Aber alles ist der Veränderung unterworfen, auch der Begriff des groben Unfugs. Was bis vor kurzem am Wannsee ein todeswürdiges Verbrechen war, kann heute dort zum Teil mit amtlicher Erlaubnis straffrei ausgeübt werden. Bekanntlich hat seit einiger Zeit der Landrat des Teltower Kreises ein öffentliches Freibad am Wannsee gestattet. Derselbe Gendarm, der vor verhältnismäßig kurzer Zeit in dem Reiten eines Sonnenbades einen unerhörten Prozeß erblühte, wird sich heute beim Vorübergehen an ziemlich derselben Stelle wie früher seine Hände vor die Augen halten, damit er ja nicht ein Stückchen nackten menschlichen Körper erblickt, oder er wird gegen den Landrat, den Förderer dieses groben Unfugs eine Anzeige erstatten. Ob er's tun wird?

Ein schweres Unwetter zog gestern nach der plötzlichen Hitze in den späten Nachmittagsstunden herauf. Große Wassermassen gingen hernieder und überfluteten an zahlreichen Stellen der Stadt Straßen und niedrig gelegene Kellerwohnungen. Ganz besonders schlimm stand es wieder einmal an der Ecke der Invaliden- und Veteranenstraße.

Ein Mannsfall hat sich gestern nachmittags gegen 2 Uhr auf dem Bau Breitenstraße, Ecke Gertraudenstraße, ereignet. Dort war ein Arbeiter Köpfe damit beschäftigt, einen Träger zu transportieren. Seinen Weg mußte er über einige recht schmale Bohlen nehmen und es war deshalb kein Wunder, daß der Arbeiter schlief und in die Ausschachtung stürzte. Der ihm nachfolgende Träger traf ihn so schwer am Unterschenkel, daß L. schwerverletzt in einer Tröschle nach der Unfallstation gebracht werden mußte. Für Leben und Gesundheit der Arbeiter scheint hier keine Vorsorge getroffen zu sein.

Von einem Kriminalbeamten erschossen.

Bei der Ausführung einer Gefangenenbefreiung ist gestern in der östlichen Morgenstraße der am 21. November 1886 zu Mersburg geborene Arbeiter Bernhard Wenzel aus der Gütchenerstr. 96 erschossen worden. W. hatte mit einer Prostituierten zusammen gewohnt. Die Letztere hatte sich in der vergangenen Nacht in der Wödemstraße

aufgehalten und der überwachende Kriminalbeamte Weber hatte ein besonderes Augenmerk auf sie, da sie sich Uebertretungen der sittenpolizeilichen Vorschriften schuldig gemacht hatte. Als das junge Mädchen gegen 1/3 Uhr morgens vor dem Hause Wödemstraße 65 vorüberging, schritt der Beamte auf sie zu und wollte sie festnehmen. Sie flüchtete jedoch nach dem Hofe des erwähnten Grundstückes, gefolgt von dem Schutzmännchen. Auf dem Hofe wurde sie dann festgenommen. Inzwischen war auch der Zuhälter der Dirne, der erst 20 Jahre alte Bernhard Wenzel, hinzugekommen und er drang in den Beamten ein, damit er das Mädchen frei lasse. Der Beamte machte den jungen Menschen jedoch aufmerksam, daß dies nicht angängig sei und er warnte ihn, nichts zur Befreiung der Verhafteten zu unternehmen. W. folgte dem Transport und in der Wödemstraße fiel er plötzlich über W. her und bearbeitete ihn mit einem großen Hauschäffel. Der Beamte setzte sich zur Wehr und als er sah, daß er bei dem Vorkommen nichts ausrichten konnte, zog er den Revolver und drohte zu schießen. Hierdurch ließ sich W. aber nicht zurückschrecken. Erneut ging er gegen W. los und dieser gab einen Schuß gegen den Angreifer ab. W. hielt den Arm schlagend vor die Brust, doch die Kugel drang durch den Arm hindurch in die Rippen. Noch einige Schritte schleppte sich der Angeklagte fort und brach dann an der Ecke der Fagelbergerstraße tot zusammen. Die Dirne hatte den Zwischenfall bemerkt, um zu entfliehen. Sie wurde aber bald darauf wieder aufgegriffen. Sie hatte sich in der vergangenen Woche zweimal nicht zur Untersuchung eingestellt, und aus diesem Grunde war ihre Festnahme beantragt worden.

Eine interessante Beobachtung hat ein Leser unseres Blattes in seinem Hause an einem Schwälbchen gemacht, über die er uns folgendes mitteilt: „Im April d. J. fand ich bei uns (Fosenerstraße 28) ein Schwälbchen ein. Im oberen Stall ließ es sich häuslich nieder und fing an, ein Nest zu bauen. Ritte Rot hatte es daselbst ziemlich fertig, es fehlte nur ein wenig. Als der eine Teil vom Hofe etwas Heu im Schnabel holte, ertönte ich eine Rahe und verspeiste das gute Schwälbchen. Für diese Frechheit hat die Rahe ihr Leben lassen müssen. Die leben gebliebene Schwälbe baute weiter an dem Nest, kam aber nach dem Stalle, um sich nach der Ehehälfte zu erkundigen; auf einmal blieb auch diese weg. Wir glaubten schon, sie sei abgezogen, da sie sich mehrere Tage nicht blicken ließ. Da, zu unserer großen Freude, erschien sie am fünften Tage mit einer neuen Ehehälfte wieder, um mit dieser gemeinsam das Nest fertig zu bauen. Jetzt schreien vier hungrige Gelbschnäbel aus dem Neste und wir freuen uns alle über die muntere Familie.“

Ein verhängnisvoller Betriebsunfall hat sich am Sonnabend in der Fabrik von Stenens u. Salske am Ronnenbamm zugetragen. Die 18jährige Arbeiterin Gertrud Scheibner in der Ködlinerstr. 20 in Berlin wollte ein oberes Fenster ihres Arbeitsraumes öffnen und war zu diesem Zwecke auf einen Stuhl gestiegen. Dabei wurde ihr Haar von dem darüber hinweggeleiteten Transmissionsriemen erfasst; der Unglücklichen wurde die Kopfhaut von der ganzen Schädeldecke abgerissen. Die Verunglückte wurde nach dem Charlottenburger Krankenhaus zu Westend übergeführt.

Im „Klempner“ erhängt. Eine seltsame Stätte hat sich am Sonntag ein Lebensmüder zur Ausführung eines Selbstmordes ausgesucht. Der 55 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Witter aus der Oranienstr. 68 hatte sich zu seinen Angehörigen vor einiger Zeit gedehert, daß er das Leben satt habe und daß er noch einmal Selbstmord verüben werde. Sonntag mittag wurde er in dem in demselben Hause befindlichen Kinematographentheater erhängt vorgefunden. Der Tod war bei Entdeckung der Tat bereits eingetreten.

Eine aufregende Szene spielte sich am Sonntagabend zwischen 7 und 9 Uhr in der Fennstraße 9 ab. Dort hatte der Ost- und Gemüsehändler Tollsdorf einen Tobsuchtsanfall bekommen, in welchem er alles was sich in seiner Wohnung vorfand, in Grund und Boden demolierte. Sämtliche Wäsche gerisselt er in Fetzen, die Bettfedern zerbrachte er in der Wohnung; an der Wasserleitung in der Küche befestigte er einen Schlauch und überschwenkte die ganze Wohnung. Hierauf ging er in den Keller, trank Lysol und erhängte sich obendrein.

Die Leiche am Bahndamm. Am Sonnabend abend gegen 10 Uhr geriet der an epileptischen Anfällen leidende Biergastier Hermann Peter, Berlin, Adelerstr. 168 wohnhaft, in Strausberg unter die Räder des Kleinbahnzuges, so daß ihm der Kopf sofort vom Numpfe getrennt wurde. Die Leiche blieb den ganzen Sonntag über auf dem Bahndamm liegen. Sie war allerdings zugebedt, was aber nicht verhinderte, daß hunderte von Ausflüglern stehen blieben und etwas von dem grauenhässlichen Anblick zu erhaschen suchten, der sich darbot, wenn man einen Zipfel des Tuches lüftete. Noch am Montag mittag lag der Tote auf dem Bahndamm.

Ihren ganzen Wochensohn verloren hat am Sonntagmittag zwischen 12 und 1 Uhr auf dem Wege von der Großen Frankfurterstraße bis zur Kaiserstraße eine arme Arbeiterin. Derselbe befand sich in einem Portemonnaie, das 16 M. enthielt. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe bei Meyer, Wallner-Theaterstr. 21, abzugeben.

Einen schweren Verlust erlitt am Sonnabendabend zwischen 7 und 8 Uhr ein Arbeiter, der auf dem Wege von der Gleimstraße bis zur Rheinsbergerstraße ein Portemonnaie mit 86 M. Inhalt verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe gegen Belohnung bei Reuber, Rheinsbergerstr. 14, abzugeben.

Sportpark Spandau. Die Rennen am Sonntag brachten der deutschen Sportgemeinde eine herbe Enttäuschung. Gänzer und Schipke, deren Zusammentreffen mit großer Spannung entgegen gesehen wurde, verlagerten vollständig und endeten als letzte. — Der Belgier Vandervorst war der Gewinner des „Großen Preises von Deutschland“, einem 100 Kilometer-Rennen, das mit 15 000 Mark ausgestattet war. Vom Beginn des Rennens ab die Spitze nehmend, zog Vandervorst stetig um die Bahn und legte eine Sämigkeit an den Tag, der seine Gegner nicht gewachsen waren und stellte er für den 20., 30., 40. Kilometer neue Rekordzeiten auf, ebenso das Stundenresultat von 85,580 Kilometer ist eine Rekordleistung ohne Staubfangblech. — Nur der Franzose Guignard war dem Sieger einigermaßen gewachsen und hielt seinerseits die anderen Teilnehmer in Schach, aber auch er war schon nach dem zehnten Kilometer überhand, und als er dann im vollen Zuge war und langsam an Boden zurückgewann, folgte in der 60. Runde sein Motor aus; er selbst wechselte das Rad und verlor mehrere Minuten, so daß er den zweiten Platz an Gänzer abtreten muß. Doch bald danach ist Guignard im Zuge und überwindet Gänzer, letzterer fällt dann ebenfalls von seiner Führung ab und läßt noch dem 90. Kilometer den dritten Platz ein, den er an Dientmann abtritt, der gegen den Schluß ganz achbar fährt. — Schipke hatte fortgesetzt unter Motorschaden zu leiden und kam gar nicht in Betracht. Das Ergebnis ist: 1. Vandervorst 1 Std. 10 Min. 20 1/2 Sek., 2. Guignard 4500 Meter, 3. Dientmann 6320 Meter, 4. Gänzer 8000 Meter, 5. Schipke 28320 Meter zurück. — Die Fliegerrennen verliefen äußerst interessant und starteten ungemein viel Fahrer. Den deutschen Fliegerpreis errang Vaber vor Heile, Weston und Arnd. — Das Prämienfahren holte Rubel vor Rubela, Tezmer und Tezloff, während Stolz, Tezmer, Rubela, Metz und Rubel je 1 Prämie erhielten. — Im Vorgabefahren legte Heile (10) vor Stolz (10), Tezmer (10), Scheuermann (10). — Zum Schluß ein Zweifacher-Punktfahren, welches Scheuermann, Wegener vor Heile-Stolz, Rubela-Tezmer und Müller-Ruß an sich brachten. — Sämtliche Rennen verliefen ohne Unfall. — Die Bahn war von circa 15 000 Personen besucht.

Rund um Berlin. Die alljährlich stattfindende Dauerfahrt des Gau 20 (Berlin) des Deutschen Radfahrer-Bundes, die am Sonntag über 248 Kilometer ausgefahren wurde, hatte sich diesmal einer ungewöhnlich starken Beteiligung zu erfreuen. Von 234 Fahrern, die

ihre Meldung abgegeben hatten, wurden gegen 200 in Potsdam von morgens 8 Uhr gruppenweise entlassen. Viele gaben auf, aber die Zahl der das Ziel (Mein-Rachow) erreichenden war eine große. Die beste Zeit erreichte der Hamburger Faustmann mit 9 Std. 51 Min. 56 Sek. vor Haube (Friedeman), Schulte (Treibbin), Oberstein, Reich (Berlin), Rohlsberg (Hamburg), Otto Güge (Berlin) usw. Außerdem beteiligten sich 18 kleine Kraftwagen, 13 Motorbreitäder und 35 Motorzweiräder an der Fahrt, von denen der schnellste Wagen die Strecke in etwa 6 Std. 9 Min. bewältigte. Da hier der Benzinverbrauch mit in Rechnung gezogen wird, so sind die vorläufigen Ergebnisse noch keine endgültigen.

Ein größerer Brand kam in der Nacht zum Sonntag am Göliger Ufer 24 auf noch nicht aufgeklärte Ursache zum Ausbruch. Dort standen um 11 Uhr Kellerräume, das Raschenschhaus, Transmissionskästen im Erdgeschoß und im ersten Stock in Flammen. Als die Feuerwehre an der Brandstelle ankam, waren die Räume nicht nur total verqualmt, sondern auch fest verschlossen. Im Luft zu machen, drangen Mannschaften des 8. Zuges über Stedeleitern ein, schlugen die Fenster ein und löschten dann energisch, wodurch eine weitere Ausdehnung des gefährlichen Brandes vermieden wurde.

Feuerwehrbericht. In der vorletzten Nacht um 2 Uhr kam in der Klosterstr. 91 ein Kellerbrand zum Ausbruch. Dort brannten Balken, ein Gummibett, ausströmendes Gas aus einem Motor u. a. Fast gleichzeitig hatte die Feuerwehre in der Lindowstr. 22, Gaudisstr. 6 und Linienstr. 127 zu tun. Puhappen, Risten, Prehloffen, Gardinen u. a. brannten dort. Dreimal wurde die Feuerwehre nach der Krautstr. 35 alarmiert. Dort an der Ecke der Langestraße war auf einem Futterboden Feuer ausgebrochen. Neu brannte. Wohnungsbrände mühten in der Waldstr. 15, am Grünen Weg 23, in der Wienerstr. 58, Reichstr. 31 und anderen Stellen gelöscht werden. Wegen eines Wasserrohrbruchs erfolgte ein Alarm nach der Pankestr. 47.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Fürsorge für Lungenkranke.

Zur systematischen und einheitlichen Bekämpfung der Tuberkulose ist in Charlottenburg, ähnlich wie in einer Reihe anderer Gemeinden, eine Fürsorgestelle für Lungenkranke errichtet. Zweck derselben ist, die tuberkulösen Familien ausfindig zu machen und diese Tuberkulosen nach Möglichkeit einzeln auszuheben oder wenigstens unschädlich zu machen, die gesunden Mitglieder dieser Familien vor der Infektion zu schützen, die skrophulösen Kinder und heilungsunfähigen tuberkulösen Kinder und Erwachsenen der Heilung zuzuführen und die nicht mehr heilungsfähigen so zu behandeln, daß einerseits diesen Kranken ein leidliches, menschenwürdiges Dasein verschafft wird, andererseits die Gefahr der Ansteckung für andere Menschen nach Möglichkeit beseitigt wird. Zur Erreichung dieses Zieles werden alle Mitglieder der tuberkulösen Familien untersucht und in dauernder ärztlicher Kontrolle gehalten. Die Familien werden in ihren Wohnungen durch Schwestern aufgesucht, belehrt und beraten und allmählich zu einer gesundheitsgemäßen Lebensweise erzogen, wo es nottut, auch direkt materiell unterstützt.

Die Fürsorgestelle hat sich mit allen denjenigen Stellen in Verbindung gesetzt, zu deren Kenntnis Fälle von Tuberkulose gelangen müssen, also mit allen Rassen, mit der Schuldeputation und mit den Landesversicherungsanstalten Berlin und Brandenburg. Alle diese Behörden sind auf die Fürsorgestelle aufmerksam gemacht und aufgefordert worden, ihr die zu ihrer Kenntnis gelangenden Fälle von Tuberkulose zu überweisen. Ferner sind den praktischen Ärzten gedruckte Karten zur Ueberweisung von Lungenkranken an die Fürsorgestelle zugestellt worden. Die Fürsorgestelle untersucht und berät die Kranken, eine ärztliche Behandlung durch sie aber ist ausgeschlossen. Sobald eine tuberkulöse Familie bekannt geworden ist, unterrichtet sich die Fürsorgestelle zunächst über ihre äußeren Verhältnisse und über den Gesundheitszustand der einzelnen Familienmitglieder. Erst dann wird bestimmt, ob und in welcher Weise eingegriffen werden soll.

Die Hilfsleistungen der Fürsorgestelle sind außerordentlich mannigfaltig. Sie sorgt einmal für die Verlegung der Kranken, sodann gewährt sie in großem Umfang auch Milch, Fleischmarken, Mittagessen und Krankenloft. Diejenigen tuberkulösen Familien, welche der städtischen Armenpflege anheimgefallen sind, erhalten diese Unterstützungen durch die Stadt auf Verordnung der Stadtärzte; die Fürsorgestelle gibt derartige Mittel nur solchen Personen, welche nicht zu den Stadtarmen gehören. Die wichtigste Art der Betätigung der Lungenfürsorgestelle besteht in den Anträgen auf Entsendung skrophulöser Kinder in Ferienkolonien, auf Veranlassung einer Unterstützung zum Badaufenthalt, auf Ueberweisung ins Krankenhaus, auf Beschaffung von Heilstätten, Betten, einer anderen Wohnung, Hinzumieten eines Zimmers und auch von Vorräten. Die Stadt Charlottenburg übernimmt bei den nichtversicherten Erwachsenen und bei Kindern aus bedürftigen Familien, je nach der Vermögenslage der Familie, die ganzen oder teilweise Kosten der Heilkrankenbehandlung, bei den Versicherten trägt sie ein Drittel der Kosten. Die aus den Heilstätten Entlassenen werden von der Fürsorgestelle nachuntersucht und auch weiterhin kontrolliert.

Die rege die Fürsorgestelle in Anspruch genommen wird, ergab sich daraus, daß vom 1. April 1906 bis zum 1. April 1907 1754 Fälle neu untersucht sind. Im ganzen wurden in dieser Zeit 4102 Untersuchungen vorgenommen. Von den 1754 Fällen waren durch Ärzte 645 überwiesen, durch die Armenverwaltung 620, durch die Ortskrankenkasse 43, durch die Landesversicherungsanstalt Berlin 82, durch andere Stellen und Private 246, selbst gemeldet hatten sich 308. Die Ueberweisung in Heilstätten wurde in 410 Fällen beantragt, und zwar für 139 Männer, 149 Frauen, 128 Kinder. Von diesen befindet sich noch ein Teil in den Heilstätten. Bei 273 Personen ist der Erfolg bereits bekannt, und zwar bei 91 Männern, 78 Frauen, 104 Kindern. Von den Männern befanden sich 68 im Anfangsstadium, während bei 25 der Prozeß schon weiter vorgeschritten war. Von den ersteren erzielten 59 einen vollen und 7 einen teilweisen Erfolg. Ähnlich bei den Frauen und Kindern. Die Dauer des Aufenthalts in den Heilstätten betrug bei den Kindern 1 1/2 bis 7 Monate, im Durchschnitt 3,3 Monate, bei den Erwachsenen 1 1/2 bis 6 Monate, durchschnittlich etwa 3 Monate. So weit bisher bekannt, sind bei den mit vollem Erfolg Entlassenen Rückfälle noch nicht eingetreten. Allerdings ist die Beobachtungszeit erst sehr kurz.

Es ist erfreulich, daß die Städte sich allmählich ihrer Pflichten auf dem Gebiete der Bekämpfung der Proletariatskrankheit bewußt werden. Man darf aber einmal nicht vergessen, daß alle diese Maßnahmen in der Hauptsache im Interesse der Gemeinden selbst ergriffen werden, die sich dadurch vor dem Anwachsen des Armenstands zu schützen suchen, denn wenn nicht rechtzeitig die Erwerbsfähigkeit der Kranken wieder hergestellt wird, dann werden diese zum größten Teil aber kurz oder lang mit ihren Familien dauernd der öffentlichen Armenpflege anheimfallen. Sodann darf man nicht außer acht lassen, daß diese Maßnahmen, so segensreich sie auch wirken, doch immer nur von verhältnismäßig geringen Erfolgen begleitet sein werden, so lange sich nicht die Lage des Proletariats im allgemeinen hebt. Ein Kranker, der aus einer Heilstätte als gebessert und erwerbsfähig entlassen wird, ist infolge der mangelhaften Ernährung und der schlechten Wohnungsverhältnisse in steter Gefahr, wieder einen Rückfall zu erleiden. Wenn es vielleicht auch übertrieben ist, die Tuberkulose als eine Wohnungs-krankheit zu bezeichnen, so ist doch eine gesunde Wohnungspolitik die unbedingte Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen die Proletariatskrankheit.

Rigdorf.

Rehtausend Mark in Sparkassensäckern und an barem Gelde erbeuteten Gindreder, die in der Sonntagnacht in die Wohnung der

Gandeltgüterin Hopfen, Jägerstr. 63 in Rixdorf, eingebracht waren. Die Bande erbrach gewaltig die verschlossene Kordtür und durchwühlte in der Wohnung sämtliche Zimmer nach Geld und Wertpapieren. In die Hände fielen den Tätern zwei Sparkassenbücher auf die Namen Minna und Gertrud Hopfen über die Summe von 4000 und 2000 M., sowie zwei Kassenbücher auf den Namen Wilhelm Hopfen über 2000 und 1000 M. Außerdem erbeuteten die Diebe noch größere Summen an barer Gelde.

Gerichts-Zeitung.

Baltische Edelente gegen den „Vorwärts“.

Gestern hatte sich unser Verantwortlicher, Genosse Weber, in zwei Fällen vor dem hiesigen Schöffengericht wegen angeblicher Beleidigung von zwei baltischen Baronen zu verantworten. Beide Klagen beruhen auf der Verletzung zweier Beweisaufnahmen.

In der einen fühlte sich Baron Axel von Rollen durch die Schilderung des Schredensregiments in den Ostprovinzen im Artikel vom 17. Februar beleidigt. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Liebnecht, beantragte, zwei Zeugen über die Wahrheit der Schilderung im „Vorwärts“ in Heisingfors und Riga vernommen zu lassen. Die kommissarische Vernehmung dieser Zeugen wurde vom Gericht beschlossen. Ein von dem Kläger angebotener Vergleich, nach dem Genosse Weber eine Erklärung abgeben sollte, die Information bei Abfassung des Artikels sei eine unrichtige gewesen, wurde abgelehnt.

Die zweite Klage führte der libländische Baron von Sivers. Es ist das die bekannte Klage, die schon wiederholt das Gericht beschäftigt hat, in der sich Herr Sivers ohne durch Mittelungen oder Rat eines Herrn Sivers mit e beileidigt führt. Der Verteidiger, Dr. Liebnecht, erklärt wiederholt, der Beweis, daß der Sivers mit e nicht der Sivers ohne e sei, seinem Klienten nicht obliege. Sein Klient stelle aber anheim, dem Verfasser des Artikels, der die Ermächtigung, ihn zu nennen, erteilt hat, sowie den Privatbeteiligten an der Universität Petersburg Professor von Neuhner darüber als Zeugen zu vernennen, daß der Privatkläger ohne e mit dem im Artikel angeführten Sivers mit e nicht identisch ist. Es wird beschlossen, diese Zeugen zu vernennen, sobald die genaueren Adressen derselben eingegangen sein werden.

Darlehensvermittlungsschwinder.

Die umfangreichen Darlehensvermittlungsgeschäfte des Vermittlers Koschorek, der in Riga seinerzeit verhaftet wurde, beschäftigten gestern die dritte Ferienkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Pauli. Gegen Koschorek lautete die Anklage auf Betrug in 272 Fällen und auf versuchten Betrug in 386 Fällen, im ganzen also 658 einzelne Fälle, von denen 6 im Auslande begangen sind. Der zweite Angeklagte Kaufmann Otto Marschall war der Gehilfe zum Betrage angeklagt. Die Akte des Verhandlungsaktes waren vollständig mit Aktenstücken und Drucksachen und Korrespondenzen aus dem Bureau des Angeklagten Koschorek besetzt. Der Angeklagte Ernst Koschorek ist der Sohn eines Berliner Zimmermeisters. Er besuchte eine Baugewerkschule und übernahm nach dem Tode des Vaters dessen Geschäft, konnte es jedoch nicht halten. Mit den letzten 3000 M. ging er nach Monte Carlo, wo er sie bald am Spieltisch verlor. Nun nahm der Angeklagte Darlehen auf und wurde dadurch so mit dieser Branche bekannt, daß er beschloß, selbst ein Darlehensvermittlungsgeschäft anzufangen. 3000 M., die er sich geliehen hatte, bildeten das Anlagekapital. Im Cafe National knüpfte Koschorek Bekanntschaften mit „Damen“ an, die ihm geldbedürftige Lebemannner zuwiefen. In der Wälderstraße und Friedrichstraße unterhielt der Angeklagte verschiedene Bureaus. Den Darlehenssuchern versprach er die Beschaffung großer Summen, wenn die Auskünfte gut wären. Für die Eingehung solcher Auskünfte mußten die Opfer recht erhebliche Summen zahlen. Damit war aber auch die Tätigkeit des Menschenfreundes Koschorek erschöpft. Die Auskünfte lauteten regelmäßig so ungenügend, daß das gesuchte Darlehen nicht gewährt werden konnte. So ging das Geschäft von 1903 bis 1906. Da wurde Herr A. der Boden in Berlin zu heiß und er verlegte den Schauplatz seiner Tätigkeit nach Riga, um hier den Betrieb in bergedehemem Maßstabe fortzusetzen. In mehr als 300 beauftragten ordnungsparteilichen und „paradiesen“ Provinzialblättern erließ er Inserate des Inhalts, daß er alle Herren Darlehen bis zu 100 000 M. erhalten könnten unter günstigen Bedingungen. Die Darlehensgesuche gingen in überraschend großer Zahl ein: in 3 Monaten kamen etwa 20000 Briefe nach Riga. Der Geschäftsbetrieb ging in folgender Weise vor sich: Hatte sich ein Darlehenssucher gemeldet, so bekam er zunächst von Koschorek ein Schreiben des Inhalts, er sei bereit, das gewünschte Darlehen zu beschaffen, wenn der Geldsucher sich bereit erklärte, 6 Proz. Zinsen zu zahlen und für die Auskünfte und die sonstigen Spesen einen Vorbehalt zu zahlen. Erklärte sich der Darlehenssucher mit diesen Bedingungen einverstanden, so erhielt er eine Rechnungsendung, die je nach der Höhe des gewünschten Darlehens auf 25, 100 bis 300 M. lautete. Wer leichtsinnig genug war, diese Rechnungsendung einzulösen, fand in dem Briefumschlag nicht etwa das versprochene Darlehen, sondern — ein Schuldscheinformular und einen langen Fragebogen über die Kreditwürdigkeit des Geldsuchers. Das Darlehen wurde in keinem Fall gegeben und die Opfer waren um den Vorbehalt geprellt. Die Geschäfte hatten inzwischen einen so großen Umfang angenommen, daß Koschorek eine Hilfe brauchte. Diese fand er in der Person des Kaufmanns Otto Marschall, der mit der geschiedenen Frau Bankdirektor Romeid in Riga eine Wohnung hatte. A. engagierte den Marschall als Registrator. Die Anklage behauptet, dieser habe von den Schwindeldiebstählen Koschoreks Kenntnis gehabt und diese unterstützt. Die vielen Gekrellten hatten inzwischen Anzeige erstattet und am 8. Mai 1906 wurden Koschorek, Marschall und ein zweiter Angestellter König in Riga verhaftet. König wurde bald außer Verfolgung gesetzt. Koschorek und Marschall wurden im Oktober 1906 nach Deutschland ausgeliefert und in das Untersuchungsgefängnis nach Moabit eingebracht. Marschall wurde am 17. Januar 1907 gegen Stellung einer Kaution von 1000 M. aus der Untersuchungshaft entlassen. In der geführten Verhandlung bestätigte Koschorek im wesentlichen die ihm von der Anklage zur Last gelegten Handlungen während seines Aufenthaltes in Riga. Er führte aber an, daß er die Darlehensgeschäfte richtig geregelt hätte, wenn ihm nicht die Verhaftung dazwischen gekommen wäre. In sechs Fällen, die noch in der Zeit seines Berliner Aufenthaltes spielten, suchte der Angeklagte die Schuld an dem nachgewiesenen Betrug seinem damaligen Buchhalter B. zuzuschreiben, der hinter seinem Rücken von den Darlehenssuchern größere Beträge erzwang. In diesen Berliner Fällen ist der Angeklagte ganz besonders raffiniert vorgegangen. Einem Handelsgärtner in Basel, der ein Darlehen von 5000 M. wünschte, nahm er zunächst eine Provision von 10 M. ab, ersuchte dann aber noch um die Zufassung von 100 M. Als der Gärtner darauf nicht gleich einging, schickte ihm Koschorek, er würde ihm das Darlehen gegen Nachnahme von 100 M. zufinden. Die Nachnahmeendung enthielt aber wiederum kein Geld, sondern wertlose Formulare. Koschorek blieb dabei, diese Korrespondenzen habe der Buchhalter B. unter Mißbrauch von Koschoreks Namen geführt. In einer anderen Nachnahmeendung war nur die Mitteilung enthalten, daß das Geld mit nächster Post eintreffen würde. Der Angeklagte suchte sich damit herauszureden, er hätte nicht geglaubt, daß die Leute in den Nachnahmeendungen schon das Darlehen vermuten würden. Die Zeugen, meist kleine Handwerksmeister aus der Provinz, bezeugten, sie hätten die Nachnahmeendungen eingeklebt, weil ihnen die Versprechungen in den Schreiben des Angeklagten, dessen hochtönende Titel und Angaben auf den Firmenbriefbogen und die mit Papier ausgefüllten Briefumschläge der Nachnahmeendungen den

Klauben beigebracht hätten, sie enthielten die angekündigte Geldsendung. Der Angeklagte Marschall bestritt entschieden, daß er von dem schwindelhaften Treiben Koschoreks Kenntnis gehabt und ihm dabei Beihilfe geleistet hätte. Er habe auf der Post in Riga den Koschorek getroffen. Dieser habe ihn als Registrator gegen ein Gehalt von 300 Frank monatlich angestellt. In den engeren Geschäftsbetrieb des A. habe er keinen Einblick gehabt. Er habe befehlend gelebt und viel zu tun gehabt. — Die geschiedene Frau des Bankdirektors Romeid bezeugte als Zeugin im wesentlichen die Angaben Marschalls und bezeugte, Marschall und sie hätten in Riga sehr einfach gelebt und sie habe selbst dem A. zugeredet, die ihm von Koschorek angebotene Stellung anzunehmen. Aus dem Zuchthaus zu Brandenburg werden die Zeugen Acher und Plum vorgeführt, die mit Koschorek in Geschäftsverbindung standen. Acher, der Inhaber einer Auskunftei war, versorgte auch A. mit Auskünften, die immer ungünstig ausfielen und nach den Ausführungen der Anklage ohne Nachfragen nur nach dem Wunsch des Auftraggebers ausfielen. Plum hatte mit A. öfter Geschäfte gemacht und kann über seinen Betrieb nichts Ungünstiges sagen.

Der Vertreter der öffentlichen Anklage, Staatsanwalt Buchs, beantragte für den Angeklagten Koschorek eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren sechs Monaten, von denen sechs Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet werden sollen; außerdem eine Geldstrafe von 3000 M., die im Nichtbeitreibungsfalle in sechs Monate Zuchthaus umzuwandeln sind; ferner fünf Jahre Ehrverlust. — Wegen des Mitangeklagten Marschall beantragt der Staatsanwalt zwei Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft für verbüßt zu betrachten seien. — Der Angeklagte Koschorek betont in seiner Verteidigungsrede, er habe bei dem Geschäft nichts verdient, sondern nur zugelegt, und wäre auch in der Lage gewesen, die versprochenen Geschäfte zu machen. Der Angeklagte Marschall bittet um seine Freisprechung.

Am 8. Uhr abends nach effizienter Verhandlung verkündete der Vorsitzende das Urteil. Der Angeklagte Ernst Koschorek wird wegen versuchten Betruges, teils vollendeten, teils versuchten Betruges zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren, 6 Monaten, sowie zu einer Geldstrafe von 3000 M., im Nichtbeitreibungsfalle zu weiteren 200 Tagen Zuchthaus, die auf 6 Monate umgerechnet werden, außerdem zu 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Untersuchungshaft wird auf die Strafe nicht angerechnet. — Der Angeklagte Marschall wird freigesprochen, die Kosten des Verfahrens gegen Marschall werden der Staatskasse auferlegt.

In der Begründung des Urteils führte Landgerichtsrat Pauli aus, der Gerichtshof habe angeht die gemeingefährlichen Treibens des Koschorek ihm mildernde Umstände versagt und auch davon abgesehen, dem Antrage des Staatsanwalts auf Anrechnung der Untersuchungshaft zu entsprechen. Marschall habe sich zwar der Beihilfe verdächtig gemacht, aber seine Schuld habe nicht nachgewiesen werden können. — Der Angeklagte Koschorek erklärt, sich bei dem Urteil nicht beruhigen zu wollen.

Der Arbeitswille — als Streikpostenleiter angeklagt.

Vor dem Rixdorfer Schöffengericht wurde gestern gegen den Maurer Richard Rolke, Rixdorf, verhandelt. Der Angeklagte hatte einen Strafbefehl in Höhe von 8 M. erhalten, weil er am 27. Mai d. J. vor dem Neubau Pflegerstraße 67 Streikposten gestanden haben soll und der Aufforderung der Polizeibeamten Grünfeldt und Schirmer, weiterzugehen, nicht Folge geleistet hat. Die Beweisaufnahme ergab die Nichtigkeit der Anklage. Er ist nicht organisiert, er hat am 27. Mai nicht Arbeitswille von der Arbeit abgehalten, sondern wollte selbst als Arbeitswillinge auf dem Bau, der im Afford aufgeführt und auf welchem gestreikt wurde, anfangen. Er verhandelte deshalb vor dem Bau mit einem Polier und fragte um Arbeit an. In der Annahme, daß Rolke Streikposten hand, hielten die beiden Beamten den Rolke dadurch ab, die beabsichtigte Arbeit auf dem Neubau Pflegerstraße 67 anzunehmen, daß sie ihn aufforderten, weiterzugehen. Als Rolke der Aufforderung nicht nachkam und sich auch nicht legitimieren konnte, wurde er zur Wache gebracht. Der Amtsanwalt beantragte sechs Mark Geldstrafe. Das Gericht verurteilte den Arbeitswillingen Rolke zu fünfzehn Mark Geldstrafe.

Daß die Polizei in der Annahme, es mit Streikpostenleitern zu tun zu haben, Arbeitswillinge von Bauten fortweist, und daß der Streikpostenleiter noch mit fünfzehn Mark Geldstrafe belegt wird, entbehrt nicht des Humors. Es wäre erfreulich, wenn die Polizei, wenn auch unbewußt, recht häufig in dieser Weise dafür eintritt, daß der Humor zu seinem Recht gelangt. Noch netter wäre es freilich, wenn sie die Streikposten ihres Amtes unbedeutend wälten ließe; dann verliere niemand wider seinen Willen die Arbeitsstätte.

Vermischtes.

Der Hungertypus im sächsischen Erzgebirge. Im erzgebirgischen Dorfe Albernau ist eine Typhusepidemie ausgebrochen, die bereits mehrere Opfer gefordert hat. Der Bezug von Sommerfeischern wurde von den Behörden verboten.

Ein jugendlicher Defraudant. In Pforzheim untersah der 16-jährige Kontorbedientling Scheich, der in der Scheidemannstraße von Schäfer angestellt war, 15 300 M. und wurde dann in Begleitung des Bedienten Fritjof Tumulla flüchtig.

Von Irredentisten überfallen. Aus Vozen wird gemeldet: 33 deutsche Touristen, unter ihnen 5 Damen und 6 Reichsdeutsche, welche einen gemeinsamen Ausflug in die deutsche Sprachinsel in Besshötel unternahmen, wurden von mehreren hundert Irredentisten angegriffen. 17 Männer erlitten Verletzungen, Damen wurden angepöbeln. Ein alter Herr aus Berlin, der wegen Mäßigkeit auf einem Kautler ritt, wurde von diesem herabgerissen und blutig geschlagen. Alle Fenster des Eisenbahnzuges, in den sich die Angegriffenen flüchteten, wurden von den Irredentisten durch Steinwürfe und Revolverkugeln zertrümmert.

Großfeuer in New York.

Gestern morgen brach auf der Ostseite der City in einem sechsstöckigen Gebäude Feuer aus, 15—20 Personen sind getötet, 30 verletzt, zum größten Teil Italiener. Einige von ihnen sprangen durch die Fenster, andere verbrannten lebendig. — Eine spätere Meldung aus New York hierüber besagt: Eine Feuerbrunst zerstörte gestern einen Teil des bekannten New Yorker Vergnügungsortes Coney-Island, des beliebtesten Ausflugsortes der New Yorker. Sie brach gegen 4 Uhr morgens in einem Ballsaale aus, wo gerade getanzt wurde, und griff mit solcher Schnelligkeit um sich, daß innerhalb kurzer Zeit 5 Hotels, 4 Badeanstalten, mehrere Ballsäle und ein großes Kaffeehaus zerstört wurden. Viele Leute mußten auf dem Weiten geholt werden. Zahlreiche Personen wurden verletzt, darunter auch 30 Feuerwehrleute.

Eine Kirche eingekürzt. Nach einer Meldung aus San Sebastian ist die Kirche von Saloba gestern zusammengefallen. Drei Personen wurden getötet, zwei verletzt.

Abgestürzt. Wie aus Salzburg gemeldet wird, ist der Tiroler Meisterkürschner Heinrich Haiml aus Wigen von der Pfostspitze abgestürzt und hat sich demartig schwere Verletzungen zugezogen, daß er die Sprache verloren hat.

Bersäufte. In Stodenweiler (Württemberg) fürgte eine Riesgrube ein. Zwei Arbeiter wurden verschüttet, einer von ihnen ist tot.

Lebe und Dichtertierchen. „Geirich Heiner“. Sitzung am Mittwoch, den 31. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Volze, Rodenbergstr. 8

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist Jorden das 43. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Inhalt des Heftes: Kapitalistische Kultur. — Zur Kulturfrage. Von Gustav Adolff. — Die Erneuerung Schwedens. Von Wilhelm Danion. — „Wahrschick reform“ in England. Von Herrn. Fleischer. — Der Kampf um Braunschweigrecht. Von Franz Schick. — Zur mecklenburgischen Verfassungsreform. Von H. Starck. — Vergleichende Religion. Von Otto Hue (Eben-Hue). — Literarische Rundschau: Dr. Jofis, Ingenieur, Professor an der Universität Buenos Aires: La legislación de trabajo en la República Argentina. Von ad. de. — Religion: Arbeiterbildung und Streik. Von Kurt Heimg-Berlin.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von 25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post zum Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Die „Sozialdemokratie und Schule.“ Von Heinrich Schulz. Preis 75 Pf. Agitationen der 30er Jahre. Die Schrift ist in der Hauptsache die Wiedergabe des Referats, das der Verfasser, bekanntlich ein ehemaliger dramatischer Lehrer, auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Berlin gehalten hat. Das ist die vorliegende Ausgabe noch einmal sorgfältig überarbeitet und in vielen Punkten verbessert und durch Aufnahme neuerer Material ergänzt worden.

Die „Sozialdemokratie und Schule.“ ist in unserer Parteiliteratur aus, als darin zum ersten Male das ganze Problem der öffentlichen Erziehung vom Standpunkte des wissenschaftlichen Sozialismus aus beleuchtet wird. Der Verfasser bespricht zunächst die verschiedenen pädagogischen Versuche des Ziel der Erziehung zu bestimmen; hierauf führt er den Referat durch die Klassenziehung der Vergangenheit bis an die Schwelle der Gegenwart, kennzeichnet sodann mit scharfen Strichen den Klassencharakter der heutigen Schule und entwickelt schließlich aus dem Wesen des Sozialismus dessen pädagogische Ideale. In einem letzten Kapitel werden die von der Sozialdemokratie in Reich, Staat und Gemeinde schon heute erhobenen praktischen Schulforderungen zusammengestellt und erörtert.

Wer sich über die Stellung der Sozialdemokratie zur Schul- und Erziehungserziehung unterrichten will, kann an dieser Schrift nicht vorbeigehen.

Der „Süddeutsche Volksklub“ Nr. 16 ist Jorden erschienen und bringt eine Fülle des Aktuellen und Interessanten. General Heibel wies im Münchener Petersprozess vom 1. März den Schandfleck in Justitia Baghale (Bild), die Einführung des gleichen allgemeinen Wahlrechts in England (Bild), Roma locuta est, die Schel-Itäre und die Contraten in Christo (Bild), das letzte Profil eines Lieberwächungsbeamten nebst dem dazu gehörigen Bilde des Gefangenen (Bild), außerdem noch einige kleinere Illustrationen. Das Leitgebild besingt Wans Liebe zu Frankreich. Briefe aus Sachsen, Was in der Welt vorgeht, Die Luftmarine, Ausblick auf neue Steuern, Germanisation der Polen und eine Menge kleinerer Beiträge bereichern diese Nummer. Der „Süddeutsche Volksklub“ kostet 10 Pf. und ist in jeder Parteibuchhandlung und bei den Kolporteurs erhältlich.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Erbschafts Akte Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelskammer, Verkauf, Aufgang nach Vindob. 101) wöchentlich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren 7 M. Sonnabend beginnt die Erbschafts Akte um 6 Uhr. Jeder Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trägt man in der Erbschafts Akte.

Der Streikende Nr. 99. Die letzte „Wälderstraße“ liegt so tief der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Bis dahin hatte sie den Namen „Bismarckstraße“ gehabt. „Wälderstraße“ hieß damals der Teil der jetzigen „Hörstraße“, der zwischen Kalkhof- und Wälderstraße liegt. — Nr. 64. Wir würden Ihnen raten, sich an den Genossen Simonow, Engel-Alter 15, zu wenden. — **Neuer Abkommen.** 1. Ein Krankenversicherungsgesetz kann nicht gleichzeitig zwei Zwangsarten oder einer Zwangsart und der Gemeindekrankenversicherung angehören, wohl aber kann es einer Zwangsart (Anspruchsklasse, Zuzahlung, Orts-, Betriebs-, Berufsklassen) und einer oder mehreren freien Klassen angehören. Den beiden von Ihnen erwähnten Klassen können Sie nicht gleichzeitig angehören. Wegen einer für Sie passenden Klasse wenden Sie sich am besten an den Genossen Simonow, Engel-Alter 15, II. Der 58er Verein ist ungenügend rechts-festsetzt, der sogenannte Leipziger antimonopolisierungsrat. Auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht der Zentralverband für Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands in Hamburg. Die Berliner Filiale befindet sich Neue Königsstr. 36. Dort lassen Sie sich aufnehmen. — **S. T. 14.** Ihre Frau, nicht aber Sie, sind zur Zahlung der katholischen Kirchensteuer verpflichtet. Treiben Sie beide aus, so haben Sie persönliche Kirchensteuer weder für die katholische noch für die evangelische Kirche vom 31. Dezember 1908 ab zu zahlen. — **Spanien.** Wer im Jahre 1905 aus der Kirche ausgetreten ist, hat nur noch für das Jahr 1906 die Kirchensteuer zu zahlen. — **S. 50.** In Hannover. — **M. S. 92.** 1. In Braunschweig. 2. Auf dem Magistrat erfolgt die Auszahlung. — **M. S. 100.** Wenden Sie sich an die Ausschussstelle des Vereins für ethnische Kultur, Unter den Linden 16, Gartenhaus 4 Treppen. — **Nr. 28.** Diese Verhältnisse sind in einem besonderen Artikel dargelegt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktdirektion. (Großhandels) Weizen Ia 70—72 pr. 100 Pfd., Ia 64—69, IIa 59—60, Weizen IIa 65—70, IIIa 55—64, Röhre, Ite 52—60, da. mager 40—50, Pfeffer 54—66, Wulfen, Ite 56—64, da. holl. 0,00, Rüböl, Ite 100—120, Marktöl Ia 73—82, IIa 64—72, Rüböl ger. gen. 45—57, da. holl. 0,00, Ite 0,00, Hammelfleisch 70—80, Hammel Ia 71—75, IIa 65—70, Schafe 62—64, Schweinefleisch 65—70, Rebholz Ia per Hund 0,65—0,80, IIa 0,40—0,60, Rotweil, Wölch 0,50—0,60, Danawöl, Wölch 0,00, Wölchweine 0,00, Frühlinge 0,00, Rindfleisch per Stück 0,20—0,70, Wildenten per Stück 1,00—1,40, Aukenten per Stück 0,00, Gänse, alte per Stück 1,40—1,80, IIa 0,80—1,20, da. junge 0,50—1,00, Tauben 0,20—0,45, italienische 0,00, Enten per Stück 0,80—2,00, da. Hamburger per Stück 1,75—2,90, Gänse per Hund 0,50—0,64, da. per Stück 2,00—1,40, da. Hamburger per Pfd. 0,00, per Stück 0,00, da. Dorsch per Pfd. 0,00, Soleils per Stück 0,40—0,70, Schalensöhner 0,00, Heide per 100 Pfd 121—131, da. matt 0,00, da. mittel und groß 113—117, da. groß 88, Kanber, mittel 0,00, da. klein, matt 0,00, Soleils, groß 0,00, da. mittel 112, da. holl. 0,00, da. 122—141, Käte, groß 0,00, da. klein a. mittel 103—106, mittel 105 bis 108, da. unsortiert 80—93, da. groß-mittel 103—108, Wüden, matt 0,00, Raddow 0,00, Karpen 89—96, Bleie 0,00, matt 0,00, Dunte 74 43,00, Barle 90,00, dito matt 0,00, dito klein 0,00, Karanfäden 91—94, da. klein 0,00, Weisfleis 0,00, Weis 0,00, Mand 77, Quappen 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer, per 100 Pfd. 110—130, da. IIa neuer 90—100, da. IIIa 60, Seelachs, neuer 10—20, 110—130, da. IIa neuer 3—6, mittel per Riste 2, Dam. Stiege 4—8, Mündern, Rieles, Stiege Ia 3—6, mittel per Riste 2, Dam. Stiege 4—8, halbe Riste 2—3, pomm. Ia Stiege 4—8, IIa 0,50—2,50, Dänische, Rieles per Ball 2—3, Stroll. 3,50—5,50, Born. 0,50—1,20, Käte, groß per Pfd. 1,10 bis 1,40, mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80, Dünge per Stiege 5—9, Schafische Riste 3,00—5,00, 1/4 Riste 1,50—2, Carbeln, 1902er per Riste 95, 1901er 95, 1900er 95, 1906er 90—95, Schottische Hölzer, 1906 0,00, largo 40—44, fall. 38—40, mod. 36—42, deutsche 37—44, 1905 0,00, neue Rattes, per 7, 10, 60—120, Erdnüsse, russ. 1,40—1,70, 1,50—1,80, Bräuerings 1,10—1,40, da. Bäche (4 Alter) 1,40—1,70, Remagen, Schodas 11, da. kleine 5—6, da. kleine 14, 0, 0, Land, unsortiert per Stiege 3—3,40, da. große 4,00, Krebse per Stiege große 25,00, da. mittelgroße 0,00, da. kleine 3,00, da. unsortiert 7,00—9,00, da. Galiger groß 6,00, da. unsortiert 2,00—2,75, Butter per 100 Pfd. Ia 109—113, IIa 103—109, IIIa 100—102, abfallende 90—95, Saur Wäsen, neue, Stiege 3,50—4, Pfefferkörner 3,50—4, Kartoffeln per 100 Pfd. weis runde 2,50—4,00, blaue 3,50—5,00, Rosen 2,50 bis 3,00, Nieren 3,50—4,00, Gerber 0,00, Porree, Stiege 0,50—1,00, Weizen, Stiege 5—15, Spinnl per 100 Pfd 25—30, Seirre, biesige, per Stiege 2,00—6,00, Pöseln per 100 Pfd. 6—6,50, da. kleine 0,00, da. biesige (Weil.) 0,00, Charlotten 0,00, Peterliche, grün, Stiege 0,75—1,00, Kohlrabi Stiege 0,75—1,50, Stiege, hagr., neue Stiege 0,07—0,10, da. biesige, Stiege 3—4, Mohrrüben, Stiege 1,50 bis 2,00, Karotten, biesige, Stiege 2,00—3,00, Wirsingstiel per Stiege 3,00 bis 6,00, Rotkohl, Stiege 6—10, Weiskohl 6—10, Blumenkohl, Blüher 100 Stück 0,00, da. Hamburger 100 Stück 0,00, da. Erfurter 100 Stück 20—25, Kohlrüben, Stiege 4,00—6,00, Peterliche, grün, Stiege 4,50—5,00, Stiege per 100 Pfd 8—20, Pfefferkörner per 100 Pfd. 7—13, Stiege per 100 Pfd 10—20, Rablischen per Stiege 0,75 bis 1,00, Salat per Stiege 1,00—2,50, Gurken, Gerber, Stiege 3,00—4,00, Bohnen, grün, 100 Pfd 5—12, Stiege, per 100 Pfd 7—12, Erdbeeren, biesige 100 Pfd. 20—30, da. Walderbeeren 50—80, da. Hamburger 30 bis 40, da. Holländer 25—30, Himbeeren 100 Pfd. 28—34, Blaubeeren 100 Pfd. 8—15, Johannisbeeren, 100 Pfd. 7—10, Kirchen, per 100 Pfd. Schlefische 8—10, Herderische 10—20, da. Glas. 12—13, da. Thüringer 6—15, Nieren 15—30, laure 10—20, Nieren, ital. 100 Pfd. 13—20, Pastinaken 24—27, biesige 12—16, Stiege, per 100 Pfd 13—20, Spizosen, ital., per 100 Pfd 20—24, franz. 14—20, Kapsel, italienische, per 100 Pfd 10—25, Pfannen, ital., per 100 Pfd 14—30, Zitronen, Preßna, 300 Stück 9,00—15,00, da. 300 Stück 8,00—15,00, da. 200 Stück 6,00—12,00, da. 150 Stück 5—8, Bananen, gelb, 100 Pfd. 15—25, grün 0,00,

Partei-Expeditionen:

Zentrum I: Rich. Sinte, Wauerstr. 89.
Zentrum II: Albert Dahnisch, Auguststr. 50, Eingang Kochlinstraße.
2. Wahlkreis: Osten: Gustav Schmidt, Bülowstr. 52, Hof. Säden und Südwesten: Hermann Werner, Ueisenaustr. 72, Laden.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Weiningerstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, Albersdorferstr. 3, am Rührerplatz. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis: Südosten: Paul Böhm, Kaufherplatz 14/15 (Laden).
5. Wahlkreis: Leo Jung, Reibstr. 42 (Laden).
6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Reiche, Rosarichstraße 42.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Raschke, Kiderstr. 36, Eingang Anklamstraße.
Gesundbrunnen: Fr. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Lohenerstr. 123.
Alt-Glienicker: Wilhelm Dürre, Kubowstr. 83 II.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Selenheimerstraße 1, Cafe Goethestraße, Laden.
Wilmerdorf-Halensee: Georg Fieße, Berlinerstr. 46, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seidel, Kronprinzenstraße 50, I.
Rummelsburg, Boxhagen: A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Grünau: Otto Schröder, Köpenickerstr. 1.
Rixdorf: M. Heinrich, Redastraße 2, im Laden.
Schmargendorf: Gustav Kaminski, Gumolstraße 2.
Schöneberg: Wilhelm Bäumer, Karlin Luthenstr. 51, im Laden.
Tempelhof: M. Müller, Berlinerstr. 41/42.
Ober-Schöneweide: Julius Brunow, Edisonstr. 10, I.
Nieder-Schöneweide: Donato Wally, Haffelweberstr. 8.
Johannisthal: Franz Döhl, Bismarckstr. 7.
Adlershof: Erich Steuer, Hadenbergstr. 5, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Luftwaffenstraße 4b.
Köpenick: Friedrich Bold, Riecherstr. 6, Laden.
Friedenau-Steglitz-Südende: G. Berusee, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: G. Mohr, Düppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Wronstr. 15a.
Mariendorf: Paul Müller, Bernstr. 35, Hof I.
Baumshulweg: Stod, Ernststr. 2, II.
Troptow: Rob. Gramenz, Kiehlstraße 412, Laden.
Neu-Weißensee: Kurt Ruchmann, Sedanstr. 105, parterre.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: G. Gursch, Brombergstraße 108, II.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Kaufstraße 10.
Pankow-Niederschönhausen: G. Freimaldt, Wälderstr. 73.
Bornau: Heinrich Prose, Hofsteinstr. 74, parterre.
Elchwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hankels Ablade: Alfons Gräß, Elchwalde, Kronprinzenstr. 82, I.
Teltow: Wilhelm Kehler, Hohensteinweg 7.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Priesterstr. 46.
Spandau: R. Dypen, Jagowstr. 9.
 Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.**
 Bitte ausschneiden.

H. Abänderung

zum revidierten Statut der Ortskrankenkasse für das Bierbrauergewerbe zu Berlin vom 27. November 1905.

Artikel I.
 § 7 Seite 7 Zeile 8 ist Biffer 3 zu streichen.
 § 10 Seite 10 Zeile 7 muß es heißen: „um, welche ihrer Anmeldepflicht vorzüglich sein.“
 § 30 lautet fortan:
 Die wöchentlichen Kassenbeiträge betragen
 a) in den obergärtigen Brauereibetrieben
 für die I. Klasse . . . 0,99 M.
 . . . II. . . . 0,75 . . .
 . . . III. . . . 0,66 . . .
 . . . IV. . . . 0,45 . . .
 . . . V. . . . 0,33 . . .
 b) in den untergärtigen Brauereien für die I. Klasse . . . 1,14 M.
 . . . II. . . . 0,84 . . .
 . . . III. . . . 0,75 . . .
 . . . IV. . . . 0,48 . . .
 . . . V. . . . 0,36 . . .
 Diejenigen Betriebe, in welchen sowohl obergärtiges wie auch untergärtiges Bier hergestellt wird, gehören derjenigen Gefahrenklasse an, welcher der überwiegende Teil der Jahresproduktion der Betriebsart entspricht.
 § 34 Seite 23 Zeile 2 muß es heißen: „Biffer 1—2“.

Artikel II.
 Vorstehende Änderung tritt mit dem ersten Montage nach erfolgter Bekanntmachung in Kraft.
 Berlin, den 25. März 1908.
 Der Vorstand der Ortskrankenkasse für das Bierbrauergewerbe zu Berlin
 Beimeisterstr. 3, vorn I.
 Otto Hillich, Vorsitzender.
 ad. 1263, Gew. II. 68.

Genehmigt durch Beschluß vom 9. Juli 1907.
 Der Bezirksausschuß zu Berlin
 Ullsteinstr. II
 Kayser.
 II. C. 51. 07 275/10

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Kollegen die schmerzliche Nachricht, daß am Sonntag, den 28. Juli, mein lieber, guter Mann, unser lieber Bruder und Schwager, der Schlosser
Karl Richter
 in der kädt. Heimstätte Heinerdooß, wofür er Erholung suchte, plötzlich im Alter von 44 Jahren an Gehirnschlag verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Mittwochnachts 5 Uhr von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
 Um stille Teilnahme bitten
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe, unvergessliche Frau
Marie Bornschein
 geb. Kierstein
 am 28. Juli, morgens 6 Uhr, nach langem, schwerem Krankenlager sanft entschlafen ist.
 Die Beerdigung findet am 31. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rosenhäger Friedhofes aus statt. 20636

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unserer Tochter **Erna** sagen wir allen Beteiligten herzlichsten Dank.
Familie Friebe.

Fr. Meyer

nebst Frau und Tochter.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters, sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der „Deutschen Riles-Werke“ sowie dem Metallarbeiter-Verband, der Krankenkasse der Wagenbauer und dem Lotterieklub „Kollgia“ unseren herzlichsten Dank.
 Ober-Schöneweide. 55372
 Die trauernde Witwe
Luise Knop und Sohn.

Robert Hecht,

Berlin S.,
 Oranienstr. 142,
 liefert schnell und billig alle Arten
Stempel
 in bester Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfekt“
 zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an

Unserem Genossen **Albert Beckmann** zu seinem heutigen Geburtstag ein dreimal donnerndes Hoch! Albert lag gleich! 29908
 Die Parteigenossen der 31. Abteilung.

Unserem Ehrenmitgliede und Gangesbruder
Waldemar Treher
 zu seinem heutigen 70. Geburtstag ein dreifach donnerndes Hoch!
Gefangenen-„Becherklang“.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Bräutigam, der Arbeiter
Alfred Lorenz
 am Sonntag, den 28. Juli, nach kurzem, schwerem Leiden verstorben ist. 55392
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. Juli, nachmittags 3 Uhr, vom Augustahospital nach dem Danteskirchhof statt.
 Dies zeigen am
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.

Todes-Anzeige.
 Am 28. d. M. verstarb unser Mitglied, der Arbeiter
Alfred Lorenz
 Reue Hofstr. 36.
 Ihre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, nachmittags 3 Uhr vom Augustahospital (Scharnhorststraße) nach dem Danteskirchhof, Reinickendorf-West, Blantstraße, statt. 29516
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Dem Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
Alfred Lorenz
 am 28. d. M. an Blinddarmentzündung gestorben ist.
 Ihre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Augustahospitals aus nach dem Danteskirchhof statt.
 Regie-Beteiligung ermarktet 122/20 Die Cröberverwaltung.

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme und die Krankeiden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.
Witwe Buchdorn u. Kinder.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend.
 Bezirk Osten.
Todes-Anzeige.
 Am Sonnabend, den 27. Juli, verstarb unser treuer Kollege
Andreas Duda.
 Ihre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 30. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Plus-Kirchhofes in Köpenick aus statt. 55/15
 Der Zweigvereins-Vorstand.

Bund der Arbeiter-Theater- und Vergnügungs-Vereine Charlottenburgs und Umgegend.

Am 27. d. M. verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser Mitglied, die Kollegin
Frau Emma Naujocks,
 geb. Ehlert.
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 30. Juli, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rinkenkirchhofs, Charlottenburg, am Hirschenbrunner Weg, aus statt. Um recht zahlreiche Beteiligung wird gebeten. 59926
 Der Bundesvorstand.

Todes-Anzeige.

Am 27. Juli verstarb nach kurzem Leiden in der Sommerwohnung zu Hohen-Neuendorf unsere liebe, gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter
Sophie Löffler
 geb. Brusch
 im 87. Lebensjahre.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachm. 5 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes Hohen-Neuendorf (Nordbahn) aus statt.
 Dies zeigen tiefbetrubt an
August und Sophie Hintz, Berlin.
Familie Krüger, N.-Schönhausen.
Familie Löffler, Hohen-Neuendorf.
Familie Borisch, Cleveland.
Familie Nicolay, Strausberg.

Todes-Anzeige.

Am 27. Juli verstarb nach langem schwerem Leiden meine liebe Frau
Luise Vogel
 geb. Rogge.
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 30. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Friedhofes, Rixdorf, aus statt. 5542
 Dies zeigen tiefbetrubt an
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben, guten Mannes sage ich allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.
Witwe Ottilie Petersohn.

Jeden Montag, Mittwoch und Donnerstag: **Extra-Dampfer-Ferien-Fahrten**
 nach **Wernsdorfer Schleuse und Gosener Berge.**
 Abf. circa 10 1/2 Uhr vorm. (Din und zurück 50 Pfg.) ab **Schillingsbrücke**
 Hierzu ladet **Piehl, — Restaurant —**
 Köstlich ein zum Oder-Spree-Kanal.

Getreidepreise steigen!

Waram greift der Handel nicht ein?
 Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2. — Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2,10, bezw. 60 Pfg. für das Inland, Mk. 2,20 bezw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren postfrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
 Man verlange ebendasselbe Flugschriften und Prospekte.

Bilz

Dresden-Radebeul, Schloss Lössnitz, Herrl. m. d. Lage, Sächs. Kurort
Sanatorium
 Station Lössnitzgrund 20000 qm, 24 St. (Herr, Dem. u. Familien).
 Licht-Luft-Bad
 Bilz' Goldene Lebensregeln
 Bilz Naturheilmittel ca. P., Mill. verk.

Hygienische

Bedarfsartikel, Neuest. Katalog
 in Empfehlung viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. H. Voger, Gummiwarenfabrik
 Berlin NW, Friedrichstraße 91/92.

Jedes Wort 10 Pfennig.
 Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
 für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Leinwand mit farbigen Flecken Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre, kein Laden. Mauerhof. 41
Stoppdecken billig! Große Frankfurterstraße 9, parterre. 41
Wardineuhren Große Frankfurterstraße 9, parterre. kein Laden. Mauerhof. 41
Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 20, Blücherstraße 40. *
Herrensahrad, Damensahrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 39b. 2515A*
Stoppdecken (postbillig), Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2167A*
Leinwand! (lederbaste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Quedlinburger Markt 4, Bahnhofstraße. 291/1*
Möbelschleiere liefert gediegen. Wohnungseinrichtungen äußerst billig. Bitte nachsehen. Auch Katalog. Kein Laden. Harnack, Tischlermeister, Dresdenstraße 124, nahe Kottbuser Tor. Genossen erhalten 3 Prozent. *
Fahrräder, neue, gebrauchte (erstklassige) billig! Produktiv- u. Einkaufsgenossenschaft, Oberbergstraße 30.
Gelegenheitskäufe: Paletts, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Leinwand, Uhren, Goldschmuck, Kessel, postbillig. Lude, Dranienstraße 131.
Reisegüter, Operngläser, Reisezeuge, Regulatoren, Pressschneider, Harmonikas, Geigen, Zithern, Silber, Teppiche, postbillig. Lude, Dranienstraße 131. 29685*
Wandkleinwand! Herrmannplatz 1. Für jedermann! Spotbilligster Bettendervall, Brautbetten, Vermählungsbett, Wandbetten, Bettstühle, Nähmaschinen, Aussteuerbüchse, Gardinenverlauf, Teppichverlauf, Goldschmuck, Uhrenverlauf, Badetassen, Geschloßanlage, Sommerpaletts. *

Möbelfabrik, Dranienstraße 58 direkt Wronplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preisklasse vom Einfachen bis zum Eleganten. Besonders Belegenszeit wird ich in vorliehen genehmen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Beschäftigung erbeten, ohne Kaufzwang. Ausfallend billig verkaufe ich neue Chaiselongues 20, Sesselsofa 29, Sattelschiffsofa 45, Bancelsofa 55, hochlegante Garnitur 75, Säulentrumeau 89, Bettstelle mit Matratze 16, Ausziehstuhl 18. Aufschlupf, Vertiko 27. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Fabrik. Auch Sonntags geöffnet. Musterbuch gratis. 2192K*
Kinderwagen, Kinderbettstellen Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehnte postbillig. Schneider, Kurfürstentstraße 172. 2247R*
Wasserkocher!!! Jewelgeschlossener 3,00. Gasbrennapparat! Gasplättchen! Schneiderei! Waschtisch! postbillig! Wohlfahrt, Hahnentorstraße 22. 2688R*
Herren-Garderobe nach Maß, saubere Arbeit, großes Stofflager, Paletts, Anzug 36 Mark an. Kauf beim Handwerker, lässt den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. H. Dörge, Dresdenstraße 109. *
Sensationelle Neuheit! Automat Rhönig, Hamburg. Generalvertrieb Koppentstraße 13, Restaurant. 444*
Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehnte postbillig. Sommer, Wienerstraße 51.
Herrmann Schlegler, Turmstraße 58, hat die besten Arbeitsangebote. 2574Z*
Stoppdecken, volle Größe, Cretonne 3,00, Tricot 4,25, Samtstoffe 4,25, Wolllas 5,50, Vorkmalldeden 1,85, Sonderangebote. Teppichhaus Emil Lehmann, Dranienstr. 158.

Stare, junge, 1 Mark, lernen sprechen, spielen. Richter, Dranienstraße 87. 2982B*
Kleiderwind, Vertiko, Garnitur, Kücheneinrichtung verkauft billig Rannigal, Uhrenstraße 10. 20795*
Laudenholz, Lische, Stühle, Bretter, Türen, Fenster, Angelboote, Lärgerüst, Holztafeln, Wellbleche, Werkbänke räumungsüber bis 3. August zu jedem annehmbaren Preise zu verkaufen. Karl Kaufmann, Rixdorf, Panitzschstraße 5, Platz unweit Wandbühl-Str. 20886
Klempnerei Umstände halber sofort zu verkaufen. Zu erfragen bei Schmidt, Verwalter, Lindenstraße 44. 20845
Bühne 1 Mark, gammsfrei 1,50 Lindenstraße 106. 20808

Verschiedenes.

Lewandowsky-Sänger-Gesellschaft Eldenburgerstraße 23. 781*
Verstärkte Mutterprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht folgenden Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.
Dampfwäscherei „Sonnensicht“ Rixdorf, Bergstraße 55. Leibwäsche 10, große Bezüge 15, Handtücher, Tischentwässer 4 Stück 10 Pfennig. Schonendste Behandlung, freie Abholung von 8 Mark an. 2575R*
Erklärung! Die Bekuldigung betreffend den Herrn Bädermeister Reil, Kirchstraße 25, daß derselbe an dem Herrn Hebad gehöriges, im Schauenstein befindliches Lokal rechtswidrig entfernt habe, ist als unannehmbar und leere Redensart. Hebad, Schreinerstraße 57. 2605R

Patentanwalt Bessel, Glühner-straße 21a. 2555R*
Teilzahlung, Anfertigung eleganter Herren- und Damen-Druckerei, Dragonerstraße 10a. 261/15*
Handwerker, 3 und 4 Hand-langer 10 Pfennig, Bett- und Leibwäsche 10 Pfennig. Abholung und Lieferung Donnerstag. Frau Stechow, Köpenick, Wilhelmstraße 14. 2544R*
Rixdorf, Saal zu Festlichkeiten Sonnabende für Herbst und Winter frei. Kirchhofstraße 41. 4144*
 Zu kaufen gesucht wird „Sozialistische Monatshefte“ 1.—10. Jahrgang. Angebote unter F. Goldmar, Abteilung Ferner, Leipzig. 2603R

Vermietungen.

Zimmer.
Möbliertes Zimmer, Herr, Rixdorfstraße 45, I links. 425*
Balkonzimmer für einen Herrn, NW, Craschstraße 8, vorn III, Schmo. 29554*
Teilmehrer zum möblierten Zimmer gesucht Belle-Alliancestr. 11, Seitenflügel I rechts. 17155
Balkonzimmer (Buddenzimmer), herrliche Aussicht, Baumgartenweg, Treppenstraße 6 II, Dahm. 18946
Möbliertes Vorderzimmer für zwei Herren. Mariannenstraße 31, VI links. 425
Schön möbliertes Zimmer, Schreibstisch, separat, 24,00 inklusive. Kottbuserstraße 20, vorn II. 425
Möbliertes separates Vorder-zimmer, 12 Mark. Schlemmerstraße 6, II, Ohm. 468
Möbliertes Zimmer, zwei Herren, 10 Mark, vermietet an Admiraalstraße 15 b. 425
Freundlich möbliertes Zimmer sowie Schlafstelle für zwei Herren vermietet Kleiser, Königsbergerstr. 17, Dargengebäude III. 446

Schlafstellen.

Bessere Schlafstelle für Herren Luisenstraße 66, 3 Treppen, Gräß. *
Schlafstelle Wollstraße 35 vorn III.
Möblierte Schlafstelle (Handwerker) Kleine Andreasstraße 16, Hof. Röhlinger. 29695*
Möblierte Schlafstelle bei Frau Holzer, Wanteufelstraße 5, vorn IV.
Schlafstelle, separat bei Abraham, Falkensteinstraße 17, vorn II. 425
Brandenburgische 30/31, IV links, schmucke Stühle an Schlafstelle vermietbar. 20785
Bessere Schlafstelle für Herrn Ritterstraße 124, Hof I. Brandsbagen.
Schlafstelle, allein, vermietet Heimstraße 18, Quergebäude IV. 4107
Genosse findet freundliche Schlafstelle bei Dacke, Schöneberg, Wartburgstraße 4. 4107
Möblierte Schlafstelle, Herrn, Hochhäuserstraße 26, vorn I. Hege.
Schlafstelle, allein, vermietet Friedrich, Schallerstraße 5, IV. 428
Möblierte Schlafstelle für Herrn. Grüner Weg 64, vorn II, Frau Rung. 446

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Tischlermeister bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Güter, Rixdorf, Straße 27. 14955

Stellenangebote.

Chauffeurkade „Am Wedding“, nur Reichstraße 17, größte, bedeutendste, nimmt Reis Lehrlinge an. Theoretische und praktische Ausbildung zum Chauffeur unter Ingenieurleitung. Werkstätten mit elektrischer Kraft. Kostlose Vermittlung hochbezahlter Stellen. 28316*

Automobilfahrer! Vorzüglichste theoretische und praktische Ausbildung zum Chauffeur unter Ingenieurleitung. Werkstätten mit elektrischer Kraft. Autotechnikum Berlin-Wilmersdorf, Hildebrandstraße 13. Bedeutendste Lehranstalt Deutschlands. Von Besoldung bevorzugt. 25678*
Verfälscher auf Goldleihen verlangt Rückzahlung. Krautstraße 36. 446
Kaffeeverkäuferinnen zum sofortigen Eintritt verlangt. Verdungen mittags 1—2 oder abends 8—9 Uhr. H. Jander u. Co., Kottbuserdamm 1—2. 2904R
Goldpolierer verlangt Koller, Annenstraße 15. 5216*
Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Preußenstraße 41. 5214*

Am Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pfg. die Zeile.
 Wegen Lohnunterschieden der Arbeiter der **Hintz' Fabrik, Mariendorf**, für Arbeiter, Maschinenarbeiter und Hilfsarbeiter gesperrt. 91/3*
Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Gr. Vickerstraße.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.
 Wegen Streik und Differenzen ist gesperrt:
 für Bergarbeiter u. Leistenpolierer die Firma **Mackensen**, Wilmersdorf, Hildebrandstr. 47. 86/17*
 für Bodenleger gesperrt der **Van Sailerstr.** 121/122, Firma **Mittag**.
 Bau der Firma **Petsch**, Kottbuserstraße, Cafe Kottbuserstraße.
 für **Kordmarer Schmidt**, Dresdenstr. 62.
 Die Cröberverwaltung.